

# @evolution

Nr.19 Okt./Nov. 2003

friedlich, mitmenschlich, gerecht, nachhaltig, selbstbestimmt

Euro 3,50  
sfr 4,-

## Die neue Bewegung von unten

Die Menschen brauchen neue Bilder 3

Das europäische Sozialforum Paris 6

Die Sozialforen in der Schweiz,  
in Deutschland und in Österreich 9

Alle brauchen die Sozialforen - dringend

Eine gute Plattform für die Freiwirtschaft 11

Gewerkschaften in der Krise 16

"Viagra" für die schwache Wirtschaft 18

Kapitalismus ist Krieg 19

## Eine natürliche Wirtschaftsordnung ist möglich

Sicher, unser Titelblatt ist diesmal anders, ohne die sonst farbigen und eindrucksvollen Bilder. Wir haben die Bilder für einmal entfernt, abgehängt. Auf der gealterten Wand kommen die frischen Tapetenlücken zum Vorschein. Wir möchten damit sagen: Die Menschen brauchen neue Bilder, eigene Bilder, natürliche Bilder.

Lesen Sie dazu den Beitrag auf Seite 3. Auf der Rückseite des Hefts haben wir andere Bilder aufgehängt, Naturformen von Ernst

Haeckel (1834-1919). Haeckel vertrat zwar ein darwinistisches Gedankengut; seine fein gestrichelten Zeichnungen und zarten Aquarelle, die er wissenschaftlich präzise als Biologe und Naturwissenschaftler hergestellt hat, passen jedoch exakt zu den Sozialforen, die seit ein paar Jahren in Städten der ganzen Welt stattfinden. Die neue Bewegung ist eine Bewegung von unten, aus der Erde; sie ist Zeichen dafür, dass die Menschen eine natürliche Wirtschaftsordnung wollen und sich für Veränderungen einsetzen (Seiten 3 bis 15).

Unsere Autoren schreiben über Themen, die in Zusammenhang mit der neuen Bewegung stehen: Gewerkschaften in der Krise (von Uwe Timm), Viagra für die Wirtschaft (von Josef Hüwe) und Kapitalismus ist Krieg (von Norbert Rost) sind

Beiträge, die die möglichen Ursachen der unhaltbaren Zustände in der ganzen Welt aufdecken (Seiten 16 bis 21).

Ganz besonders ans Herz legen möchte ich Ihnen die Seite 24 und die Seiten 32 und 33. Auf Seite 24 berichtet Alexander Woitas über das erste Regionalnetzwerktreffen der deutschen Komplementärwährungsszene. Bereits sind mehrere Regionalgeld-Projekte am Entstehen. Auch das sind Initiativen "von unten", um die Geld- und Zinswirtschaft endlich menschenfreundlich und im Interesse der Allgemeinheit zu verändern. Auf den Seiten 32 und 33 haben wir für Sie die immer wieder gestellten Fragen an die Natürliche Wirtschafts Ordnung NWO zusammengestellt und – in jeweils drei Varianten – beantwortet; Weitere werden folgen.

Das ganze Heft enthält also zahlreiche sozialpolitische Themen, mit denen sich die Freiwirtschaft befassen muss. Wobei – und das sei hier ausdrücklich vermerkt – die regionalen, nationalen und internationalen Sozialforen auch nicht um die Ideen, Konzepte und Projekte der Freiwirtschaft herum kommen, wenn sie die Verwirklichung ihrer eigenen Anliegen vorantreiben wollen.

Auf eine interessante und neue Impulse vermittelnde Lektüre!

Walter Koller



2

## Inhalt

### Sozialforen der Welt

**3 Die Menschen brauchen neue Bilder**

### Sozialforen Europa

**6 Das zweite Europäische Sozialforum Paris**

**9 Auf dem Weg zu einem nationalen Sozialforum in Deutschland**

**11 Eine gute Plattform für die Freiwirtschaft**

**12 Das erste Schweizer Sozialforum**

**14 Kritik am Geldsystem und am Finanzplatz Schweiz**

### Sozialforen Plus

**16 Gewerkschaften in der Krise**

**18 "Viagra" für die schwache Wirtschaft**

**19 Kapitalismus ist Krieg**

### Serien

**22 ABC der Volkswirtschaft**

**34 Rund ums Bargeld – 2. Teil**

### Aus den Regionalgruppen

**24 INWO Deutschland**

**28 INWO Schweiz**

**31 INWO Österreich**

**32 INWO International**

**40 INWO Geschenktipp**

### Rubriken

**36 Buchbesprechungen**

**38 Leserbrief**

**42 Agenda**

Cover: Tapete nach einem Entwurf von Walter Koller; Illustrationen Rückseite: Naturformen von Ernst Haeckel (1834-1919); Copyright: Rücken und alle Bilder auf den Seiten 3 bis 11 von Ernst Haeckel, www.visipix.com.

Die "r-evolution" ist ein Gemeinschaftsprojekt der drei Mitgliedsorganisationen der Internationalen Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die INWO setzt sich für ein gerechtes Geldsystem ohne Zinsdruck, Inflation, Deflation und Schuldenkrise ein. Für ein Bodenrecht, das allen einen Anteil an der

Nutzung sichert und Spekulationsgewinne einiger Weniger verhindert. Vereine und Gruppen mit vergleichbarer Zielsetzung sind eingeladen, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Die "r-evolution" ersetzt das traditionsreiche Schweizer Blatt "evolution" sowie den deutschen "INWO-Rundbrief" als Mitgliederzeitschriften. Ein

"evolutionärer", sprich allmählicher, friedlicher Wandel des wirtschaftlichen und sozialen Systems fängt mit einer "Revolution" im Herzen und im Geiste der Menschen an – mit einer bewussten Entscheidung für eine gerechtere, freiheitlichere und nachhaltigere Zukunft aktiv zu werden.

# Die Menschen brauchen neue Bilder

Während den alten Gewerkschaften die Mitglieder scharenweise davonlaufen, entsteht seit einigen Jahren eine neue Bewegung etabliert. Man trifft sich in den Sozialforen, um sich gegen Krieg, Neoliberalismus und Patriarchat, gegen die Logik des Profits und die Kommerzialisierung der Kultur, gegen Diskriminierung und Rassismus zu wehren. Eine neue Bewegung von ganz unten. Walter Koller gibt einen Überblick.

Als Moritz Leuenberger zum Schweizer Bundesrat gewählt wurde und zum ersten Mal sein Büro im Bundeshaus betrat, hat er sofort reagiert. Hat veranlasst, dass die alten Bilder abgehängt und durch farbige moderne Kunst ersetzt werden, Konkrete Kunst für den SP-Bundesrat. Sein erster Staatsakt, wie man in den Gängen der ehrwürdigen Hallen schmunzelnd erzählt. Moritz Leuenberger hat getan, was alle Staatsoberhäupter, Diplomaten und Firmenbosse tun, wenn sie neue Büros beziehen: Sie passen die Interieurs dem Geist ihres Wirkens und Handelns an. Sie wechseln die Bilder, um den Wind, der hier herrschen soll, aufzuzeigen. Zuweilen tun das auch Diktatoren, die dann jedoch gleich einem ganzen unterdrückten Volk befehlen, welche Kunst aufzuhängen und welche als "Entartete" zu vernichten ist...

Die Menschen brauchen neue Bilder; die alten Porträt-Schinken von Staatsoberhäuptern, Firmenbossen, Diplomaten, Königen und Prinzessinnen, Päpsten und anderen Patriarchen, wie sie immer noch haufenweise in Büros und öffentlichen Gebäuden herumhängen, müssen abgehängt werden. Die Menschen brauchen Bilder, die das repräsentieren, was sie wollen: Demokratie, die allen dient, andere politische Systeme, eine andere Geld- und Zinswirtschaft, eine Bodenreform, eine natürliche Wirtschaftsordnung. Solche Bilder sind bunt, menschlich, konkret und naturbezogen. Die Sozialforen, die sich seit Porto Alegre 2001 als Bewegung von unten in die ganze Welt ausbreiten, sind ein Bildersturm. Die Menschen zeigen wieder – vehement und mit ghandischer Ruhe und Gelassenheit –, was sie wollen, in Konferenzen, Seminaren Podiumsdiskussionen, Workshops, am Runden Tisch, an Pressekonferenzen, mit Augenzeugenberichten und Aktionen vielseitiger Art.

## Die Sozialforen sind eine Erfindung aus dem Süden

Das erste Weltsozialforum wurde 2001 als Gegenprojekt zum Davoser WEF-Treffen der globalen Wirtschaftseliten in Porto Alegre, Brasilien, aus der Taufe gehoben. Für

einmal hat nicht der entwickelte Norden den Ton angegeben; die Initiative ging von jenen Menschen aus, die auf der Schattenseite des Globalisierungsprozesses stehen. Das Ergebnis ist eine Fülle von Ideen, Projekten, Ausstrahlung und Freundschaften.

Porto Alegre hat Menschen zusammengeführt und die Entwicklung von Projekten auf globaler Ebene ermöglicht. Porto Alegre "ist kein Ort der ideologischen Affirmation, sondern ein Schmelztiegel, wo Allianzen geschmiedet, Aktionen geplant werden und wo die Samen einer neuen Welt spriessen", sagt die Erklärung von Bern EvB, die bereits beim ersten Weltsozialforum mit zwei Projekten zum Thema "Steuerflucht" und "Analyse und Aktion" (Situationsanalyse als Voraussetzung für aktive Veränderungen) dabei war. Sie ist nur eine der vielen globalisierungskritischen Bewegungen, die in Porto Alegre neue Kraft und Ausstrahlung gewonnen haben. Die Rosa Luxemburg Stiftung, die am Weltsozialforum als Sponsor auftritt, sagt: "Sie schreiben mit den Buchstaben der Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Vernunft an die Mauern der Sachzwanghörigkeit des Neoliberalismus ihr Urteil: „Eine andere Welt ist nicht nur nötig, sie ist auch möglich!“"

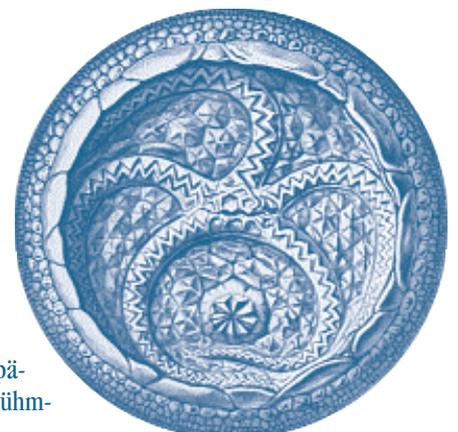
## Eine andere Welt ist nötig: Die Fakten

- Durch illegitime Praktiken – Steuerhinterziehung und –betrug – entgehen den Ländern des Südens Steuergelder in der Höhe der öffentlichen Entwicklungshilfe-Beiträge. Vor allem die Schweiz, aber auch Deutschland und andere europäische Staaten spielen dabei eine unrühmliche Rolle.



Walter Koller ist seit dreissig Jahren freiberuflicher Journalist und hat sich in den letzten zehn Jahren durch ausgedehnte Ausbildungen in Traditioneller Chinesischer Medizin (Akupunktur) und zahlreichen weiteren Methoden des Natürlichen Heilens weitergebildet. Er engagiert sich heute ausschliesslich für naturheilkundliche und sozialpolitische Belange als Aktivist und Journalist.

3





- Im "Kampf gegen den Terrorismus" machen sich Regierungen zahlreicher Länder in eigenem egoistischem Interesse auf den Weg, militärisch aufzurüsten, Sozialleistungen abzubauen und Menschenrechte einzuschränken.

- Hinter den Firmenschildern weltweit tätiger Unternehmen der Lebensmittel-, Bekleidungs-, Kinderspielzeug-, Elektronikgeräte-, Medikamenten- und Treibstoffbranchen stehen kommerzieller Missbrauch und Profitgier an oberster Stelle.

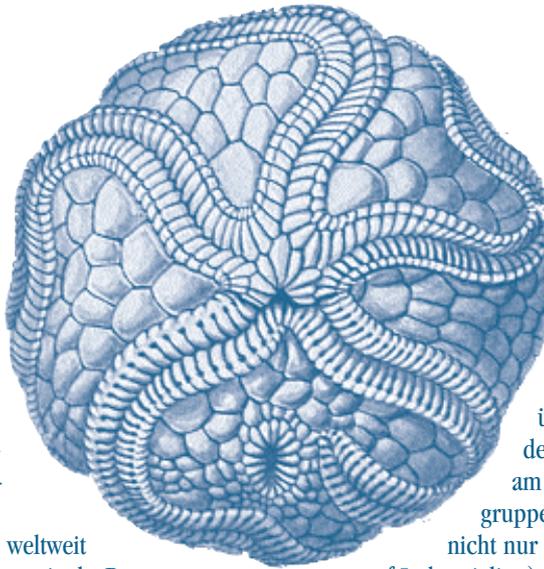
- Die korrupten Verflechtungen zwischen den Eliten aus Wirtschaft und Politik sind zuweilen Standard geworden. Regierungen schützen die Treffen von Wirtschaftsorganisationen mit Millionen von Steuergeldern und weisen die protestierende Bevölkerung in die Schranken.

- Welthandelsorganisationen und Konzernlobbys legen ungehemmt ihr demokratiefeindliches Wirken, unterschiedliche Formen der Ausbeutung und des Neoliberalismus offen.

- Weltweit tätige Firmen kümmern sich – vor allem in den Entwicklungsländern – in keiner Weise um umweltverträgliche Produktion. Im Gegenteil, sie sind dazu übergegangen, sich ein ökologisches Image zu geben, tatsächlich produzieren sie jedoch weiterhin so umweltschädlich wie zuvor. Die Greenwash-Praxis der Unternehmen ist weit verbreitet.

- Andere schliessen sich UNO-Partnerschafts-Initiativen an, die keinerlei Pflichten zu Verhaltensänderungen beinhalten, und geben sich damit ein Image, mit dem sie als Teil der humanitären Weltgemeinschaft wahrgenommen werden sollen. Solche Bemühungen nennt man Blueswash.

- Die Grosskonzerne beschränken sich längst nicht mehr mit ihren Lobbyingtätigkeiten auf die nationale Ebene. Sie wol-



len ihren Einfluss im Interesse der eigenen Profitmaximierung international ausdehnen. Sie tun es nicht wie üblich in Konkurrenz zueinander, sondern ziehen in Verbänden am gleichen Strick. Zu den Lobbygruppen des Big Business gehören nicht nur die ERT (European Roundtable of Industrialists), sondern zahlreiche andere wie

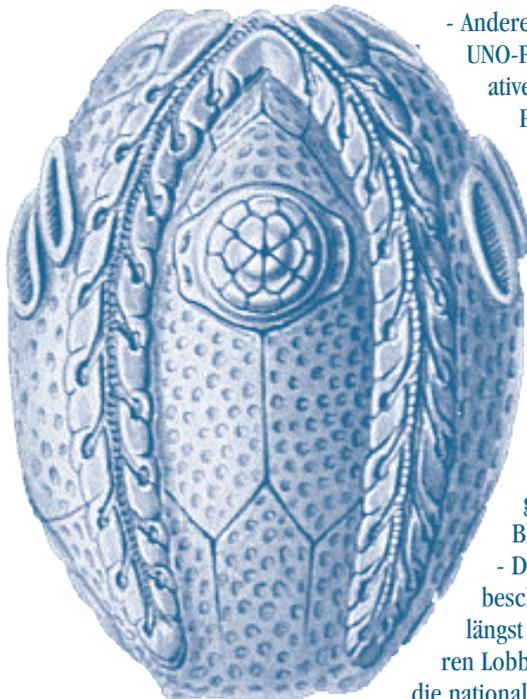
etwa die Unice (Union of Industrial and Employers' Confederation of Europe), die ICC (International Chamber of Commerce) oder der Transatlantic Business Dialogue.

- In Davos trifft sich alljährlich die geballte ökonomische Potenz, nur Unternehmen, die einen Jahresumsatz von mindestens einer Milliarde US-Dollar aufweisen können. Das WEF ist das Symbol von Exklusivität und Macht. Gäste, bedeutende Wissenschaftler oder Repräsentanten der Politik, sind handverlesen. Wer dabei ist, gehört zum Kreis der Global Leaders. Hier – im Touristenort eines demokratischen Landes, welches wegen seiner Neutralitätspolitik nicht einmal der EU beitreten mag - ringen Politik und Wirtschaft um die globale Entscheidungsmacht, geschützt von ein paar tausend Ordnungshütern und der Schweizer Armee...

Die Liste der Schandtaten global tätiger Firmen, die durch das Mitwirken von Banken, Politikern und Militärregimes möglich sind, könnte ellenlange fortgesetzt werden. Die oberen Hunderttausend der Welt jeten von einem Ort zum andern, um politische Absprachen zu treffen, die den globalen Kapitalismus am Laufen halten; weitere Hunderttausende sind es, die durch ihre Finanztransaktionen das Rückgrat bedienen.

## Die weltweiten Protestaktionen

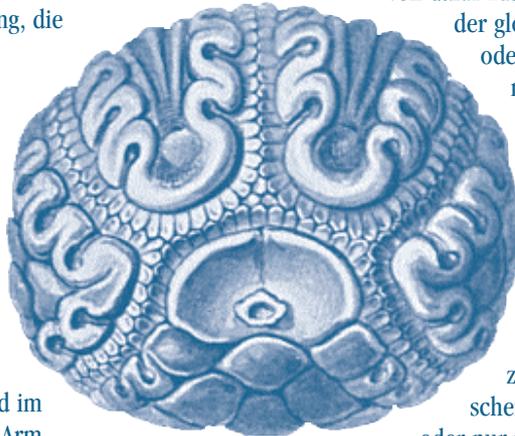
Auf der "anderen Seite" stehen die Protestaktionen der globalisierungskritischen Bewegungen und der Friedensaktivisten. Zu hunderten strömen sie wie nie dagesessen an die Sozialforen, zu Grossdemonstrationen gegen Krieg und für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Diese Bewegungen sind mittlerweile zusammen "zu einem globalen Akteur geworden, der den imperialen Grossmächten von USA, EU über WTO, IWF und Weltbank, den transnationalen Unternehmen und anderen Akteuren des Liberalismus jede Legitimität abspricht, im Namen des Gemeinwohls, der Freiheit und Demokratie zu handeln" (Rosa Luxemburg Stiftung). An vielen Orten der Welt, auch in Europa treffen sich diese Bewegungen, um sich darzustellen, um zu diskutieren und um zu be-





raten. Entscheidend sind nicht in erster Linie diese Treffen selbst, sondern die daraus entstehende Rückwirkung in den Gewerkschaften, Schulen, Universitäten, Medien und vor allem in den Unternehmen.

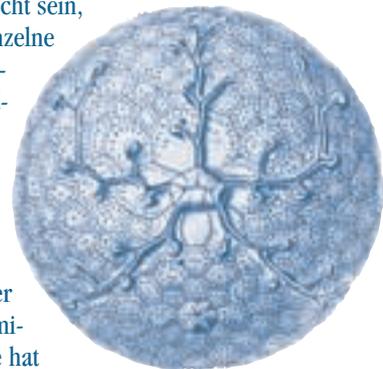
Nicht nur die globalisierungskritischen Organisationen sind in Bewegung, die Menschen allüberall merken langsam, was mit ihnen geschieht. Nach einer Umfrage im Jahre 2000 der renommierten \*Business Week" empfinden 72% aller AmerikanerInnen, dass Konzerne zu viel Macht über ihr Leben haben. Nach Schätzung der Rosa Luxemburg Stiftung sehen 70-80% der Menschen in Deutschland im Konflikt zwischen Reich und Arm den Hauptgegensatz in ihrem Land: "Sie sehen, wie sich soziale Kälte und Ungerechtigkeit ausbreiten und Hass gegen alle jene richtet, die aus dem ‚Rahmen‘ fallen – durch Hautfarbe, sexuelle Neigung, ‚Rasse‘ oder weil sie weder Kraft noch Lust haben, sich bruchlos in das alltägliche Räderwerk einzufügen. Noch kann die Mehrheit mithalten in diesem Rennen um ein Überleben in materiellem Wohlstand, aber täglich wird es schwerer, täglich wird mehr an Anpassung, Einordnung, Unterordnung und Vermarktung gefordert und erbracht. Fast alle glauben, dass die Gesellschaft sich grundsätzlich verändern muss und doch hält kaum jemand es für möglich und sieht auch wenig Chancen, sich als Bürgerin oder Bürger einzubringen:"



## Die Organisation durch Gewerkschaften ist nicht unproblematisch

Organisiert werden diese Veranstaltungen in der Regel von dafür zusammengestellten Bündnissen aus der globalisierungskritischen Bewegung oder durch Gewerkschaften. Die organisierte Federführung durch Gewerkschaften scheint mir nicht unproblematisch, da sie schon lange kein Garant mehr für die Mobilisierung der Menschen sind und deshalb der Sozialforumsbewegung auch Schaden zufügen können. Ausserdem muss man bei den Gewerkschaften auch zur Kenntnis nehmen, dass sie logischerweise auch gerne ihre eigenen – oder nur ihre eigenen – Themen in die Foren

tragen, was dem Geist von Porto Alegre widersprechen würde. Denn die Sozialforen bilden eine Bewegung von unten und müssen grundsätzlich allen sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen oder solchen Bewegungen, die für eine neue Wirtschaftsordnung eintreten, offen stehen. Es darf nicht sein, dass die Gewerkschaften oder einzelne Organisationen allein darüber befinden, wer an den Foren als RednerIn auftreten, wer und in welcher Form Workshops oder Konferenzen organisieren darf. Obwohl Mitglied des Oltner Bündnis musste sich die INWO Schweiz im Vorfeld zum Schweizer Forum die Unterstellung, "antisemitisch" zu sein, gefallen lassen. Sie hat deshalb nur mit viel Mühe und zahlreichen Verhandlungen einen Workshop organisieren dürfen; an einer Plenums-Konferenz durfte die INWO nur gerade mit ein paar Worten auf ihre Veranstaltung "Achtung Geld – wie das Gelbssystem unsere Zukunft gefährdet" aufmerksam machen. Bei der Grossveranstaltung "Schweizer Finanzpolitik in der Sackgasse" wurde darauf verzichtet, die Mechanismen zu analysieren, welche zu derart exorbitanten Geldvermögen führen. Grundlegende Kritik am bestehenden Geldwesen habe nichts mit der Problematik des Bankgeheimnisses zu tun und die INWO-Ansichten seien (Zitat: Swisscoalition, Bruno Gurtner): "Reine Glaubenssache!"



## Eine andere Welt ist möglich

Die Sozialforen geben den Menschen nicht nur Hoffnung, sondern auch Kraft und neue Impulse, sich gegen die sozialen Ungerechtigkeiten zu wehren und bilden eine weltweite Solidargemeinschaft. Mittlerweile finden jedes Jahr in über 30 Ländern solche Sozialforen statt, zahlreiche auch in Europa. Und in einigen Ländern sind auch bereits zahlreiche regionale Foren entstanden, vor allem in Italien, wo sich nach Florenz in 40 kleineren und grösseren Städten die Menschen zu entsprechenden Vorträgen, Konferenzen, Workshops und kleineren Demonstrationen treffen.

## Das zweite europäische Sozialforum, Paris

Nach dem Weltsozialforum (WSF) von Porto Alegre, auf dem sich die Dynamik und die Größe der weltweiten Bürgerbewegung zeigte, und nach dem Erfolg des ersten Europäischen Sozialforums in Florenz soll das zweite Europäische Sozialforum in Frankreich abgehalten werden. Es wird vom 12. bis zum 16. November 2003 stattfinden.

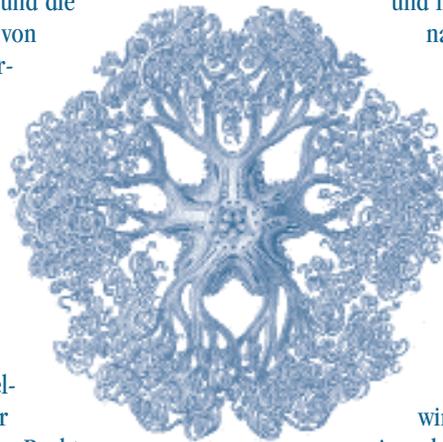
Wie auch in Porto Alegre und in Florenz soll das zweite Europäische Forum in Paris ein offener Treffpunkt für den Austausch von Meinungen und Erfahrungen sein, um die Diskussion zwischen zahlreichen Bewegungen zu vertiefen, die von der Gewissheit "Eine andere Welt ist möglich" getragen werden und die sich "gegen einen kapitalistischen, von den großen multinationalen Konzernen und den Regierungen und internationalen Institutionen, die deren Interessen dienen, befohlenen Globalisierungsprozess" (Charta der Prinzipien des Weltsozialforums) wehren. Dieser Globalisierungsprozess beschleunigt die Konzentration der Reichtümer, verursacht Kriege, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Ausgrenzung, die Zerstörung der Umwelt und die Einschränkung der Rechte und Freiheiten des Einzelnen, und er ist ein Nährboden des Rechtsextremismus. Aus diesem Grund sollen mit den Mitteln der Konfrontation und der demokratischen Debatte Alternativen zum heutigen Zustand der Welt entwickelt werden. Ferner sollen konkrete Maßnahmen vorgeschlagen werden, um den Grundrechten der Menschen den ihnen zustehenden Stellenwert zu geben: über den finanziellen und wirtschaftlichen Interessen.

In diesem Rahmen müssen sich die Vorschläge und die Mobilisierungen, die auf europäischer Ebene notwendig sind, gegen die Logik richten, die den Markt und den Wettbewerb zu zentralen Elementen des Europäischen Aufbauwerks macht. Es gilt, nicht nur die Notwendigkeit eines demokratischen Europas der Bürger und der Völker zu betonen, sondern auch zu zeigen, dass ein solches möglich ist. Gleichzeitig müssen Mittel und Wege zur Umsetzung skizziert werden. Den damit in Zusammenhang stehenden Überlegungen und Vorschlägen kommt gerade jetzt, vor Beginn der nächsten EU-Erweiterungswelle und während der Diskussionen über die Arbeit der Konvention, ein besonderes Gewicht zu.

Das kommende Europäische Sozialforum soll ein Zusammenströmen der sozialen Bewegungen, "Rechtlosen"-Organisationen, Vereinigungen, NGOs, Gewerkschaften, Friedens- und Bürgerbewegungen Europas und

anderer Kontinente, besonders der südlichen Mittelmeurländer, ermöglichen. Man wird sich dort den wichtigsten Themen, die im heutigen Europa von grundlegender Bedeutung sind, widmen: Die EU und die übrigen europäischen Länder im Globalisierungsprozess und ihre Beziehungen zu den internationalen Institutionen, zu den USA, den südlichen Ländern, die notwendigen politischen Maßnahmen, um die internationale Solidarität untermauern, des Weiteren Frieden und kollektive Sicherheit auf der Welt und Themen wie Aufrüstung, Demokratie und Bürgerrechte, Verteilung der Reichtümer, Inhalte der europäischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, nachhaltige Entwicklung, wirtschaftliche und soziale Rechte innerhalb der Unternehmen und der Gesellschaft, Auswirkungen der Produktion und des Konsums auf die Umwelt, die Bedeutung der Solidarwirtschaft und des öffentlichen Dienstes, das soziale Verhältnis der Geschlechter, Immigrationspolitik, Zugang zur Kultur ...

(Eine Erklärung des französischen Initiativ Ausschusses für das Europäische Sozialforum). 



### Mitfahrmöglichkeiten aus Deutschland

Die Attac Deutschland organisiert Mitfahrmöglichkeiten mit Bahn und Bus nach Paris. Alle Informationen dazu finden Sie im dazu eingerichteten Portal <http://www.attac.de/esf2003/mitfahr.php>

### Mitfahrmöglichkeiten aus Österreich

Aus Österreich geht ein Sonderzug, der von Wien über Linz, Salzburg, München und Stuttgart geführt wird. Anmeldungen im Portal: <http://www.socialforum.at/sf/esf/zuganmeldung>

Das Portal des Europäischen Sozialforums Paris (teilweise in deutscher Sprache) finden Sie unter: <http://www.fse-esf.org/francais/index3.html>. Dort erfahren Sie auch alles über Unterkünfte an den verschiedenen Orten in Paris.

## Das Programm

**Unter der Überschrift: "Für ein anderes Europa - in einer anderen Welt" werden vom 12.-16.11.2003 St. Denis bei Paris auf dem zweiten Europäischen Sozialforum über 30.000 Menschen allein aus Frankreich erwartet, die über die Auswirkungen und Mechanismen des augenblicklichen Wirtschaftssystems, des Rassismus, des Sexismus und der Umweltzerstörung diskutieren werden. Es gilt Alternativen zur gegenwärtigen Globalisierung und Möglichkeiten ihrer Verwirklichung zu erarbeiten.**

Die Einzelveranstaltungen des European Social Forum (ESF) sind folgenden fünf Überschriften, sogenannten Themenachsen, zugeordnet. Jede Achse gliedert sich in sechs Unterbereiche. Diese Gliederung bildet den roten Faden der Veranstaltungen an den drei Konferenztagen (13. bis 15.11.03). Zu den Hauptthemen sowie zu vielen Unterthemen finden vormittags Konferenzen statt, welche simultan in Deutsch, Englisch, Französisch, Griechisch, Italienisch und Spanisch sowie teilweise in Arabisch und Russisch übersetzt werden. An den Nachmittagen werden Seminare und in vielen weiteren selbstorganisierten Workshops Zusammenhänge beleuchtet und Handlungsstrategien entwickelt. Am Abend schließlich werden die Rahmenbedingungen und Perspektiven der Sozialen Bewegungen im Programm "Konfrontationen und Artikulationen" thematisiert.

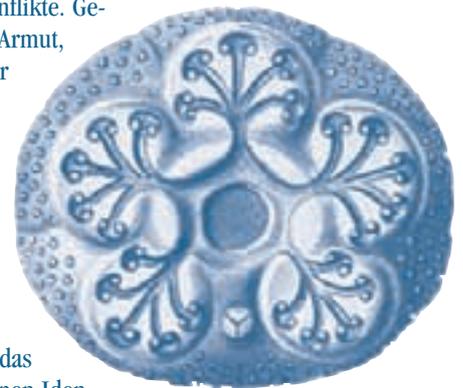
**1** Gegen den Krieg. Für ein Europa des Friedens, der Gerechtigkeit und der Solidarität, das der Welt gegenüber offen ist.

- Gegen den globalen, nicht Enden sollenden Krieg. Globalisierung und Militarisierung, imperiale Politik, die Rolle der USA, Rolle des Öls, Rolle der NATO, das Recht der Völker, ihre Zukunft im Kampf gegen ihre Unterdrücker selbst zu bestimmen.
- Schaffung einer Friedensordnung, eine Kultur des Friedens, Abrüstung weltweit, das Völkerrecht.
- Nord-Süd-Beziehungen: Verschuldung, ökologische Schulden, Finanzierung von Entwicklung; Kolonialismus, Neokolonialismus und Reparationen (auch für den transatlantischen Sklavenhandel).
- Welche Zukunft haben Osteuropa und die Türkei? Was für ein gemeinsames Europa brauchen die Völker?
- Der globale Krieg, die Repressionen und die Bürgerrechte; Politik der Inneren Sicherheit; Strafrecht und der Europäische Rechtsraum, Anti-Terror-Gesetze und Kriminalisierung, die polizeiliche und juristische Behandlung der Wohngebiete.
- Europa in der neoliberalen Globalisierung. Die Rolle der Europäischen Union und die Mitverantwortung der europäischen Staaten für die Architektur der globalen

Mächte (WTO, Weltbank, Internationaler Währungsfonds/IWF, Internationale Arbeitsorganisation/ILO, Weltgesundheitsorganisation/WHO, UNO).

**2** Gegen den Neoliberalismus, gegen das Patriarchat. Für ein Europa der sozialen und demokratischen Rechte.

- Die Rechte der Bürger und die demokratischen Rechte; Analyse und kritische Bewertung des EU-Konvents. Rolle der Institutionen, partizipative und repräsentative Demokratie, gleiche Rechte für alle.
- Die Unteilbarkeit des Rechts und die Entwicklung sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Rechte. Charta der Grundrechte, Rechte der abhängig Beschäftigten (Recht auf Arbeit und Arbeitsrecht). Bürgerschaftlichkeit und Universalität der Rechte.
- Gegen die Abwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge; Bilanz der Privatisierungspolitik, Wettbewerbsrecht, GATS.
- Sozial Ausgegrenzte und soziale Akteure: neue Praktiken des Kampfes, neue soziale Konflikte. Gegen Ausgrenzung und wachsende Armut, für die effektive Wahrnehmung der Rechte.
- Frauen und Männer. von der rechtlichen zur tatsächlichen Gleichheit. Gegen eine Arbeitsteilung nach Geschlecht. Für die Freiheit der Frauen in der Gesellschaft.
- Der Kampf von Lesben, Schwulen und Transsexuellen im Kampf für das Recht auf Anerkennung ihrer eigenen Identitäten: für eine andere Globalisierung, entrümpelt von überkommenen Moralvorstellungen und Gender-Determinierung.



**3** Gegen die Profitlogik. Für eine Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit, der ökologischen Nachhaltigkeit und der Nahrungssicherheit.

- Für den Schutz der Gemeingüter weltweit: die Plünderung der Ressourcen und die neoliberale Globalisierung; die Rolle der WTO und der Multis, demokratische Kontrolle über die öffentlichen Güter, das Wasser, die Bio-Diversität, die Energieressourcen sowie die Finanzinstrumente
- Beschäftigung und internationale Arbeitsteilung. Gegen die Profitlogik, der Kampf gegen Sozialdumping und Umweltdumping, gegen die Unternehmen, die Standorte zerstören, Normalarbeitsplätze vernichten und den Bereich prekärer Arbeitsverhältnisse ausweiten. Das Recht auf Arbeit, Beschäftigungspolitik in Europa.
- Für eine andere Verteilung des gesellschaftlichen



- Reichtums: für eine Finanz-, Geld- und Haushaltspolitik, die Beschäftigung fördert, gegen Haushaltsdumping, für das Brechen der Macht der Finanzmärkte, transnationale Konzerne, die soziale und ökologische Verantwortlichkeit der Wirtschaftsunternehmen, ökologische Haushaltspolitik, Staatsgebiet und Globalisierung.
- Für eine nachhaltige Agrarwirtschaft: für Souveränität in der Nahrungsmittelversorgung, Wandel der EU-Agrarpolitik, Veränderung der internationalen Bestimmungen für den Handel mit Agrarprodukten, für die Produktion sicherer und gesunder Nahrungsgüter, Kampf gegen genmanipulierte Produktionsweisen, Rechte der Kleinbauern.
  - Nachhaltigkeit von Produktion und Konsumtionsweisen, Ökologie und der Schutz des Ökosystems, gegen die Vermarktlichung der Umwelt, die Rolle einer sozialen und solidarischen Wirtschaft, die Frage des Wachstums, gerechter Handel.
  - Ökologische Energie- und Transportpolitik: Energiepolitik, das Problem der Atomenergie, Kampf gegen Umweltverschmutzung, Treibhauseffekt, Regulation des Transportwesens.

**4** Gegen die Verwandlung aller Lebensgüter in eine Ware. Für ein demokratisches Europa der Information, der Kultur und der Bildung.

- Gegen die Politik der Deregulierung und Privatisierung in Europa, für die Verteidigung öffentlicher Einrichtungen im Bereich der Information, der Kultur und der Bildung.
- Gegen die Konzentration der Medienmacht und die Verwandlung der Informationen in Waren, die Rolle der öffentlichen Medien, das Recht auf Information und eine Vielfalt der Informationsquellen, für die Entwicklung unabhängiger und alternativer Medien. Medien und Krieg.
- Für die Erhaltung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in Europa, gegen die Vermarktlichung und "Liberalisierung" im Bereich der Kultur durch die WTO, für die Freiheit geistigen Schöpfungstums.
- Die Rolle der Kunst, der kulturellen und künstlerischen Praxis in der sozialen Transformation und Emanzipation. Selbstbestimmte Erfahrungen und die kulturelle Selbstbestimmung.
- Das Recht auf Bildung für alle, gegen die Verwand-

lung von Bildung in eine Ware: Bildungssystem und Volkswirtschaftswesen: sozialer und demokratischer Anspruch oder simpler Wirtschaftsfaktor? Für ein öffentliches Bildungssystem, von der Kindheit bis zur Universität, das allen gleichen Chancen bietet.

- Wissenschaft und Forschung: für eine Kontrolle der wissenschaftlichen Entwicklung durch die Bürgerinnen und Bürger, gegen die Verwandlung der Wissenschaft in eine Ware, für eine wissenschaftliche Solidarität zwischen Nord und Süd, die eine Gleichheit des Zugangs zu Wissen und Technologie gewährleistet; gegen die Patentierung des Lebens.

**5** Gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung. Für gleiche Rechte, den Dialog der Kulturen, für ein Europa, das MigrantInnen, Flüchtlinge, AsylbewerberInnen willkommen heißt.

- Gegen eine "Festung Europa": für das Recht auf Staatsbürgerschaft und ständigen Aufenthalt für alle, Bewegungsfreiheit, Niederlassungsrecht, Gleichheit der sozialen, bürgerlichen und politischen Rechte. Gegen die Diskriminierungen, die im derzeitigen Asyl- und Ausländerrecht angelegt sind.
- Für ein EU-europäisches Einwanderungsrecht: sofortige Beendigung der Ausweisungen, Schließung der Aufnahmelager, Migration und Entwicklung, für eine positiv angelegte Einwanderungspolitik in den Aufnahmeländern und in den Herkunftsländern.
- Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamophobie, Diskriminierung, Stigmatisierung von Einwanderern und deren Nachkommen sowie Sinti und Roma. Rolle der Medien, für den Dialog der Kulturen.
- Migration und Arbeit: der Zugang zu den sozialen Rechten, Arbeitslohn, Binnenwanderung innerhalb Europas, Rechtsgleichheit.
- Frauen in der Migration, Migranten und Globalisierung, juristische Selbständigkeit, bürgerrechtlicher Status und Frauenpolitik in den Aufnahmeländern, Frauenhandel und sexistische Verfolgung sowie sexuelle Belästigung.
- Menschen "ohne Papiere": gegen eine neue Arbeitsverwaltung, rechtmäßige Gleichbehandlung aller. 



## Auf dem Weg zu einem nationalen Sozialforum in Deutschland

Es soll kein deutsches Sozialforum, sondern ein Sozialforum in Deutschland werden. Ein im Geiste von Porto Alegre wichtiger Unterschied. Die Initianten möchten betonen, dass das nationale Sozialforum in Deutschland auch für Nicht-Deutsche offen sein soll.

Während in vielen anderen Ländern (zum Beispiel in Italien) zahlreiche regional ausgerichtete Sozialforen meist erst nach der Durchführung eines nationalen Forums entstanden sind, ist das in Deutschland gerade umgekehrt. Hier wachsen die regionalen Sozialforen und Initiativen mit sehr viel Enthusiasmus und Engagement aus dem Boden, oft mit Unterstützung der regionalen Attac-Büros. Wenn sich Deutschland deshalb etwas schwer tut, über diese regionalen Foren auch noch ein nationales Dach zu legen, ist das verständlich. Die dazu gemachten Pro- und Contra-Überlegungen sind interessant und dass der Gründungskreis für ein Sozialforum in Deutschland darüber überhaupt eine Debatte führt, ist lobenswert und wohl richtig in der Vorgehensweise. Der Gründungskreis nimmt sich Zeit für die Entscheidung: Ein Sozialforum in Deutschland ja oder nein.

Die Bemerkung, dass diese "aus dem Boden wachsen", ist bewusst gewählt, denn nicht wie an vielen anderen Orten von grossen Organisationen "von oben" von städtischen oder kulturellen Vereinigungen "verordnet", sind in Deutschland die regionalen Sozialforen fast ausschliesslich "von unten" durch regionale Gruppierungen der globalisierungskritischen Bewegungen, der Friedensbewegung, von Vereinen und ortsansässigen MitbürgerInnen, oft auch von kirchlichen Organisationen initiiert worden. Hier wird der Geist von Porto Alegre gelebt: Menschen von ganz unten machen sich auf den Weg, sich kennen zu lernen, ihre sozialen und finanziellen Probleme darzustellen, zu sagen, wo der Schuh drückt und gemeinsam mögliche Lösungswege zu erarbeiten.

Mitte Februar hatte ein Koordinierungskreis der Attac einen breiteren Kreis von Einzelpersonen und VertreterInnen verschiedener Organisationen zu einem sog. Strategietreffen eingeladen, das heisst zu einem Austausch darüber, wie unter den derzeitigen Bedingungen in der BRD gesellschaftliche und politische Opposition gebündelt werden und diese sich in der Öffentlichkeit Gehör verschaffen kann. Die Runde vereinbarte, die Debatte im Rahmen eines deutschen Sozialforums fortzusetzen. Über die bereits bestehenden Listen für ein deutsches Sozialforum wurde dann auf den 6. April nach Kassel eingeladen.

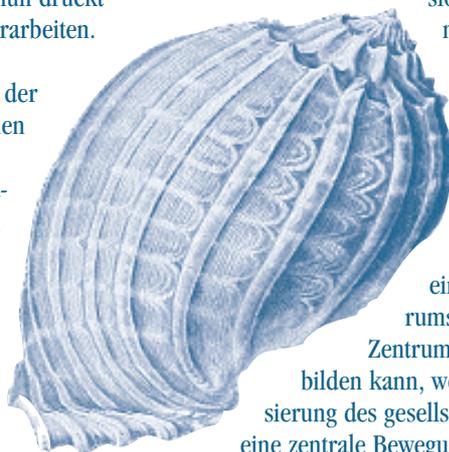
Die Initiative für ein Deutsches Sozialforum hatte sich bereits im vergangenen Jahr gebildet, um die deutsche Beteiligung am ersten Europäischen Sozialforum in Flo-

renz vorzubereiten und hat danach die Koordinierungsarbeiten für das zweite Europäische Sozialforum in Paris zu übernehmen.

Etwas 80 Personen hatten sich in Kassel eingefunden; in den Prozess involviert sind jedoch auch örtliche und regionale Sozialforen, die sich bereits gebildet hatten oder in Gründung sind (siehe Liste auf Seite 11). Auch wenn die Initiative für ein nationales Forum – vier Jahre nach dem ersten Welt-Sozialforum in Porto Alegre und ein Jahr nach dem ersten Europäischen Sozialforum in Florenz – "von oben" kam, ist es doch durch die Beteiligung zahlreicher Einzelpersonen und regionaler Gruppen "von unten" entstanden und gewachsen. Von oben wurde eigentlich bloss das Netzwerk errichtet, wurden die einzelnen Gruppierungen zusammengeführt. Seit April werden regelmässige Treffen veranstaltet, um die Debatte fortzusetzen oder zu beschleunigen.

### Konzeptionen der Sozialforumsbewegung Gründung eines Sozialforums in Deutschland

An einem solchen Treffen im vergangenen September wurde über die Dynamik der Sozialforumsbewegung berichtet, die in Deutschland mittlerweile aus circa 30 regionalen Sozialforen besteht. Als nächster Schritt wäre es wichtig, so wird berichtet, dass aus diesen Diskussionsforen heraus, die zunehmende Bereitschaft der Bevölkerung sich neoliberaler Politik zu widersetzen, gebündelt und in praktische Aktionen umgewandelt wird. Notwendige Voraussetzung hierfür sei die Gründung eines Deutschen Sozialforums, das an dieser Stelle das Zentrum der Sozialen Bewegung bilden kann, weil gerade für die Europäisierung des gesellschaftlichen Widerstandes eine zentrale Bewegung unerlässlich sei. Auf dem Europäischen Sozialforum in Paris könnte bei einem Treffen der Teilnehmer aus Deutschland ein Deutsches Sozialforum ausgerufen werden.



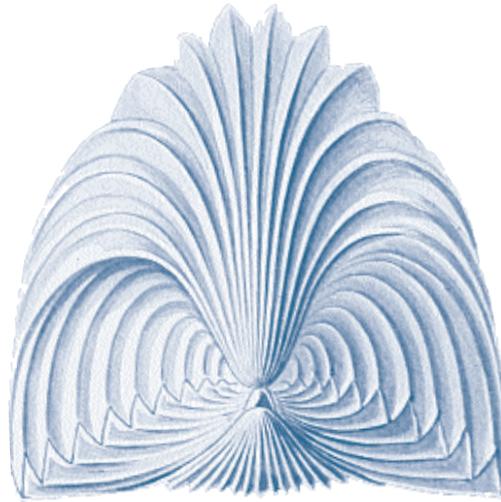
## Argumente der BefürworterInnen

- Es zeichnet sich ab, dass die Soziale Bewegung in Deutschland den Anschluss an internationale Diskussionen verliert – ein Deutsches Sozialforum könnte hier die Rolle einnehmen, diese Beteiligung an diesen Diskussionen kontinuierlich zu gewährleisten.
- Die Probleme in Deutschland, Agenda 2010, Remilitarisierung in der Außenpolitik usw. dulden keinen Aufschub mehr bezüglich der Bündelung von Gegenwehr.
- Einschätzung ist: Es gibt die Notwendigkeit und den Raum für eine neue APO.
- Gewerkschaften organisieren ca. acht Millionen Menschen in Deutschland, das gibt ihnen eine gewisse Stärke. Sie können aber keinen Generalstreik mobilisieren – hierzu müssen die 75 Millionen Nichtorganisierten mit beitragen. Es ist also wichtig, dass Gewerkschaften und andere Organisationen in o.g. Problematiken gemeinsam auftreten.
- Sozialforen können die Gewerkschaften aktivieren, sich mit o.g. Problematiken zu beschäftigen.
- Die Vernetzung von "Oben" kann die Organisation "Unten" (Regionen) unterstützen.
- Ein Deutsches Sozialforum kann die Sprachlosigkeit durchbrechen, die in der Gesellschaft vorherrscht, weil ihr ein alternatives Gesellschaftsmodell fehlt.

- Bei der Gründung eines Deutschen Sozialforums dürfen die Organisationen vom MigrantInnen nicht vergessen werden, da sie eine große Anzahl von Menschen, die in Deutschland leben repräsentieren.

## Die Argumente der SkeptikerInnen

- Die sozialen Bewegungen haben an sich einen Wert, der Gefahr läuft, verloren zu gehen, wenn zu stark strukturelle, organisatorische Momente greifen.
- Es besteht die Gefahr, dass sich eine große Organisation den "Hut" für eine zentral organisierte Sozialbewegung "aufsetzt" und damit die Pluralität verloren geht.

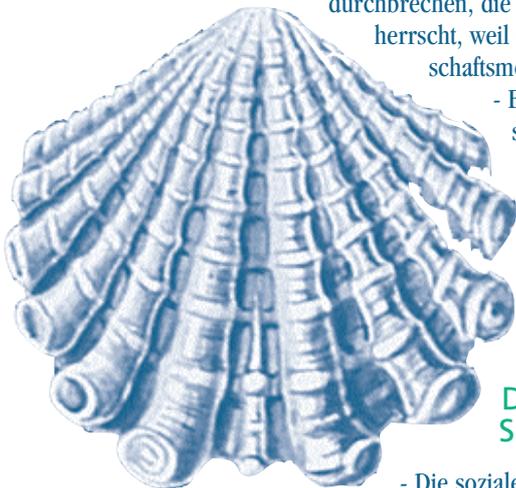


- Gewerkschaften haben ein klares Mandat: Sie müssen ihre Mitglieder bei politischen Diskussionen mitnehmen und können von daher keine Blanko-Zusage gegenüber Forderungen der gesamten sozialen Bewegung geben.
- Gefahr: Gewerkschaften bewegen sich weg von ihrem Kerngeschäft – der politischen Arbeit in den Betrieben – um sich in der Sozialbewegung zu engagieren.

- In Deutschland gibt es (noch) keinen gesellschaftlichen Rückhalt für ein Deutsches Sozialforum.
- In Deutschland gibt es aus unterschiedlichen Gründen keine Massenbewegungen, das wird sich auch nicht durch die Gründung eines Deutschen Sozialforums ändern.
- Es gibt noch keine konkreten Alternativen zu bestehenden Verhältnissen. Erst wenn es die gibt, macht es einen Sinn ein breites Bündnis zu etablieren, um die Massen zu erreichen. Sonst verpufft das Engagement.

Sowohl bei den Befürwortern eines Deutschen Sozialforums als auch bei den Skeptikern, ist man sich einig darüber, dass das Ausrufen eines Deutschen Sozialforums in Paris verfrüht wäre, dass die Veranstaltung aber genutzt werden sollte, um einen solchen Vorschlag zu diskutieren.

Die Argumente sind deshalb interessant, weil offensichtlich auch hier die Kritik an den Gewerkschaften laut wird, dass sie im eigenen Interessen versuchen, sich die Sozialforen "unter den Nagel zu reißen" und dabei ihre eigentlichen Aufgaben vergessen oder dafür nicht mehr genügend Ressourcen zur Verfügung stehen. Die Gewerkschaften sollen sich sehr wohl an den regionalen und nationalen Sozialforen beteiligen; sie sollen jedoch keine federführenden oder allein bestimmende Aufgaben übernehmen. 



## Eine gute Plattform für die Freiwirtschaft

Der Slogan aller Sozialforen heisst: Eine andere Welt ist möglich. Abwandlungen wie etwa "Eine andere Stadt ist möglich" sind selbstverständlich gestattet. In Anlehnung an die Sozialforen darf deshalb hier ausgerufen werden: Ein anderes Wirtschaften mit Boden, Geld und Zins ist möglich.

Freiwirtschaftliches Denken für eine natürliche Wirtschaftsordnung sind Anliegen im Interesse der Allgemeinheit, also Anliegen und Systemveränderungs-Vorschläge von unten. Für die Verbreitung der Ideen, Projekte und Konzepte in Zusammenhang mit einer anderen Geld- und Zinswirtschaft und mit der Bodenreform sind die örtlichen und regionalen Sozialforen und – wenn es denn einmal zustande kommen sollte – auch das nationale Sozialforum in Deutschland eine geeignete Plattform. Auch für die Projekte der Regiogeld-Initiativen wären diese Verbreitungsmöglichkeiten geradezu ideal. Alle sind deshalb aufgerufen, diesbezügliche Vorträge, Darstellungen der Konzepte, Workshops und Konferenzen in die regionalen Foren zu tragen. Zu diesem Zweck haben veröffentlicht wir hier deshalb die Homepage-Adressen der regionalen Sozialforen, zusammen mit den Kontaktpersonen und ihrer E-Mail-Adressen.

### Internationale Sozialforen

Internationale Einstiegsseite zu den Sozialforen  
[www.forumsocialmundial.org.br/home.asp](http://www.forumsocialmundial.org.br/home.asp)  
Das deutschsprachige Informationsportal zur weltweiten Sozialforum-Bewegung  
[www.weltsozialforum.de/](http://www.weltsozialforum.de/)  
**Welt-Sozialforum Januar 2004 in Mumbai, Indien**  
[www.wsfindia.org/](http://www.wsfindia.org/)

### Nationale Sozialforen

**Europäisches Sozialforum in Paris**  
[www.fse-esf.org/francais/index3.html](http://www.fse-esf.org/francais/index3.html)  
**Sozialforum in Deutschland**  
[www.dsfgsf.org/](http://www.dsfgsf.org/)  
**Sozialforum in Österreich**  
[www.socialforum.at](http://www.socialforum.at)  
**Sozialforum in der Schweiz**  
[www.socialforum.ch](http://www.socialforum.ch)

### Regionale Sozialforen

**Sozialforum Aachen**  
[www.socialforum-aachen.de](http://www.socialforum-aachen.de) - [info@socialforum-aachen.de](mailto:info@socialforum-aachen.de)  
**Berliner Sozialforum**  
[www.socialforum-berlin.de](http://www.socialforum-berlin.de) - Peter Grottian: [pgrottia@zedat.fu-berlin.de](mailto:pgrottia@zedat.fu-berlin.de)  
**regionales Sozialforum in Bonn**  
[www.socialforum-bonn.de](http://www.socialforum-bonn.de) - Gitti Götz: [gitti@attac.de](mailto:gitti@attac.de)  
**Sozialforum Bochum**  
[www.kolabor.de/socialforum](http://www.kolabor.de/socialforum) - Reinhard Wegener: [socialforum-bochum@gmx.net](mailto:socialforum-bochum@gmx.net)  
**Sozialforum Duisburg**  
[www.socialforum-duisburg.de](http://www.socialforum-duisburg.de) - Joachim Glund: [drittwel@aol.com](mailto:drittwel@aol.com)  
**Sozialforum Freiburg**  
[www.socialforum-freiburg.de](http://www.socialforum-freiburg.de) - Lutz Knakrügge: [Lutz@mail.pcom.de](mailto:Lutz@mail.pcom.de), Kirsten Bredenbeck: [bredenbeck\\_kirsten@hotmail.com](mailto:bredenbeck_kirsten@hotmail.com)  
**Düsseldorfer Sozialforum**  
Maria Schmid: [mariaschmid@t-online.de](mailto:mariaschmid@t-online.de), Irene Wollenberg: [\[berg@ish.de\]\(mailto:berg@ish.de\)  
\*\*Socialforum Hassfurt\*\*  
\[www.nachrichten-aus-hassfurt.de\]\(http://www.nachrichten-aus-hassfurt.de\) - Norbert Zirnsak: \[sobima@t-online.de\]\(mailto:sobima@t-online.de\)  
\*\*Attac-AK Sozialforum Köln\*\*  
\[www.attac-koeln.de/ak-sozialforum.html\]\(http://www.attac-koeln.de/ak-sozialforum.html\) - <http://hometown.aol.de/sofokoeln> - \[sokokoeln@aol.com\]\(mailto:sokokoeln@aol.com\)  
\*\*Socialforum München\*\*  
<http://de.groups.yahoo.com/> - <http://www.m-sf.de/> - Hans-Peter Gase: \[socialforum\\\_muenchen-owner@yahoogroups.de\]\(mailto:socialforum\_muenchen-owner@yahoogroups.de\)  
\*\*Norddeutsches Sozialforum\*\*  
\[www.ndsf.org\]\(http://www.ndsf.org\) - Sabine Grimm: \[PTI.Grimm@t-online.de\]\(mailto:PTI.Grimm@t-online.de\)  
\*\*Oldenburger Sozialforum\*\*  
Willi Lüpkes: \[willi.luepkes@also-zentrum.de\]\(mailto:willi.luepkes@also-zentrum.de\)  
\*\*OWL SOZIALFORUM\*\*  
Matthias Klenk, Thomas Siebenmorgen, Fritz Ludwig: \[fritzludwig@web.de\]\(mailto:fritzludwig@web.de\)  
\*\*Sozialforum Saarbrücken\*\*  
\[www.gib-buergerkraft.de\]\(http://www.gib-buergerkraft.de\) - Christian Moos: \[CTMoos@gmx.de\]\(mailto:CTMoos@gmx.de\)  
\*\*Socialforum Lebenshaus Schwäbische Alb\*\*  
\[www.lebenshaus-alb.de\]\(http://www.lebenshaus-alb.de\) - Achim Rosenhagen: \[info@lebenshaus-alb.de\]\(mailto:info@lebenshaus-alb.de\)  
\*\*Soziales Netzwerk in Stuttgart\*\*  
Christine Pfisterer: \[chripfi@gmx.de\]\(mailto:chripfi@gmx.de\), Christel Meyer zu Berstenhorst: \[christel.meyertzuberstenhorst@verdi.de\]\(mailto:christel.meyertzuberstenhorst@verdi.de\)  
\*\*Social Forum Tübingen/Reutlingen\*\*  
\[www.social-forum.de\]\(http://www.social-forum.de\) - Erich Buder: \[info@social-forum.de\]\(mailto:info@social-forum.de\), Ute Horack: \[espriu@gmx.de\]\(mailto:espriu@gmx.de\)  
\*\*Sozialforum Wiesbaden\*\*  
Hartmut Bohrer \[lili.fraktion@wiesbaden.de\]\(mailto:lili.fraktion@wiesbaden.de\), Ekbert Lebküchner, \[attac\]\(mailto:attac\) Regionalgruppe Wiesbaden: \[ekbert@lebkuechner.de\]\(mailto:ekbert@lebkuechner.de\)  
\*\*Initiative Sozialforum Witten\*\*  
\[www.witten-geht-baden.de\]\(http://www.witten-geht-baden.de\) - Rüdiger Reescher: \[ruediger.reescher@attac.de\]\(mailto:ruediger.reescher@attac.de\)  
\*\*Wuppertaler Sozialforum\*\*  
\[www.w-forum.org\]\(http://www.w-forum.org\) - Kontakt über Formular auf der Webseite](mailto:iwollen-</a></p></div><div data-bbox=)



# Das erste Schweizer Sozialforum

Ja, es fand statt. Man musste es suchen, aber wenn man suchte, dann fand man es. Eine gute Internetseite gab organisatorische und inhaltliche Hinweise und konnte Interesse schaffen an den vielen spannenden Veranstaltungen, die da vorbereitet waren.



Hendrik Barth, geboren 1958 in Leipzig und aufgewachsen in Dessau hat an der Humboldt-Universität ein Kunstwissenschaftsstudium absolviert. 1982-84 politische Konflikte und Übersiedlung nach West-Berlin, seit 1993 wohnhaft in Zürich ([www.kunstausleih.ch](http://www.kunstausleih.ch)). Nach einem Kunst- und Kunsttherapie-Studium von 1985-1990 betätigt er sich als freischaffender Künstler und dem Vertrieb von Kunstdrucken durch "international graphics". Er hat mehrteilige Bildsysteme unter Einbezug von Fotografien und Landkarten in die Malerei, entwickelt. Mitakteur im Gemeinschaftsprojekt "Karthago". Seit 2000 Einbezug digitaler Bildbearbeitung und Giclée-Drucke.

Und die Insider wussten sicherlich auch Bescheid. So wurden alle INWO- und Talent-Mitglieder in der Schweiz extra mit einem Brief über die Teilnahmemöglichkeit an dem dreitägigen Forum informiert und eingeladen und viele andere der beteiligten Organisationen taten es wahrscheinlich ebenso.

Eine sonstige breite Information bei der Bevölkerung, zum Beispiel durch eine Plakatierung, war aber nicht zu finden und so hat mancher potentiell Interessierte - wenn überhaupt - erst im Nachhinein erfahren, dass da etwas stattgefunden hat.

Am Freitagnachmittag, 19. September 2003, fanden sich also die ersten TeilnehmerInnen in der Freiburger Universität Miséricorde ein, um sich anzumelden und das Programm der drei bevorstehenden Tage in einem "Hochglanzmäppli" der Freiburger Kantonalbank entgegen zu nehmen, welche freundlicherweise diese Veranstaltung sponserte.

Die offizielle Eröffnung am Abend wurde von einem ansprechenden internationalen Kulturprogramm umrahmt und fand auf dem nahegelegenen kleinen, aber ausreichenden Platz Georges Python statt, der wiederum von Informations- und Verpflegungsständen umrahmt war, die dafür sorgten, dass die Anwesenden sich nicht gar zu verloren vorkamen. Neben anderen traten Sergio Ferrari, engagierter Journalist und Mitorganisator des Schweizer Sozialforums sowie Chico Withaker, bekannt durch sein Engagement beim Weltsozialforum und Asha Kachru aus Indien auf. Damit war der Bogen gespannt, mit dem das Schweizer Sozialforum seine Pfeile in das neoliberale System schiessen möchte. Am Samstag und Sonntag fanden dann eine ganze Reihe von Konferenzen und Seminaren statt und es begann gleich am Samstagmorgen mit der gerade von den an der Geldreform interessierten Menschen mit Spannung erwarteten Konferenz zum "Finanzplatz Schweiz". Der Besucherandrang war mit etwa fünfzig Personen denkbar bescheiden, was aber wohl weniger mit dem Thema als mit der geringen Gesamtbeteiligung und dem Zeitpunkt am Samstagvormittag zusammenhing, als mancher noch unterwegs war. Das Podium war gut besetzt entsprechend der Vorstellungen von Bruno Gurtner (AG Hilfswerke Schweiz), der im Wesentlichen die Veranstaltung im Vorfeld gestaltete

und nun auch moderierte, mit Werner Vontobel (Wirtschaftsjournalist), Sébastian Guex (Universität Lausanne), einer Mitarbeiterin der Aktion Finanzplatz Schweiz und anderen. Die verschiedenen Aspekte der internationalen und nationalen Kritik am Bankgeheimnis und der Unterstützung von Steuerhinterziehungspraktiken durch die Schweizer Gesetzgebung wurden von verschiedenen RednerInnen dargelegt. Spannend war der Beitrag von Werner Vontobel. Von ihm wurde klar formuliert, dass die durch die Banken forcierte Kapitalakkumulation ein wesentlicher Faktor dafür ist, dass es wirtschaftlich in der Schweiz nicht vorwärts geht, da diese sich akkumulierenden Gelder bei den weniger reichen und armen Bevölkerungsteilen fehlen, die dieses Geld durch ihren Konsumbedarf wieder in die Wirtschaft fließen lassen würden.

An anderer Stelle wurde aufgezeigt, dass die Entwicklungsländer durch Steuerhinterziehungen wie sie durch das Schweizer Bankgeheimnis unterstützt werden etwa so viel an Einnahmeverlusten haben, wie sie durch Entwicklungshilfe an Geldern (geliehen) bekommen.

Schlimm für die Schweiz: Ihre Gewinne durch solche Steuerhinterziehungspraktiken sind sogar fünfmal so hoch, wie das Entwicklungshilfebudget im Bundeshaushalt.

So gab es manche interessante Information in der Veranstaltung, aber, wie zu erwarten, keine grundlegende Kritik am Geldsystem. Dafür war dann Platz im anschließenden von der INWO organisierten Seminar "Achtung Geld - Wie das Geldsystem unsere Zukunft gefährdet". Gleichzeitig fanden etwa acht

andere Seminare zu interessanten Themen wie "Frauen in der Altersvorsorge", "Kuba und die europäische Linke", "Vorgehen gegen Aktivitäten des Finanzplatz Schweiz", "Nestlé und andere schweizer Multis in der Globalisierung", zu sexistischer Werbung usw. statt. Trotzdem war das Seminar zum Geldsystem mit knapp zwanzig Personen gut besucht im Rahmen der Gegebenheiten und wurde mit so viel Interesse aufgenommen, dass die anregende Diskussion nach einer Mittagspause vom größten Teil der Gruppe noch 2 1/2 Stunden fortgesetzt wurde. Besonders erfrischend war für mich die Idee zu versuchen, einen Volksentscheid auf die Beine zu stellen über eine obere Begrenzung von finanziellem Reichtum von Privatpersonen in der Schweiz. Aber auch über vieles andere im Zusammenhang mit den Strukturen in unserem Geldsystem und der Entwicklung von Armut und Reichtum wurde diskutiert. Für viele war der



Beitrag über die Arbeitsweise der Basler Gemeinschaftsbank BCL durch Herrn Jermann (Geschäftsführer) eine interessante Bereicherung und der Beweis, dass es auch heute schon, wenn auch nur im Kleinen, anders geht als bei den Grossbanken.

Gleichzeitig fuhr am Nachmittag ein grosser Teil der Sozialforum-TeilnehmerInnen nach Bern zu der Grossdemonstration gegen die Rentenpolitik der Bundesregierung, zu welcher der Schweizerische Gewerkschaftsbund aufgerufen hatte. So wichtig diese Demonstration war, so wenig günstig war sie zu diesem Zeitpunkt für den Ablauf des Sozialforums. Aber sie trug dazu bei, dass es am Abend eine breite Podiumsdiskussion zum Thema Renten gab. Da gab es kämpferische Töne, dass man das schweizer Rentensystem grundlegend neu anpacken und umgestalten müsse. Insbesondere Christian Tirefort (Gewerkschaft Comedia) setzt sich kraftvoll dafür ein, dass die AHV als direktes Umlageverfahren weiterentwickelt werden soll und eine Grundsicherung von mindestens 3000 Franken monatlich schaffen sollte. Und mit dieser Forderung steht er nicht allein da. Dafür sollte die zweite Säule abgebaut werden, die ohnehin auf dem Prinzip der Kapitalakkumulation beruht, welche er als für die gesellschaftliche Entwicklung kontraproduktiv und unsicher beschreibt (was die letzte Zeit ja bewies) und die ausserdem ungerecht ist, da sie geringe und Teilzeittöhne ausschliesst, und damit letztlich vor allem den ohnehin sehr gut Verdienenden nützt, da die individuellen Beiträge immer vom Arbeitgeber verdoppelt werden.

So war es ein anregender und wichtiger Abend mit einem Thema zu dem auch die INWO einige wichtige Gedankengänge beisteuern kann. In der r-evolution Nr.14, Dezember 2002 ist da schon einiges angesprochen. Speziell auf die Schweiz bezogen wäre manches zu tun und wichtig wäre, wenn sich jetzt eine Arbeitsgruppe bildet, die zu diesem Thema Überlegungen und Konzepte formuliert und Kontakte zur Vernetzung knüpft. Am Info-Tisch der INWO wurden für diesmal neben vielem anderen Informationsmaterial besagte r-evolution und ein ziemlich spontan entstandenes Flugblatt "Renten neu denken" (das noch entwicklungsbedürftig ist) dem Publikum angeboten. Der Info-Tisch war überhaupt sehr gut besucht. Das Interesse am Thema Geld war nicht zu übersehen und es gab manches Gespräch dazu, was auch möglich wurde durch das Engagement von einigen Talent-Aktivisten wie unter anderem Ursula Dold und Birgit Wasser, die unseren Stand mit betreuten.

Die INWO selbst war mit einer Handvoll von Mitgliedern eher spärlich vertreten. Trotzdem haben wir sicherlich



Foto: Hendrik Barth

eine Spur bei vielen TeilnehmerInnen des Sozialforums hinterlassen und zum Denken und genauer Hinsehen Anlass gegeben und sei es nur durch die anregenden Affichen von Jean-Marc Seiler oder dem grossen Bild von Hendrik Barth über Analogien zwischen dem Geld- und den verschiedenen Naturkreisläufen und dem Text dazu. Am Sonntag fand das Sozialforum seinen Abschluss, aber es war noch ein Tag mit einer interessanten Konferenz zu Fragen von Globalisierung und Privatisierungen unter anderem mit Eric Decarro (Präsident SSP-VPOD), Chico Witaker, Alessandro Pelizzari (Attac), Marianne Hochuli (EvB) und anderen. Viele Aspekte der Entwicklung wurden aufgezeigt, die im einzelnen für manchen wahrscheinlich neu waren, für viele, die die aktuelle Entwicklung genauer verfolgen, jedoch bekannt sind. Wie schwierig es ist, schon allein im Informationsbereich zu diesen Themen vorwärts zu kommen, zeigen die Erfahrungen von Marianne Hochuli, die in Cancún versuchte von Josef Deiss zu erfahren, welche Forderungen denn die Schweiz an die Länder des Südens hat bezüglich der Öffnung ihrer Märkte. Die Antwort war, dass dies uns, die Öffentlichkeit, nichts an gehe. Schon diese Antwort zeigt, wie brisant diese Forderungen wohl sind. Dass die Verhandlungen in Cancún scheiterten, ist nach ihrer Aussage kein wirklicher Gewinn, aber es ist ein Zeitgewinn. Diese Zeit ist zu nutzen, zu nutzen für Kontakte der Schwächeren untereinander. Globalisierung und Privatisierung sind Langzeitthemen, die von den obersten Regierungskreisen im Interesse der hochrangigen Industrie- und Finanzlobby hinter ziemlich verschlossenen Türen abgehandelt werden, um national wie international die Bevölkerungen Schritt für Schritt vor vollendete Tatsachen zu stellen. Mein persönlicher Eindruck ist, dass wenn die Entwicklungsländer nicht inzwischen so massiven Widerstand gegen ihre Neukolonialisierung leisten würden, hierzulande der Ausverkauf schon viel weiter fortgeschritten wäre. Manches kommt inzwischen ins Stocken, was sich die Multis einfacher dachten. Dank an die dritte Welt, die in ihrem Kampf um das letzte Hemd nebenbei unseren Wohlstandsschlaf behütet! Immerhin gibt es Chancen, so Daniel Oesch (SGB), dass die "öffentlichen Aufgaben"

Aktiv Beteiligte (von links nach rechts): Susi Freiburghaus (Talent), Marco Lustenberger, Patrick Jenny (INWO Schweiz) und Jürg Inninger, ein Einzelkämpfer in gleicher Sache (seine Homepage: [www.start-hugo.com](http://www.start-hugo.com)).

13



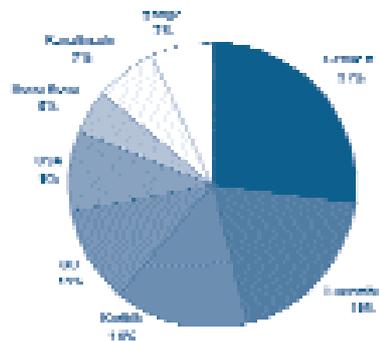
Bitte lesen Sie auf Seite 14 weiter.

# Kritik am Geldsystem und am Finanzplatz Schweiz

Hauptanliegen der Freiwirtschaft werden an den Sozialforen nicht oder nur marginal diskutiert. Nicht in der Schweiz; Hier haben Marco Lustenberger, Hendrik Barth und Claude-Alain Perrochet und andere für entsprechende Stimmung gesorgt und in einem Seminar zum "Finanzplatz Schweiz" berechnete Kritik am Geldsystem geübt.

## Schweiz als Big Player im globalen Finanzmarkt

- Wertschöpfung der Banken und Versicherungen: Schweiz auf Platz vier der weltweit führenden Finanzplätze
- Bei Börsenkapitalisierung weltweit auf Platz acht.
- Schweizer Franken die am 100-fach meist gehandelte Währung
- Vermögensverwaltung als traditionelle Stärke des Finanzplatzes Schweiz: Rund ein Drittel aller weltweit angelegten Vermögenswerte werden hier verwaltet (Grafik rechts, Zahlen aus dem Jahr 2000)



(Quelle: PWC, (Cap Finance) und  
S. Young, NYU, um 2000)

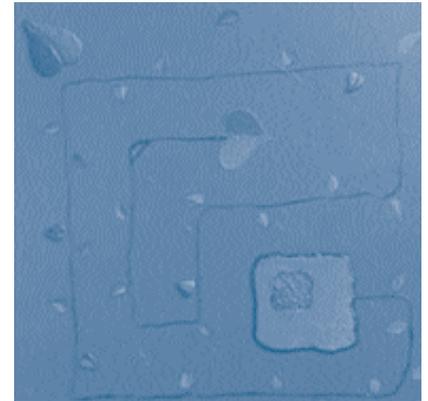
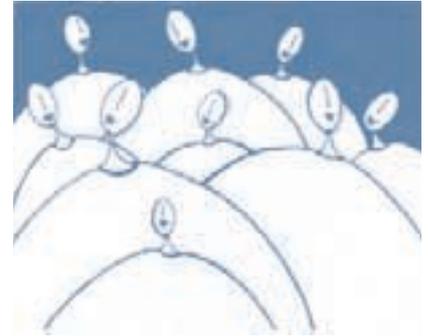
Um sich eine Vorstellung zu machen, welche Bedeutung der Finanzplatz Schweiz für das internationale Finanzkapital durch seine fragwürdige, um nicht zu sagen kriminelle Steuergesetzgebung hat, sei Folgendes ins Bewusstsein gerufen: Ein Drittel der weltweit im Ausland angelegten Vermögen werden hier angelegt. Dabei wird bei Hedge Funds, die nur für sehr Reiche interessant sind, der weltweit zweite Platz eingenommen. Im Private Banking belegen UBS und CS die Plätze 1 und 3. Für all dieses ausländische Kapital gilt: Einfache Steuerhinterziehung ist nicht strafbar; Rechtshilfe wird von der Schweiz - ausser in speziellen Ausnahmesituationen - nicht geleistet, auch nicht an die EU, der gegenüber inzwischen le-

diglich ein anonymer Steuerrückbehalt gemacht wird. So fungiert die Schweiz quasi als Off-Shore-Zentrum. Die Banken (und auch gewisse politische Parteien) verteidigen diese Position mit Händen und Füßen, als sei es der zentrale Lebensnerv der Schweiz. Argumentiert wird mit dem Verlust von Arbeitsplätzen, wenn das Bankgeheimnis preisgegeben wird. Nun sind im Banksektor jedoch nur etwa 100'000 Menschen (reine Vermögensverwaltung ca. 35.000 Personen) beschäftigt. Und auch ohne Aufgabe des Bankgeheimnisses werden zunehmend Stellen abgebaut, da immer weniger Personal für die "Bewirtschaftung" von immer mehr Kapital benötigt wird. Hohe Kommissionsanteile sorgen für hervorragende Einkommen bei den Bankangestellten, Einkommen, die akkumulieren, statt über den Konsum in die Wirtschaft zurück zu fließen. Der Schweizer Franken ist durch die Spezifik des Finanzplatzes eine sehr hoch bewertete Währung, was die Exporte der Schweizer Wirtschaft erschwert, aber vor allem der Schweiz als Tourismusland schadet. So darbt diese Tourismusbranche mit über 200'000 Beschäftigten, die ohne die Schweizer Finanzplatzpolitik blühen könnte. Das interessiert zwar das Ausland wenig, aber die Schweizer sollte es um so mehr interessieren.

Ausländischen Regierungen geht es um gravierende Steuerverluste, die durch das Verschwinden der Gelder in der Schweiz entstehen. Sie stehen vor dem Dilemma leerer Staatskassen, sind aber gleichzeitig auch Handlanger ihrer finanzstarken Oberschicht. Und gerade diese nutzt die Geldanlage-Möglichkeiten in der Schweiz. Die "Aktion Finanzplatz Schweiz" hofft auf wachsenden internationalen Druck, um hier im Land die Aufweichung und schliesslich das Aufheben des Bankgeheimnisses

➡ Fortsetzung von Seite 13 aus den GATS-Verhandlungen herausgenommen werden. Es stellt sich die Frage, was denn an öffentlichen Aufgaben übrig bleiben soll, wenn die Multis die Universitäten übernehmen und zu privaten "Kompetenzzentren" umgestalten und die PTT von der Deutschen Post übernommen wird. Sicherlich nur die Bereiche, die von den Multis als dauerhaft unprofitabel und also nutzlos angesehen werden. Da wird es noch manches Sozialforum brauchen und kraftvolle Auftritte breiter Bevölkerungsteile, wenn diese Entwicklungen wirklich gestoppt werden sollen. Dieses Sozialforum soll ein Anfang gewesen sein, "ein wichtiger Schritt in der Konstruktion einer Plattform des Austausches und der Debatte innerhalb der sozialen Bewegun-

gen in der Schweiz", so erklärten es die Organisatoren abschliessend. Eine dreiseitige "Erklärung zu Handen der Vollversammlung der sozialen Bewegungen am 21. September" wurde bei der Abschlussveranstaltung am Sonntagmittag noch lange diskutiert. Zirka vierzig Veränderungsvorschläge aus dem Publikum kamen zusammen und bis Mitte Oktober soll eine abschliessende Fassung vorliegen, die dann von allen Organisationen, die diese Inhalte mit tragen möchten, unterzeichnet werden kann. Es ist ein mühsames, aber sicherlich richtiges Vorgehen vom demokratischen Meinungsbildungsprozess her gesehen. Wir werden sehen, was daraus wird. Bleiben wir dran. ①



Die beiden Logos "figures" des Schweizer Sozialforums

(eigentlich ein Steuergeheimnis) zu erreichen. Persönlich meine ich, dass dieser Druck von Aussen bei vielen Ländern halbherzig bleibt, solange neoliberale Regierungen an der Macht sind. Der entscheidende Druck muss von Innen kommen. Da sind die Beiträge von Werner Vontobel und Sébastien Guex sehr wichtig, welche die Heiligsprechung des Finanzplatzes entlarven. Die Position von Andreas Missbach von der Erklärung von Bern EvB, der schon zufrieden wäre, wenn das Bankgeheimnis etwas öfter mal aufgehoben würde, genügt mir jedoch nicht. Trotzdem ist seine Forderung nach einem fairen Steuerrecht richtig. Wäre dieses vorhanden, gäbe es die Auswüchse der Kapitalakkumulation nicht. Dabei sehe ich eine Umlaufsicherung nach freiwirtschaftlichem Konzept auch als eine Steuer an; Sie dient ja der Steuerung. Schon ein Steuersystem, welches die Reichsten nicht immer mehr begünstigt, wäre viel wert.

Darüber und über die grundlegenden Fragen zum Geldsystem wurde jedoch vorsorglich und bewusst nicht gesprochen. Tiefergehende Systemkritik sollte offensichtlich vermieden werden. Statt dessen gab es einen längeren Exkurs über die Geschichte des Bankgeheimnisses. Basler Bankiers und französischer Finanzadel, sowie Politiker wurden in flagranti in Paris im letzten Jahrhundert verhaftet. Um zukünftig die Geschäfte geschützt abwickeln zu können, wurde politisch Druck ausgeübt; Das führte zum heutigen Bankgeheimnis und sollte - wenn es nach dem Willen der SVP geht - in der Bundesverfassung niedergelegt werden! Sicher ist es richtig, die Geschichte zu kennen; An dieser Stelle hätte ich mir jedoch mehr Feuer zur Veränderung der Gegenwart und Zukunft gewünscht, statt geschichtliche Exkurse.

Das Feuer flackerte dann im nachfolgenden Seminar auf. Da alle TeilnehmerInnen die deutsche Sprache ausreichend beherrschten, war da auch mehr Zeit, um tiefer zu gehen, als wir zuerst annahmen. Das diente der Nachvollziehbarkeit der dargelegtem Zusammenhänge. Anhand von Folien wurden von Marco Lustenberger in möglichst einfacher Weise die Grundzusammenhänge in einer Volkswirtschaft dargestellt: Die Rolle und die Funktionen des Geldes, sein exponentielles Wachstum und die Zusammenhänge zwischen Vermögen und Schulden. Seine erfrischende Vortragsweise schuf Aufmerksamkeit und immer nach einem kurzen Einführungsblock wurde auf Fragen eingegangen und vor allem von Claude-Alain Perrochet in ruhiger Art und gut strukturiert beantwortet. Meine Aufgabe war es, die Veranstaltung zu moderieren und wenn nötig hier und dort Ergänzungen oder Zusammenfassungen beizufügen. So

ging es weiter mit für r-evolution-Leser bekannten Zusammenhängen, dem Verhältnis von Vermögensakkumulation und BSP, der Entwicklung der Reichumsverteilung, der Rolle der in jeder Konsumation versteckten Zinsen und der permanenten Umverteilung. Es war schwierig, das Wesentliche in Kürze deutlich zu machen. Es gelang.

Der dann folgende Beitrag von Herrn Jermann, Geschäftsführer der Freien Gemeinschaftsbank Basel BCL, war anregend für das Weiterdenken, wie diese Prozesse positiv beeinflusst und verändert werden können. Die BCL leistet ihre Beiträge im Rahmen des bestehenden Systems, verzinst aber beispielsweise die Einlagen der GenossenschaftlerInnen nicht! Die Diskussion ging dann (vor allem im zweiten Teil nach der Pause) stärker in Richtung

## "Was tun?"

Die Möglichkeiten von Umlaufsicherung und Reichtumsbesteuerung, der Festlegung oberer Einkommensgrenzen und den Möglichkeiten eines neues Rentensystems bis zur zum Thema Flucht des Kapitals in Konsumwahn und Sachwerte bei zunehmender Besteuerung und Geldentwertung, sowie die deshalb notwendigen flankierenden Massnahmen wie etwa die Bodeninitiative.

Es wurde eine lange und anregende Diskussionsrunde, die sicherlich bei vielen Spuren hinterlassen hat. Einziger Wermutstropfen: Die Kritiker aus anderen linken und sozialen Organisationen und Gruppen, die unseren Argumentationen skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, waren nicht in der Veranstaltung anzutreffen. Einerseits waren sie sicherlich teilweise in ihren eigenen Veranstaltungen gleichzeitig engagiert, andererseits fehlt vielleicht auch die Bereitschaft, sich genauer mit der freiwirtschaftlichen Herangehensweise an das Geldsystem zu beschäftigen. Das wäre schade, denn die gegenseitige Wahrnehmung ist eine wichtige Grundlage für eine zukünftige Zusammenarbeit zur Erreichung der letztlich gemeinsamen Ziele. Und das Sozialforum ist an sich eine gute Gelegenheit dafür.

*Hendrik Barth*

# Gewerkschaften in der Krise

Die IG-Metall ist mit 2,7 Millionen Mitgliedern immer noch die grösste Einzelgewerkschaft der Welt, aber seit 1995 verlor sie rund zehn Prozent der Mitglieder und dieser Mitgliederschwund verstärkte sich in den letzten Monaten beträchtlich. Die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung hat offensichtlich das Vertrauen in die Gewerkschaften verloren.



16 Uwe Timm, geb. 1932, Konstrukteur, langjährig freigestellter Betriebsrat, Funktionär der IGM, libertärer Publizist, zahlreiche Buchbeiträge, Artikel auch in freiwirtschaftlichen Zeitschriften, letzte Edition "Gesammelte Schriften" Veröffentlichungen von 1955 bis 2002, Hrsg. der Zeitschrift "Espero".

Allein im Monat Juli verlor die IG-Metall 22'000 Mitglieder. Der tatsächliche Mitgliederschwund bei der IG-Metall wurde noch durch Fusionen mit den Gewerkschaften Textil/Bekleidung (1998) und Holz/Kunststoff (2000) kompensiert; Fusionen mit rund 313'000 neuen Mitgliedern. Der DGB versteht sich als VER.DI (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaften), aber damit veränderte sich nicht die Situation der Einzelgewerkschaften; Der Mitgliederschwund hält ununterbrochen an. Im DGB waren 1991 rund 11,8 Mio. Arbeitnehmer organisiert und 1999 waren es nur noch 8,0 Mio., wobei es sich um einen permanenten Abwärtstrend handelt.

## Kritik der Gewerkschaften an der Freiwirtschaft

In der Kritik der Marxisten an der Freiwirtschaft findet sich immer der Vorwurf, es würde der Arbeitgeber/Arbeitnehmerkonflikt ausgeklammert; Damit sei belegt, dass die freiwirtschaftlichen Reformen den wirklichen Kapitalismus nicht antasten, dieser Konflikt bestehen bleibt und keine Beachtung findet. Diese Kritik beruht darauf, dass nach Marx der Mehrwert aus der Überlegenheit der Produktionsmittelbesitzer resultiert, nicht aber aus der tauschdynamischen Überlegenheit des Geldes. Es wird immer noch übersehen, dass sich mit der freiwirtschaftlichen Reform des Geldes die Überlegenheit der Produktionsmittelbesitzer aufhebt, der Mehrwert (Zins) in einem Meer von Kapital ersäuft und seine verhängnisvolle Wirkung verliert.

Es gehört noch immer zur Satzung der IG-Metall, markt- und wirtschaftsbeherrschende Unternehmen in Gemeineigentum zu überführen, wofür das Grundgesetz Artikel 14/15 eine Grundlage bietet. Dass die Gewerkschaften mit Unternehmungen dieser Art gescheitert sind (Neue Heimat, Bank für Gemeinwirtschaft, Volksfürsorge, Ferienheime, usw.), ist hinreichend bekannt und auch, wenn als Ursache Missmanagement vordergründig genannt wird, belegen diese Beispiele, dass die Gewerkschaften selbst dort, wo sie über eigene Produktionsmittel verfügen, den von den Marxisten kritisierten Gegensatz Arbeitgeber – Arbeitnehmer nicht aufhoben, sich damit allein das Scheitern der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften nicht erklären lässt.

Auf die häufig gestellte Frage, ob die Freiwirtschaft Gewerkschaften befürwortet oder verneint, gibt es eine ein-

deutige Antwort, etwa in dem Sinne, wie sie von Silvio Gesell selbst vertreten wurde: Freiwirtschaft schließt Koalitionen von den Beschäftigten, Genossenschaften und Vereinigungen, die auf Freiwilligkeit beruhen, wozu auch gegenseitige Verträge gehören, nicht aus. Im Gegenteil, der Erfolg von gegenseitigen Verträgen ist abhängig von einem wirtschaftlichen Klima in dem die Arbeitenden nicht um ihren vollen Arbeitsertrag betrogen werden.

Als ich einen Schlosser für die IG-Metall werben wollte, meinte dieser, wenn es dem Betrieb gut geht, brauche ich die Gewerkschaft nicht, geht es dem Betrieb schlecht, nützt mir die Gewerkschaft auch nichts. Ein etwas hartes, vielleicht auch ungerechtes Urteil, wenn man die Erfolge der Gewerkschaften (worauf ich noch zu sprechen komme) berücksichtigt. Im Kern jedoch trifft diese Aussage die Situation der Gewerkschaften und macht deutlich, warum in den Zeiten der Krisen das Vertrauen in die Gewerkschaften schwindet.

## Welche Grundfehler machen die Gewerkschaften?

Sie setzten in der Vergangenheit ihr Vertrauen auf die SPD, weil sie von dieser mehr Verständnis für ihre sozialen Forderungen erwarteten und daher auch immer bereit waren, jeden Wahlkampf (SPD/GRÜNE) mit nicht unbedeutlichen Mitteln zu unterstützen.

So versicherte Walter Riester der IG-Metall, dass der Staat Gesetze macht, soziale, versteht sich, also den Kündigungsschutz in den Kleinbetrieben wiederherstellt und die Gewerkschaften Tarifpolitik betreiben sollen, worin sich der Staat nicht einmischet.

Erfolge wie sechswöchiger Urlaub, Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden, erzielte die IG-Metall in den sogenannten besseren Zeiten und die Arbeitgeberverbände schätzten die Gewerkschaften als Tarifpartner wegen ihrer Bedeutung für den sozialen Frieden. Wozu insbesondere längerfristige Flächentarife gehörten. Planungssicherheit. Aber die Gewerkschaften reduzierten ihre Forderungen auf ideologische Zielsetzungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Abbau von Überstunden, weiteren Kündigungsschutz. Diese Rechnung konnte nicht aufgehen. Diese gewerkschaftlichen Forderungen sollten auch die Massenarbeitslosigkeit verringern, bewirkten aber genau das Gegenteil. Die Forderung nach einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit führte in den Betrieben zur verstärkten Rationalisierung, Reduzierung der Belegschaften, also zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit. Sanitäre Betriebe, Reparaturwerkstätten, nutzen zwar die modernen Technologien,



aber sie erzielen keine Produktionsergebnisse mit einem Knopfdruck. Mit jeder Verkürzung der Arbeitszeit wurden die Arbeitsstunden teurer, wurden vom Kunden nicht mehr akzeptiert und diese nutzten die günstigeren Angebote aus einem zweiten Arbeitsmarkt (Schwarzarbeit) in dem jährlich 370 Mrd. Euro erwirtschaftet werden. Noch erfolgreicher bei der Erhöhung der Arbeitslosenquote waren die Gewerkschaften bei den Flächentarifverträgen, woran die Verbände der Arbeitgeber selbst nicht so ganz unschuldig sind.

Betriebe, die höhere Tarifvereinbarungen hinnehmen konnten, befanden sich auch in der Lage, dass sie bei einer ungünstigen wirtschaftlichen Situation aussertarifliche Anrechnungen vornahmen. Während Betriebe, die laut Flächentarifvertrag Löhne und Gehälter erhöhen mussten, dazu wirtschaftlich nicht imstande waren, diese daher nicht aussertariflich anrechnen konnten, schlicht kein Personal mehr einstellen, sondern sozialverträgliche Kündigungen vornahmen.

Mit der These, Arbeitszeitverkürzung bringt Arbeitsplätze, riskierten geltungssüchtige Funktionäre in Ostdeutschland einen Arbeitskampf, der in einem Fiasko enden musste. Die Grundvoraussetzung für jede Verkürzung der Arbeitszeit ist die wirtschaftliche Situation der Betriebe und Unternehmen, die sich dank ihrer Erträge verkürzte Arbeitszeiten leisten können.

In den Neunziger hat sich die Zahl der Betriebe, die Haustarife mit ihren Betriebsräten abschliessen, mehr als verdoppelt. Betroffen sind um 3 Mio. Beschäftigte und die Anzahl der hauseigenen Tarifverträge ist inzwischen auf 5371 gestiegen.

Immer verstanden die Gewerkschaften ihre Betriebsräte als einen verlängerten Arm der Gewerkschaften, aber bedingt durch eine veränderte Arbeits- und Berufswelt, flexiblere Antworten im täglichen Betriebsgeschehen, verstärkte sich das Selbstbewusstsein der Betriebsräte und diese nutzen ihre Kenntnisse vor Ort - im Betrieb - um für die Belegschaften durch eigene Haustarife und Betriebsvereinbarungen optimale Bedingungen zu herauszuholen. Schon Franz Steinkühler beklagte, dass die Gewerkschaften Veränderungen in der Berufswelt nicht genügend realisierten, sie qualifizierte Angestellte nicht als Mitglieder gewannen, was sich in späteren Jahren als verhängnisvoll erweisen wird. Diese Befürchtung hat sich bestätigt. Insbesondere in der New Economy fassten die Gewerkschaften kaum Fuss, obwohl es in diesen Bereichen durchaus Bedarf für die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen gibt. Möglich, dass sich dort mehr Betriebsräte etablieren werden.

Zwei zentrale Forderungen der Gewerkschaften, Arbeitszeitverkürzung und Abbau von Überstunden, sollten zwar

der Arbeitsplatzsicherung dienen, bewirkten aber genau das Gegenteil. Auswirkungen der Automatisierung, der Kommunikation, wurden von den Gewerkschaften falsch eingeschätzt und auch unterschätzt. Technikfeindlichkeit kann man den GRÜNEN, der SPD, auch den Gewerkschaften, besonders in früheren Zeiten nicht absprechen, was immer sie auch heute behaupten mögen. Innovationen - gerade im Bereich der sanften Technologien - sind heute unerlässlich, und wenn sich z.B. der Benzinverbrauch in der BRD in wenigen Jahren halbiert, ist das ein Erfolg der Autoindustrie. Die Mehrheit der Arbeitnehmer arbeitet nicht in den Grossbetrieben, wie des öfteren fälschlich angenommen, sondern in den kleinen und mittelständischen Betrieben.

## Öffnung für die Fragen Geld und Boden

Echte Erfolge können die Organisationen der Arbeitnehmer erzielen, wenn sie sich den Fragen Geld und Boden öffnen. Die Frage nach den Ursachen der hohen Zinsbelastung, worunter die Gesamtwirtschaft leidet (insbesondere die Gemeinden und Kommunen), wozu auch die Zinsbelastungen einer Staatsverschuldung von mehr als 1,3 Billionen Euro gehören, wird noch nicht gestellt. Und dieses schlicht deshalb, weil es sich hier aus der Sicht der Gewerkschaften nicht um einen Konflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer handelt. Aber gerade die Tatsache, dass sich das Geldvermögen im Besitz von einer Minderheit befindet, dürfte belegen, dass der Mehrwert aus der tauchdynamischen Überlegenheit des Geldes resultiert. Wie die Insolvenzen zeigen, werden selbst Arbeitgeber - besonders im mittelständischen Bereich - Opfer der Krise.

Eröffnet sich für die Lösung der sozialen Frage eine optimalere Perspektive, schliesst diese nicht aus, dass z.B. gewählte Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen, insbesondere Betriebsräte, Vereinbarungen über Löhne/Gehälter, Arbeitsbedingungen, Altersvorsorge, Vermittlung von Arbeitskräften etc. abschliessen. Freiwirtschaft bedeutet eine Basis für die Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft und Wirtschaft. Besonders nach dem Scheitern des Arbeitskampfes in Ostdeutschland, aber auch mit der Ankündigung von Reformen, die immer nur die Beitragszahler aber nicht das Kapital belasten, ist die Zeit reif zum Umdenken. Auch und gerade für die Gewerkschaften. 



# "Viagra" für die schwache Wirtschaft

**Mehrfach im Laufe der Geschichte haben steigende Ausgaben für Rüstung und Krieg die Wirtschaft der USA aus einem Konjunkturtief herausgeführt. Auch in Zeiten ohnehin schon gigantischen Schuldenwachstums werden Hoffnungen auf derartige Konjunkturstützen gesetzt. Wie weit sind sie berechtigt?**

Anfang August meldete das US-Handelsministerium für das zweite Quartal 2003 eine überraschend starke Beschleunigung des US-Wirtschaftswachstums, bedingt vor allem durch den kräftigen Zuwachs der Rüstungsausgaben (ca. 44 v.H.). Seit über 50 Jahren waren die Ausgaben nicht mehr so stark gestiegen. (Während des Korea-Krieges betrug die Steigerung im 3. Quartal 1951 über 100 Prozent.)

Ungefähr 80 Milliarden Dollar bewilligte der US-Kongress im April 2003 für den Krieg an Euphrat und Tigris. Nach dem 11. September 2001 hatte die Regierung bereits einen 200-Milliarden-Dollar-Auftrag an die Firma Lockheed-Martin vergeben – für dreitausend neue Kampfjets. Die Rüstungsausgaben werden voraussichtlich weiter zunehmen. Während im laufenden Jahr rund 340 Milliarden Dollar für die Verteidigung ausgegeben werden (Mitte der 90er Jahre lag die Summe bei 259 Milliarden Dollar), ist für 2004 eine Erhöhung auf 369 Milliarden geplant.

Vor allem der Irak-Krieg hat die Kosten für die Verteidigung (und den Angriff) hochgetrieben. Was zum Beispiel musste bezahlt werden? Neuwertige Ausrüstungen für hunderttausende Soldaten und tausende Raketen zu 1 Million Dollar pro Stück. Waffen-, Flugzeug- und Panzerhersteller, Anbieter von Überwachungssystemen sowie Kommunikationsfirmen konnten kräftig kassieren. Die Firma Lockheed erwartet für 2003 eine Umsatzsteigerung von über 22 Prozent. Der Rüstungskonzern Northrop Grumman stellt u.a. Bomben, Kriegsschiffe und Militärelektronik her. Sein Gewinn stieg im 2. Quartal um 14 Prozent. Auch kleinere Rüstungsfirmen, wie Titan und UDI (United Defense Industries), verzeichnen steigende Gewinne. Und der Wert eines Pentagon-Auftrags zur Bekämpfung von Ölfeld-Bränden belief sich auf fast 7 Milliarden Dollar. Rüstungsfirmen und Zulieferer dürfen auch künftig auf lohnende Aufträge hoffen. Ein riesiges staatliches Förderprogramm ist das geplante Waffensystem "Falcon" (der Falke), ein fernlenkbarer Superbomber, der 2006 die ersten Flugversuche machen soll.

Werden auch Firmen im Ausland vom wachsenden Rüstungsetat profitieren? Allzu viel können sie nicht erwarten. Die US-Regierung legte im Juli ein Gesetz vor, nach dem das Pentagon mindestens 65 Prozent aller Rüstungsgüter in den USA kaufen muss.

Hoffnung auf konjunkturellen Aufschwung trügerisch? Die höheren Wachstumswahlen des 2. Quartals sind natürlich für den Markt zunächst einmal eine psychologische Stütze. Sie stärkt die Hoffnung auf eine Konjunkturerholung. Tatsächlich soll sich die schwache Investitionstätigkeit der Unternehmen allgemein etwas erholt haben. Ja, und schon scheint sich – im Zuge wohl übertriebener Hoffnungen – eine neue Aktienblase zu entwickeln, die zu gegebener Zeit ebenso platzen dürfte wie die vorige.

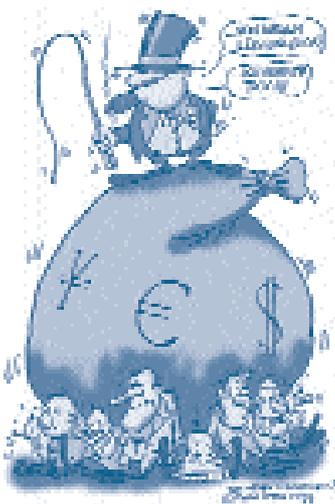
Gefährlich sind die Nebenwirkungen jener rauschhaften Kreditaufnahmen. Die Staatsverschuldung hat äußerst bedenkliche Höhen erreicht. Kalifornien ist bereits quasi pleite. Die Folgen: Weniger Geld für Schulen, medizinische Versorgung und andere soziale Projekte, Gehaltskürzungen, Entlassung tausender von Angestellten. Es trifft wieder mal die weniger Begüterten und sozial Schwachen. Arnold Schwarzenegger aus Österreich, falls er neuer Gouverneur wird, will es richten. Wie, das ist sein Geheimnis. Präsident Bush scheint es in einer Art dem Filmhelden nachmachen zu wollen: Der Haushalt befindet sich tief im Defizit, die fenster- und türlose Wand der sinkenden Steuereinnahmen und steigenden Militärausgaben durchbricht er einfach mit steigender Verschuldung.

Kollaps durch Überdosis und Entzug?

Nach dem am 6.8.2003 veröffentlichten Länderbericht des IWF treibt das US-Haushaltsdefizit auf einen neuen Rekord zu. Sollte sich die IWF-Prognose als richtig herausstellen, dann würden die USA in diesem Jahr doppelt so viele neue Schulden machen wie den Euro-Ländern erlaubt ist. Das Rekorddefizit könnte die langfristigen Zinsen hochtreiben und somit den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung gefährden. "Das steigende Defizit wird private Investitionen verdrängen, die Produktivität schmälern und die Probleme der Sozialkassen vergrößern", heißt es in dem IWF-Bericht.

Steigende Ausgaben für Rüstung und Krieg sind also nicht unbedingt eine Garantie für wirtschaftliche Erholung und Abwendung von Wirtschaftskrisen. In Zeiten extrem hoher Staatsverschuldungen kann der Schuss durchaus nach hinten losgehen und eine Überdosis der Droge Kreditaufnahme zur Zahlungsunfähigkeit führen. Drogenentzug wiederum führt zum Kollaps, zum Zusammenbruch der Wirtschaft: Steigende Verschuldung und Wirtschaftswachstum sind funktionsnotwendig für

Bitte lesen Sie auf Seite 21 weiter. ➡





# Kapitalismus ist Krieg

War der Irak-Krieg nur die konsequente Umsetzung der Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes? Dieser Artikel erschien erstmals am 23.09.03 bei "Telepolis" unter <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/15670/1.html>

In seiner "Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" kommt Keynes zu Schlussfolgerungen, die nicht nur die Aufrüstung der USA aus wirtschaftspolitischer Sicht erklären, sondern zugleich den Krieg gegen den Irak in ein neues Licht rücken können. Dabei könnte Keynes' Theorie auch die sein, die dem Kapitalismus das Genick bricht - nur ist das reichlich unbekannt.

"Die "Magie" der im Lauf eines halben Jahrhunderts akkumulierten Zinseszinsen wirkte sich ebenso auf unseren Verteidigungsetat aus wie die kumulierten wissenschaftlichen und technologischen Forschungen unserer Streitkräfte. Mit der Macht kommt Verantwortung, ob man sie nun anstrebt oder nicht, ob sie willkommen ist oder nicht. Und es ist einfach eine Tatsache: Wenn man über so viel Macht verfügt wie wir heute, findet man entweder Mittel und Wege, sie anzuwenden, oder aber die Welt wird sie für einen finden."

Irving Kristol, Vordenker der US-amerikanischen Neokonservativen in der Weltwoche. [1]

Die Wirtschaftstheorie von John Maynard Keynes ist ein ungeliebtes Kind [2] der Kapitalismus-Kritiker. Zu unrecht, erklärt Keynes doch im Grunde nur, wie die Wirtschaft im Kapitalismus funktioniert und auch wie Krisen entstehen. Kritiker sollten sich deshalb lieber am "Kenne deinen Gegner"-Prinzip orientieren. Als Schlussfolgerung seiner Erkenntnisse gibt Keynes Anregungen, wie diese Krisen verhindert oder gemildert werden können. Dass seine Theorie heute dazu herhält, den Kapitalismus am Leben zu erhalten liegt vor allem daran, dass die in seinem Werk skizzierten Alternativen kaum wahrgenommen werden.

## Wie kommt es zu Wirtschaftskrisen?

Nach Keynes kommt es zu Wirtschaftskrisen, wenn die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals" unter den "Zinsfuß" rutscht. Unter der "Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals" versteht Keynes die erzielbare Rendite, die zusätzlich investiertes Kapital in der Wirtschaft erwarten kann. Wenn neue Investitionen in einer Volkswirtschaft im Schnitt 5% Rendite erzielen, so beträgt die "Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals" 5%.

Unter dem "Zinsfuß" versteht Keynes die - hauptsächlich psychologische - Grenze, ab der Wirtschaftsteilnehmer bereit sind, sich von ihrem Geld zu trennen und es zu investieren. Bei Keynes klingt das so:

"Da der Zinsfuß die Belohnung für die Aufgabe der Liquidität ist, ist er somit jederzeit ein Maß für die Abneigung derer, die Geld besitzen, sich von der liquiden Verfügung darüber zu trennen."<sup>1</sup>

Von Keynes stammt die Theorie der "Vorliebe für Liquidität", also die Ambitionen jedes Wirtschaftsteilnehmers, lieber Geld anstatt Güter in der Hand zu haben. Dass diese Theorie stimmt, zeigt sich unter anderem daran, dass heute niemand "Urlaub verdienen" oder "Auto verdienen" geht, sondern "Geld verdienen" - auch wenn er sich später mit diesem Geld Urlaub oder ein Auto kauft. Liquide zu sein bedeutet, jederzeit die Wahl zu haben. Hat man sein Geld erst einmal investiert, wird es schwerer, diese Investition in eine andere umzuschichten. Daraus leitet sich die Erkenntnis ab, dass der Zinsfuß bei ca. 3% liegt - erst ab dieser Rendite sind Geldbesitzer im Normalfall bereit, sich von ihrem Geld zu trennen und es zu investieren.

Wenn die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals unter den Zinsfuß rutscht, bedeutet das, dass in einer Wirtschaft weniger Rendite erzielbar ist, als die Wirtschaftsteilnehmer als Anreiz brauchen, um zu investieren. Das Ergebnis: Geld wird aus der Wirtschaft abgezogen indem es entweder langsamer umläuft ("Geldhortung") oder vermehrt zur Spekulation statt Investition genutzt wird - mit der Folge von Arbeitslosigkeit, Stockungen im Wirtschaftskreislauf und Stagnation oder sogar Schrumpfung der Wirtschaftsleistung.

## Keynes Lösungsvorschlag

Nach dem Ursache/Wirkungs-Prinzip kann man, wenn die Ursache eines Problems bekannt ist, Vorschläge zur Lösung machen. Hauptursache ist auf den ersten Blick ein Absinken der Renditemöglichkeiten für Kapital, also ist Keynes' Idee, diese durch Investitionen des Staates anzuheben. Diese Investitionen geschehen natürlich hauptsächlich durch Steuern oder auf Pump. In den modernen Staaten werden Steuern vor allem von der breiten Masse der Bevölkerung erhoben - und auf dem Wege der staatlichen Investition dazu benutzt, um die Renditen der gutbetuchten Kapitalbesitzer anzuheben. Allein aufgrund dieses versteckten Umverteilungsmechanismus von Arm zu Reich ist die Kritik an diesem Vorgang berechtigt.

Während Chirac und Schröder ihre neue "Initiative für Wachstum" angeblich dazu nutzen wollen, um öffentli-

che Gelder in Bahnverbindungen, Windkraftanlagen, Telekommunikation sowie Forschung und Entwicklung zu investieren, schaukelt sich in den USA vor allem seit dem 11. September 2001 die Rüstungsschaukel hoch. Öffentliche Gelder werden unter dem Deckmantel des "Krieg gegen den Terror" vor allem in Rüstung, Überwachung und Militärforschung gesteckt und kurbeln auf diesem Wege die US-Wirtschaft an. Obwohl selbst die offiziellen Wachstumswahlen inzwischen von verschiedenen Seiten angezweifelt [3] werden, tragen [4] nach diesen die Rüstungsausgaben 56% zum derzeitigen US-Wirtschaftswachstum bei.

## Abwandlung von Keynes' Lösungsvorschlag

Mit der fortschreitenden Aufrüstung der Vereinigten Staaten ergibt sich aber auch automatisch ein zweiter Lösungsvorschlag, den Helmut Creutz unter dem Stichwort "Wirtschaftliche Triebkräfte von Rüstung und Krieg" [5] zusammenfaßt und der ebenfalls aus Keynes' Überlegungen ableitbar ist: Krieg.

Ein Beispiel: Erzielen 1.000 Euro Investitionen in einer kleinen Volkswirtschaft eine Rendite von 500 Euro, so beträgt die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals 50%. Werden die gleichen 500 Euro aber von 10.000 Euro Investitionssumme erzielt, so beträgt die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals nur noch 5%. Gelingt es also, die



gleiche Rendite bei weniger investiertem Kapital zu erzielen, so kommt dies einem Anstieg der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals gleich.

Damit ergibt sich die Schlussfolgerung, dass eine Vernichtung von Sachkapital die Renditefähigkeit vergrößert, da die Nachfrage erhöht und gleichzeitig das Angebot abgesenkt wird. Dadurch steigt der Preis und damit

die Gewinnmargen. Am schnellsten und gründlichsten wird Sachkapital durch die physische Zerstörung vernichtet. Was liegt also näher, die Aufrüstung dafür zu nutzen, andere Dinge kaputtzumachen? Das vergrößert zum einen den Spielraum für neue Rüstung, bietet zum anderen Investitionsmöglichkeiten von Grund auf und entsprechend hohe Wachstums- und damit Renditeerwartungen.

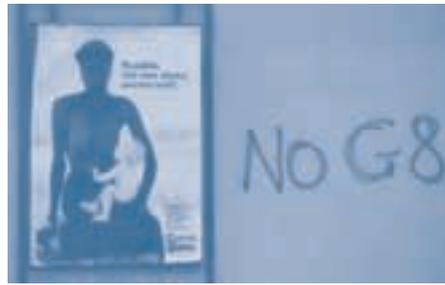
Seit Jahren wurde die irakische Ökonomie durch die UN-Sanktionen ausgehungert. Nach dem Angriff auf das Land wird nicht nur die Ölindustrie neu verteilt, sondern auch das Mobilfunk-Netz - natürlich vor allem an US-Unternehmen. Doch auch die Baubranche dürfte in einem friedlichen Irak interessante Wachstumsraten erleben. Da die US-Wirtschaft selbst Wachstum gebrauchen kann, um die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals wieder über den Zinsfuß zu heben, ist jede Investitionsmöglichkeit, die hohe Renditen erwarten lässt, natürlich willkommen. Auch den US-Neokonservativen selbst kommt die "Magie des Zinseszins" offenbar ganz Recht - Grund [6] genug, die Renditen nicht abstürzen zu lassen.

## Der unvollendete Alternativvorschlag des John Maynard Keynes

Ich wiederhole: Wirtschaftskrisen kommen nach Keynes dann zustande, wenn die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals unter den Zinsfuß rutscht. Anstatt, wie oben dargestellt, die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals anzuhäufen, käme auch eine Absenkung des Zinsfußes in Betracht.

Wenn eine Senkung des Zinsfußes an sich ein wirksames Heilmittel sein könnte, wäre es möglich, einen Anstieg (der Konjunktur, N.R.) ohne beträchtlichen Zeitverlust (...) zu vollbringen. Tatsächlich ist dies aber gewöhnlich nicht der Fall; und es ist nicht so leicht, die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals zu beleben, die nun einmal durch die unlenkbare und unfügsame Psychologie der Geschäftswelt bestimmt wird. Es ist die Rückkehr des Vertrauens, um in gewöhnlicher Sprache zu reden, die sich in einer Wirtschaftsform des individualistischen Kapitalismus einer Kontrolle gegenüber so unzulänglich verhält.<sup>2</sup>

Es gibt zwei Gründe, warum dieser Teil der Theorie in der Öffentlichkeit kaum diskutiert und in der Forschung bislang nur eine untergeordnete Rolle spielt: Eine Senkung des Zinsfußes auf 0% käme dem Tod des Kapita-



lismus gleich, denn leistungslose Kapitaleinkommen wären dann nicht mehr möglich - aber Kapital allein durch seinen Besitz zu vermehren, ist nun einmal der Kern des Kapitalismus. Eine Abschaffung dieses Prinzips käme (nicht nur) einer wirtschaftlichen Revolution gleich.

Der zweite Grund für die Nichtbeachtung dieses Wegs aus den Wirtschaftskrisen ist, dass Keynes, der sich in seinem Hauptwerk ausführlich und wohlwollend mit den Theorien des Silvio Gesell befasste, dessen Umsetzungs-vorschlag zwar für wünschenswert, aber nicht für praktikabel hielt.

Gesell schlug vor, Geld mit einer Umlaufsicherungsgebühr zu belegen, in dem Marken zu kaufen und auf die Banknoten zu kleben seien, um so den Zinsfuß auf 0% zu senken und eine stetige Umlaufgeschwindigkeit des Geldes im Wirtschaftskreislauf zu erreichen. Keynes hielt den "Gedanken des gestempelten Geldes für gesund", je nach Höhe der Gebühr wäre sogar Vollbeschäftigung möglich. Er befürchtete aber, es würden Ersatzmittel wie Juwelen, Edelmetalle, Bankguthaben und kurzfristige Darlehen in die Fußstapfen des Geldes treten<sup>3</sup>. Genaue Forschungen, inwieweit diese Befürchtungen begründet sind oder ob es Alternativen gibt, tätigte Keynes offenbar nicht.

## Die Zukunft des Kapitalismus

Dafür stellte Keynes fest, dass die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals immer mehr schrumpft, je mehr Kapital in einer Wirtschaft investiert ist. Da im Kapitalismus zwangsläufig durch den Zinseszins-Effekt eine Anhäufung von Kapital stattfindet, muss also, wenn die Wirt-

schaft nicht im Gleichschritt wächst, die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals immer wieder an die Grenze des Zinsfußes stoßen. Somit kommt es immer wieder zu Krisen, so lange der Zinsfuß größer als Null ist. Diese Krisen werden zudem jedesmal größer, da es durch die Ausweitung der Kapitalmenge immer schwerer wird, die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals hoch genug zu halten.

Wenn also kein gesellschaftliches Interesse vorhanden ist, Möglichkeiten zur Senkung des Zinsfuß zu suchen, bleibt damit nur die Alternative zwischen unbedingtem Wirtschaftswachstum, welches in erster Linie die Kapitaleinkommen steigert und damit die künftigen Krisen verstärkt, oder eine massive Sachkapitalvernichtung und ein zyklischer wirtschaftlicher Neuanfang.

*Norbert Rost*

Dieser Artikel erschien erstmals am 23.09.03 bei Telepolis unter <http://www.telepolis.de/deutsch/inhalt/co/15670/1.html>

Die Seitenangaben und Zitate von John Maynard Keynes stammen aus "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes", 7. Auflage 1994, Duncker & Humboldt GmbH, Berlin. ISBN: 3-428-07985-X.

1) S. 141; 2) S. 268; 3) S. 302.

[1] [http://www.weltwoche.ch/ressort\\_bericht.asp?asset\\_id=5858&category\\_id=69](http://www.weltwoche.ch/ressort_bericht.asp?asset_id=5858&category_id=69)

[2] <http://de.indymedia.org/2003/09/61136.shtml>

[3] <http://www.wallstreet-online.de/ws/news/news/main.php?action=viewnews&newsid=783884&m=3.1.3.0>

[4] <http://derstandard.at/Text/?id=1412208>

[5] [http://www.sozialoekonomie.info/Zeitschrift\\_fur\\_Sozialoekonomie/LeseProben/Page12177/page12177.html](http://www.sozialoekonomie.info/Zeitschrift_fur_Sozialoekonomie/LeseProben/Page12177/page12177.html)

[6] [http://www.weltwoche.ch/ressort\\_bericht.asp?asset\\_id=5858&category\\_id=69](http://www.weltwoche.ch/ressort_bericht.asp?asset_id=5858&category_id=69)

➡ Fortsetzung von Seite 18

ein System mit ständig positiven Zinsen. Letztlich wird man, falls gesunde wirtschaftliche Entwicklungen auf Dauer erreicht werden sollen, um eine Reform der Geld- und Finanzordnung nicht umhinkönnen. "Ewig" positive Zinsen und die dadurch bedingte Akkumulation der Geldvermögen sowie der Schulden- und Zinslasten führen nun mal langfristig zum Bankrott. Wie schrieb Gesell 1891 in einer seiner ersten Veröffentlichungen, in "Nervus rerum"? "...dass durch das System der Zinsen die Capitalien sich unnatürlich und soweit anhäufen, dass die Schulden, die diesen Capitalien entsprechen, trotz des besten Willens und angestrengtester Arbeit nicht mehr verzinst werden können und den Bankrott der Schuldner zur Folge haben."

Nach 1945 konnten die reichen Industrieländer einen Bankrott großen Stils bisher vermeiden durch ständiges Wirtschaftswachstum, ermöglicht durch rasanten technischen Fortschritt, Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, durch ausgedehnte Exporte in die aufgrund der Politik der reichen Länder in ihrer Entwicklung stark behinderten Dritte-Welt-Gebiete und schließlich durch Reduzierung öffentlicher Leistungen und Vernachlässigung der Schuldentilgung. Nun zeichnen sich die Grenzen der Schulden- und Zinslastenakkumulation ab. Da können auch verstärkte Rüstungs- und Kriegsausgaben ihre alte Rolle als Impulsgeber für konjunkturellen Aufschwung immer weniger erfüllen.



# ABC der Volkswirtschaft aus freiwirtschaftlicher Sicht

von Hans-Jörg Willi



Hans-Jörg Willi, Jahrgang 1946, Sekundarlehrer sprachlich-historischer Richtung, verheiratet, zwei erwachsene Kinder, wohnhaft in Arbon am thurgauischen Bodenseeufer, Ex-Präsident der evangelischen Kirchgemeinde

Abwertung

Aktie

Anlage

Arbeit

Aufschwung

Baisse

Bank

Bedarf

Börse

Cash

Crash

Deckung

Eigentum

Finanz

Fonds

Freiwirt

Geld

Gut

Guthaben

Hausse

**Hortung**

Index

Inflation

Kapital

**Kaufkraft**

Konkurs

## Hortung

Das Wörterbuch sagt für horten auch ansammeln und aufhäufen, bezogen auf etwas Wertvolles, einen Wertspeicher – in diesem Fall Geld, genauer Banknoten. Geldscheine zurücklegen heisst sie stilllegen, sie ihrer Funktion als Tauschvermittler berauben. Wer Banknoten einschliesst, der blockiert – bildhaft gesagt – Güterwagen, welche eigentlich Waren von hier nach dort, vom Hersteller zum Verbraucher, vom Verkäufer zum Ankäufer befördern müssten. Gewiss, Banknoten in der Kasse oder im Tresor bringen keinen Zins und sind deshalb nicht zahlreich. Und doch gibt es sie, und zwar grössere Noten eher als kleinere, bei geringer Inflation mehr als bei andauernder Teuerung. Denn Bargeld hat

den Vorteil, immer und überall, auch ohne Kreditkarte, einsetzbar zu sein. Deshalb vermag das gehortete Geld die so genannte Konsumentenstimung zu beeinträchtigen.

Die wirtschaftsschädliche Bargeldzurückhaltung könnte eine Art "Flaschenpfand" auf Banknoten, eine Gebühr auf nicht benützte Geldscheine, erschweren. Je höher das Pfand, desto rascher bewegen sich die Flaschen beziehungsweise die Noten. Dabei ist jedoch für eine gedeihliche Wirtschaft weniger die Geschwindigkeit als die Stetigkeit der umlaufenden Scheine wichtig. Zur Enthortung empfiehlt die Freiwirtschaft eine Notengebühr von jährlich zum Beispiel fünf Prozent ihres Wertes.

## Kaufkraft

Die Kaufkraft zeigt sich an den Lebenskosten, im Geldwert. Dieser kann gleichbleibend, steigend oder sinkend sein. Steigt der Geldwert, so sinken die Preise und umgekehrt. Der Geldwert misst sich an einem sogenannten Warenkorb, worin sich der durchschnittliche Alltagsbedarf gewöhnlicher Gegenwarts-menschen befindet. Der Geldwert ist eben nicht fest wie andere Masseinheiten, etwa das Kilogramm, der Liter, der Meter oder die Stunde. (Im Altertum war der Tag vom Sonnenaufgang zum Sonnenuntergang in zwölf Teile geteilt und somit eine Stunde im Winter kürzer als im Sommer.)

Bei steigenden Preisen blüht die Wirtschaft, bei sinkenden Preisen lahmt sie. Beides hat unterschiedliche Nachteile: Die Inflation begünstigt den Schuldner zu Lasten des Sparers, und die Deflation senkt die Beschäftigung. Erstrebenswert wäre eine möglichst

gleichbleibende Kaufkraft. Eine solche gewährleistet Vertrauen, Sicherheit, Verlässlichkeit, Berechenbarkeit.

Alte Briefmarken zeigen, dass die Beförderung eines Briefes früher billiger war, verglichen mit heute. Gemessen an den damaligen Lebenskosten, am damaligen Geldwert, trifft das natürlich nicht zu. Daraus aber wird ersichtlich, dass der Geldwert und damit die Kaufkraft langfristig unfest sind, und zwar im Sinn von nachlassend.

1951 verlangte eine freiwirtschaftliche Volksinitiative in der Schweiz – die so genannte Kaufkraftinitiative – die Stabilisierung der Landeswährung, also des Frankenwertes. Sie war jedoch, von links und von rechts bekämpft, wie die meisten Initiativen leider nicht mehrheitsfähig.

## Index

Das lateinische Wort In-dex heisst An-sager im Sinne von An-zeiger. Der Index der Konsumentenpreise zeigt an, wie sich die Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs, also der durchschnittliche Warenkorb, preislich entwickelt haben, und zwar verglichen mit dem Preisstand vor einem Jahr oder vor einem Monat. Er misst die Preisstabilität oder besser: die Geldwert-In-stabilität.

Die Preisstabilität oder die Festigkeit der Landeswährung, hier des Frankens, ist wichtig, fast so wichtig wie die Stabilität anderer Masseinheiten wie Meter, Liter, Kilo oder Stunde. Aber ein stabiles Geld, ein stabiler Index, bedeutet noch keine stabile

Wirtschaft. Im Gegenteil: Stabiles Geld neigt zu einem schleppenden Umlauf und dadurch zu einer wirtschaftlichen Dämpfung. Denn die Nachfrage und damit die Beschäftigung ergeben sich aus der umlaufenden Geldmenge mal der Umlaufgeschwindigkeit.

Daraus folgt: Nur ein stabiler Index bei regeltem Geldumlauf, das heisst mit der freiwirtschaftlich geforderten Umlaufsicherung, gilt als Anzeiger einer gesunden Volkswirtschaft – dies auch deshalb, weil in ihr zumindest der zinsbedingte Wachstumszwang einer herkömmlichen Wirtschaft kaum mehr vorhanden ist.

## Inflation

Den beiden Wörtern Inflation und Deflation liegt lateinisch flare für blasen zu Grunde. Demnach heisst Inflation "Aufblähung" und Deflation "Erschlaffung". Gemeint ist aber nicht Luft, sondern Geld, nämlich die Geldmenge, welche die Notenbank für die Volkswirtschaft zu gross oder zu klein oder auch richtig bemessen kann.

Die schleichende und auch die galoppierende Inflation lässt den Geldwert sinken, die Preise steigen, den Geldumlauf sich beschleunigen, den Warenabsatz wachsen, die Beschäftigung zunehmen. Umgekehrt läuft alles bei der Deflation: Der Geldwert steigt, der Preisstand sinkt, der Umlauf lahmt, der

Absatz stockt, die Arbeit schwindet. Die Notenbank fürchtet – sicher zurecht – die Deflation mehr als die Inflation. Deshalb neigt sie dazu, die Geldmenge zu überdehnen, sodass heute alle Leute das Wort Teuerung kennen, aber keines für deren Gegenteil. Eine umlaufsichere Indexwährung würde die Überdehnung wie auch die Schrumpfung der Geldmenge verhindern und dadurch die Umverteilung vom Geldhalter zum Schuldner bei der Inflation wie auch umgekehrt jene vom Schuldner zum Sparer bei der Deflation verunmöglichen. Sie würde einen festen Preisstand gewährleisten.

## Konkurs

Das Wort Konkurs kommt von lateinisch concurrere für zusammenlaufen, gemeint: das Zusammenlaufen der Gläubiger, wenn ein Schuldner insolvent oder zahlungsunfähig ist. Dann werden die verbliebenen Sachwerte entsprechend den verlorenen Darlehen an die Gläubiger verteilt.

Das etwas moderner klingende Wort Insolvenz stammt von lateinisch solvere für lösen, gemeint: eine Schuld abtragen. Auch das Wort Bankrott bedeutet dasselbe. Ursprünglich bezog es sich auf eine Geldwechslerbank, welche die erhaltenen Einlagen nicht mehr zurückzahlen konnte und deshalb zerbrochen wurde (italienisch: banca rotta).

Zahlungsunfähig heisst unfähig, geliehenes Geld zu

verzinsen, geschweige denn zurück zu zahlen. Aber letzteres will der Gläubiger meistens gar nicht. Denn sonst müsste er einen anderen Schuldner finden. Und wenn er die Rückzahlung wollte, fände der Schuldner wohl einen anderen Gläubiger, Sparer oder Altersvorsorger.

Bei der Pleite (Konkurs, Insolvenz, Bankrott) geht es also um die Zinszahlung. Das zeigt auch die Statistik: Steigt der Zinsfuss, so freut die Pleitewelle den Pleitegeier – und umgekehrt. Die Pleite ist demnach eine typische Erscheinung der Zinswirtschaft. In der Freiwirtschaft mit einem Zinsfuss bei null Prozent wären Betriebe ohne Gläubiger viel seltener anzutreffen.

Konsum

Konto

Konzern

Kurs

Land

Lohn

Markt

Nachfrage

Pacht

Plan

Politik

Preis

Produkt

Rente

Schuld

Schwund

Staat

Teuerung

Umlauf

Verband

Wachstum

Währung

Wechsel

Wirtschaft

Zins

23

## "Das macht neun Chiemgauer 30"

Am letzten Septemberwochenende hat in Prien am Chiemsee das erste Regio-Netzwerktreffen der deutschen "Komplementärwährungs-Szene" stattgefunden. Alexander Woitas, in der Szene selber sehr engagiert, berichtet.

Aus ganz Deutschland kamen an die 45 Initiatoren von Komplementärwährungen, Banker, Berater und Interessierte nach Prien, um das deutsche Regio-Netzwerk zu gründen. Unter Anleitung von Margrit und Declan Kennedy konnten in nur eineinhalb Tagen wesentliche Grundlagen für die zukünftigen Aufgaben und die Arbeit des Netzwerkes geklärt werden.

Die Teilnehmer einigten sich unter anderem darauf, das Begriffsdurcheinander von Komplementärwährung, Regiogeld, Alternativ-Geld etc. zu ordnen und mit Blick auf

geplant. Zunächst bis Juli 2004 finden im Takt von zwei Monaten weitere Treffen statt, um das Netzwerk auf eine stabile Basis zu stellen.

Neben der inhaltlichen Arbeit konnten die Teilnehmer praktische Erfahrungen mit dem derzeitigen deutschen "Vorzeigeprojekt" in Sachen Regio machen, dem Chiemgauer. "Ja wie soll I denn obrechne nochher. Da moch I no Verlust", klang es, wenn einer bayerischen Kellnerin zum ersten Mal mit Chiemgauern bezahlt wird. Der örtliche Grieche dagegen ist begeistert: "Das macht neun

Chiemgauer 30", ist es ihm schon in Fleisch und Blut übergegangen. Seit von einem dreiviertel Jahr läuft im Chiemgau nun der Chiemgauer, der von mittlerweile 75 Gewerbetreibenden akzeptiert wird. Das Chiemgauer-Konzept soll schon bald in angrenzende Regionen übertragen werden.

Es ist erstaunlich, welche Auswirkung Christian Gelleri und seine Schülerinnen in kurzer Zeit mit dem Chiemgauer erzielen konnten. Süddeutsche Zeitung, ZDF, Bayerischer Rundfunk - um nur einige der Medien zu nennen - haben bereits berichtet. Von Hamburg bis eben Prien scheint beinahe ganz Deutschland schon mal was von dieser neuen "Währung" gehört zu haben. Anders der Priener Tankwart, der direkt neben dem derzeitigen deutschen Mekka der Regioszene, der Waldorfschule in Prien, arbeitet: "Nie was von gehört". Jetzt schon!



Am ersten Netzwerktreffen der deutschen Komplementärwährungs-Szene: Herr Zimmermann vom Roland-Projekt (links), Christian Gelleri vom Chiemgauer (mitte) und Margrit Kennedy (rechts), hinten im Bild Alexander Woitas (links) und Thomas Seltmann von der Zeitschrift Humanwirtschaft (rechts).

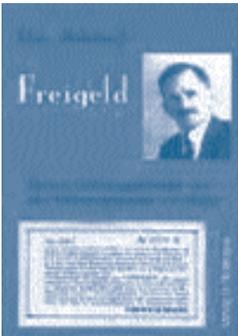
sensible Zentralbanker-Ohren zukünftig den Begriff Regio zu verwenden. Inhaltlich konkret wurde ein Internet-Portal geplant, das bereits im November 2003 zum nächsten Treffen online sein soll. Über das Portal sollen Informationen bereitgestellt werden, wie beispielsweise eine Landkarte, die eine Übersicht und grundlegende Informationen zu laufenden und geplanten Regio-Projekten bietet. Neben existierenden Projekten wie dem Chiemgauer, dem Bremer Roland und dem Bethel-Euro sind unter anderem ein "Mangfall-Taler", "Kirschblüten" und ein "Havel-Taler" in Planung. Im Internet sollen zudem ein Veranstaltungskalender, eine Liste mit Ansprechpartnern für Detailfragen zum Thema Regio und ein Forum zur Diskussion von Fragen zu finden sein. Sogar Weiterbildungsseminare für Regio-Interessierte sind

### Weiterführende Informationen:

[www.regiogeld.de](http://www.regiogeld.de)  
[www.freigeld.de](http://www.freigeld.de)  
[www.chiemgauer-regional.de](http://www.chiemgauer-regional.de)  
[www.roland-regional.de](http://www.roland-regional.de)  
 In Planung: [www.regionetzwerk.de](http://www.regionetzwerk.de)

## Auszeichnung für Klaus Rohrbach

**Klaus Rohrbach, Lehrer an der Waldorfschule in Würzburg, ist für sein Buch "Freigeld - Michael Unterguggenberger und das Währungswunder von Wörgl" von der "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" ausgezeichnet worden. Die r-evolution beglückwünscht Herrn Klaus Rohrbach zu dieser Auszeichnung!**



Klaus Rohrbach:  
"Freigeld - Michael Unterguggenberger und das Währungswunder von Wörgl", 144 Seiten. Verlag Ch. Möllmann, 2. Auflage. ISBN 3-931156-71-0, 14 Euro, 26 sFr.

In der letzten Ausgabe der r-evolution brachten wir einen sehr aktuellen Beitrag von Klaus Rohrbach "Der Mond gehört mir". Von diesem Autor stammt auch das Buch "Freigeld – Michael Unterguggenberger und das Währungswunder von Wörgl" für das er jetzt eine Auszeichnung erhält. In der Begründung für die Preisverleihung heißt es, die geglückte Verbindung von romanhafter Erzählung mit sachlicher Aufbereitung und Darstellung des "Wunders von Wörgl" sei besonders geeignet, Interesse sowohl für das

damalige Experiment als auch für die Idee einer Geldreform im allgemeinen zu wecken.

Das Buch von Klaus Rohrbach ist besonders geeignet, die Beschäftigung mit wirtschaftlichen Zusammenhängen - auch jungen Leuten - schmackhaft zu machen und allgemein weiteres Interesse für die Idee einer Geldreform zu wecken. Wir möchten Ihnen dieses Buch besonders empfehlen. Bestellhinweise und nähere Angaben dazu finden Sie auf Seite 43 zusammen mit weiteren Geschenkטיפs.

*Wera Wendnagel*

## Frisch renoviert: <http://www.INWO.de>

**Ab November geht die INWO Deutschland mit einem rund erneuerten Internetauftritt online.**

Das neue Angebot bietet sowohl etwas für Einsteiger als auch für Geld- und Bodenreform-Profis. Neben kurzen einführenden Texten, einfachen Grafiken und einem interaktiven Zinsrechner, kann eine große Materialsammlung durchsucht werden.

www.INWO.de ist noch übersichtlicher als bisher und bietet viele neue Funktionen. So können unter anderem Beiträge direkt verschickt werden und Materialien komfortabel online bestellt werden. Außerdem gibt es einen internen Austauschbereich für die Aktiven, der die Zusammenarbeit innerhalb der INWO voran bringen wird.

Zusammen mit Ingo Hermann wurde zudem ein Kalendersystem entwickelt, das möglichst alle freiwirtschaftlichen Termine aufnehmen soll. Mehr als ein Dutzend Organisationen und Vereine werden den Kalender füllen und nach und nach auf ihrer Seite einsetzen - ein großer Schritt für eine noch bessere Zusammenarbeit der Boden- und Geldreformer.



Ausschnitt aus einer der neuen Internetseiten auf [www.INWO.de](http://www.INWO.de)

Ein halbes Jahr lang hat das Webmaster-Team um Jan Peter, Johann Habakuk Israel und Jens Hakenes geplant und zusammengestellt, was zusammen gehört. Über eine Mailingliste haben sich viele weitere INWoler eingebracht. Im neuen Forum können Sie die Macher wissen lassen, was sie von [www.INWO.de](http://www.INWO.de) halten. Surfen Sie auf dieser neuen Site mit!

## "Wir brauchen eine neue Geldordnung"

Zur Verleihung der Aachener Friedenspreise 2003 an die in der Friedensbewegung sehr engagierte Initiative "Ordensleute für den Frieden" und die Friedensaktivisten Nabila Espanioly und Dr. Reuven Moskovitz.

Aachen hat was! Eine baufällige Kirche, den Dom. Und die Öcher verlassen ihre Stadt im Grunde nur, um anderswo nach Artgenossen Ausschau zu halten und ihnen mit erhobenem kleinen Finger heimatduselig zuzuwinke-  
 Man geht nicht aus dieser Stadt hinaus, man geht in diese Stadt hinein. So wie sich diese Stadt mit Selbstironie präsentiert, so weltoffen zeigt sie sich auch mit dem traditionell zum fünfzehnten Mal durchgeführten Aachener Friedenspreis; Die Stadt verleiht die Preise an die engagierten Friedensaktivisten, die Palästinenserin Nabila Espanioly und den Israeli Dr. Reuven Moskovitz, sowie an die aufmüpfigsten Bewegten in Deutschland, die Initiative Ordensleute für den Frieden. Aachen hat was!

### "Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen"

Die Initiative Ordensleute für den Frieden (IOF) ist eine Gruppe von Ordensfrauen und -männern, die sich 1983 zusammenschlossen, um gegen den Nato-Doppelbeschluss und die Nachrüstung zu protestieren. Mehrere Jahre hielten diese mutigen Ordensleute regelmäßig in der Woche nach Pfingsten Mahnwache vor der Cruise-

Missile-Basis in Haselbach/Hunsrück. "Dabei erkannten wir, dass Frieden nicht allein in der Abwesenheit von Krieg besteht, sondern dass Gerechtigkeit und Teilhabe aller Menschen an den

Gütern der Erde notwendige Voraussetzung und Grundlage für Frieden sind", steht in ihrer viersprachigen Homepage [www.poeple.freenet.de/IOF/](http://www.poeple.freenet.de/IOF/). Nicht nur auf ihrer Homepage, sondern auch bei ihren Mahnwachen und Aktionen, die sie seit 1990 vor der Deutschen Bank in Frankfurt a. M. protestierend durchführen, halten die schön, aber nicht reich betuchten Ordensleute mit har-  
 scher und nötiger Kritik nicht zurück: "Unser Wirtschaftssystem geht über Leichen", sagen die Ordensleute mit Recht. Denn sie sind zu der Erkenntnis gekommen, "dass letztlich das kapitalistische Wirtschaftssystem die Quelle dauernder Ungerechtigkeit und Ausbeutung ist", und geben noch einen drauf mit der Aussage, die uns natürlich besonders freut: "Die Vermehrung der Geldvermögen durch Zins und Zinseszins und die Gewinnmaximierung um jeden Preis bewirken, dass nicht mehr für die Menschen produziert wird, sondern dass die Menschen nur noch gebraucht werden, soweit die Wirtschaft

ihrer bedarf." Stellvertretend für alle Ordensleute für den Frieden hat Sr. Angela Kruppa vom Kloster Oberzell, die sich keineswegs davor scheut, sich mit den Mächtigen der Republik anzulegen, den Preis in der Aula Carolina entgegen genommen. In ihrer Dankesrede nimmt sie ebenfalls kein Blatt vor den Mund: "In unserer Gesellschaft werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer und zahlreicher. Auf Schritt und Tritt ist das überall in Deutschland sichtbar: Übertriebener Luxus auf der einen, steigende Arbeitslosigkeit und Sozialabbau auf der anderen Seite. Was sich in Deutschland abspielt, geschieht auch weltweit. Die Schere zwischen den reichen und armen Nationen geht immer weiter auf. Die Folgen: Hunger, Kriege, Flüchtlingsströme, Umwelterstörung. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen im kapitalistischen Wirtschaftssystem, das durch die Verselbständigung und Globalisierung der Finanzströme der letzten Jahre noch übermächtiger geworden ist. Die Bedürfnisse der Armen und der kommenden Generationen haben keinen Platz in diesen Unrechtsstrukturen". Und auch hier doppelt sie am Ende ihres Aufrufs nach: "Wir fordern daher ein System, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht, nicht der Profit. Dazu brauchen wir eine neue Geldordnung mit Infragestellung des Zinsnehmens. Denn vom jetzigen Geldsystem profitieren 20% der Bevölkerung auf Kosten von 80%, auch in unserem Lande: Weil wenige reich sind, sind viele arm". Sr. Angela und alle ihre MitstreiterInnen, wir lieben Sie.

Das bundesweite Netzwerk Initiative Ordensleute für den Frieden arbeitet in mehreren Regionalgruppen im Sinne der Gesamtinitiative. Und man darf sich nicht wundern, wenn da und dort wieder mal eine Ladung Gülle ("weil Geld eben doch stinkt") oder eine Ladung von drei Tonnen Sand ("wir müssen Sand im Getriebe sein") vor der Deutschen Bank ausgekippt werden...



Ordensleute der Initiative für den Frieden an einer ihrer Demonstrationen.

Fotos IOF: Initiative "Kirche von unten"



Der sogenannte "Klenkes" erinnert an die Zeit, als in Aachen noch Nadeln produziert wurden. Der Ausschuss wurde mit dem abgespreizten kleinen Finger - eben dem "Klenkes" aussortiert.



Nachhaltigkeit ihres Bemühens ist es, die wir würdigen wollen. Aber auch, weil sie nicht schweigen zu den Menschenrechtsverletzungen vor denen andere die Augen verschliessen. Weil sie mit persönlichem Mut und ständigem Engagement auf eine Versöhnung der beiden scheinbar unversöhnlichen Völker hinarbeiten."

Fotos IDF-Initiative "Kirche von unten"

Nabila Espanioly ist Palästinenserin mit israelischem Pass, hat in Bamberg Psychologie studiert und kehrte mit dem in Deutschland erworbenem Wissen nach Nazareth zurück, wo sie geboren ist. Seit nun 25 Jahren ist sie in der israelischen Friedensbewegung aktiv. Sie gründete die Gruppe "Jüdisch-arabische Frauen für den Frieden" und ist Mitbegründerin der Haifa-Gruppe "Women in Black" und ist ausserdem Vorsitzende von Mozavar, einer palästinensisch-jüdischen Frauengruppe für Menschenrechte. Neben vielen anderen Aktionen leitet sie in Tel Aviv gemeinsam mit Reuven Moskowitz Solidaritätsprogramme der Frauengruppen, um eingeschlossene Palästinenser in der Westbank und in Gaza mit Lebensmitteln und Spielzeug zu versorgen.

Stolz präsentieren die PreisträgerInnen ihre Dokumente von der Stadt Aachen. Bürgermeisterin Sabine Verheyen, Reuven Markovitz, Bruder Gregor Böckermann, Sr. Angela Kruppa und Nabila Espanioly (von links nach rechts).

## Unermüdlicher Einsatz für die Verständigung zwischen Palästina und Israel

Die israelischen Friedensaktivisten Reuven Moskowitz und Nabila Espanioly haben den internationalen Friedenspreis als Hoffnungsträger auf dem Weg zu Versöhnung und Frieden zwischen Juden und Palästinensern erhalten. In der Begründungsrede sagt der Vorsitzende des Aachener Friedenspreises e.V.: "Beharrlichkeit und

Seit nun fast 40 Jahren warnt Dr. Reuven Moskowitz vor der Gefahr des eskalierenden Terrors und Gegenterrors im Nahen Osten. Er engagierte sich von Anfang an in der israelischen Friedensbewegung, nach dem Sechstagekrieg als Sekretär der neuen Bewegung "Für Frieden und Sicherheit", eine Organisation, die sich für eine sofortige Lösung des Flüchtlingsproblems, die gegenseitige Anerkennung Israels und der arabischen Staaten sowie das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung einsetzte. Moskowitz hat mehrere Organisationen gegründet, die bis heute praktische Friedensarbeit in Israel leisten.

Walter Koller



Nabila Espanioly ist Mit-herausgeberin des Buchs "Mit dem Konflikt leben!? - Berichte und Analysen von Linken aus Israel und Palästina" von Irit Neidhardt, erschienen im Verlag Unrast, 168 Seiten. 14 Euro, 25.50 sFr. ISBN 3-89771-010-2.



Dr. Reuven Moskowitz und Nabila Espanioly setzen sich seit über 40 Jahren als Friedensaktivisten für die Verständigung zwischen Palästina und Israel ein. Sie haben den internationalen Friedenspreis der Stadt Aachen erhalten.

## Sozialforum Schweiz - eine erste Bilanz

**Nach drei Tagen ist am 21. September in Freiburg das erste Schweizer Sozialforum SSF zu Ende gegangen. 500 Mitglieder und Delegierte von 80 dem SSF angeschlossenen Organisationen und sozialen Bewegungen waren akkreditiert. Eine erste Bilanz der SSF-Organe.**

Insgesamt beteiligten sich mehr als 800 Personen an den 5 Konferenzen und rund 40 Workshops. Vier ausländische Gäste von internationalem Ruf nahmen teil: Francisco «Chico» Whitaker, Gründungsmitglied des Weltsozialforums von Porto Alegre, die indische Bauernbewegungs-Aktivistin Asha Kachru, die deutsche Philosophin Frigga Haug und der Begründer der Freien Software Richard Stallman.

Die SSF-OrganisatorInnen erachten das Treffen als wichtigen Schritt in der Konstruktion einer Plattform des Austausches und der Debatte innerhalb der sozialen Bewegungen der Schweiz. In dieser Logik werden die nächsten Schritte von allen angeschlossenen Organisationen in einer nächstens durchzuführenden Generalversammlung festgelegt.

Im Geiste von Porto Alegre und Florenz «hat das Schweizer Sozialforum aufgezeigt, dass ein neues Paradigma einer politischen Handlungsweise entsteht», sagte Chico Whitaker. Das erste SSF zeichnet sich sowohl durch thematische Vielfalt – Finanzplatz Schweiz, Migration, Krieg, Abbau des Service Public – wie auch durch die hohe Qualität der Reflexion und der Debatte aus. Neben den Konferenzen und Ateliers haben sich die SSF-Teil-

nehmenden am Samstagnachmittag einer Grosskundgebung angeschlossen: «Hände weg von meiner AHV» hiess die Parole. Zurück in Freiburg wurde das Thema an einer öffentlichen Debatte weiter vertieft. Am Sonntag versammelten sich zudem die sozialen Bewegungen zu einer Generalversammlung. Rund 20 KünstlerInnen, darunter zwei Theatergruppen, öffneten auf der SSF-Bühne inmitten des Stadtzentrums die Türen des Sozialforums für die Freiburger Bevölkerung.

Überzeugt, dass eine «andere Welt möglich» ist, zeugt das SSF davon, dass auch eine andere Schweiz – offener, menschlicher, solidarischer, gerechter, sozialer und ökologischer – möglich ist.

Das Schweizer Sozialforum ist ein Netzwerk, dem sich inzwischen 80 Organisationen angeschlossen haben – aus gewerkschaftlichen, feministischen, sozialen Organisationen, von Friedens-, Umwelt- und ImmigrantInnen-Bewegung sowie NGO der Entwicklungszusammenarbeit. Die Schlussfolgerungen des SSF und dabei debattierten Inhalte sollen die Diskussionen am Europäischen Sozialforum in Paris (12.-16.11.) und am nächsten Weltsozialforum in Bombay, Indien (16.-21.1.04) bereichern.

### Präambel

**Eine Ergänzung zur "Erklärung zu Handen der Vollversammlung der sozialen Bewegungen am 21. September 2003" Wir wollen für ALLE Menschen ein gerechtes, würdiges Leben – umgeben von gesunder Natur.**

Folgende Gedanken helfen diesem Ziel gerechter zu werden:

- Ökonomisch begründeten Wachstums-ZWANG (Wachstum, das nicht auf natürlichen Bedürfnissen basiert) lehnen wir ab, weil dies zu immer mehr Gewalt führen muss.
- Solange die Lebensgrundlagen (die Natur) aus sogenannten ökonomischen Gründen weiter ausgebeutet werden (müssen), lehnen wir EXTREMEN Reichtum einzelner ab.
- Solange Menschen ausgebeutet, verhungert, verdurstet, vergiftet usw. werden (EXTREME Armut) lehnen wir EXTREMEN Reichtum einzelner ab.
- Einkommen ohne Arbeit (Gandhi: Die 7 sozialen Sünden) lehnen wir ausser für Bedürftige (Benachteiligte, RentnerInnen, Behinderte, Kranke etc.) ab.

Alec Gagneux (GloboSol, Promenade 31, 5200 Brugg, [alecgagneux@hotmail.com](mailto:alecgagneux@hotmail.com))

## Notizen aus dem Alltag

### Unverständlich, aber wahr!

"Ihre Bemühungen für eine Verringerung der weltweiten Armut haben mich sehr interessiert – wir haben aber eine begeisternde Lösung für diese Probleme über Schenkkreise gefunden!" Dieser Satz in einem Brief an mich veranlasste mich nachzufragen und meiner Verwunderung Ausdruck zu geben. Meine Impressionen des zehnmütigen Telefongesprächs möchte ich Euch nicht vorenthalten: Frau X.Y. erläuterte mir, dass allein der Wille zu Schenken entscheidend sei: Mache Gutes in dieser Welt. Nachdem wir den Mechanismus dieses Kreises gemeinsam analysierten und Sie mir dann erklärte, dass Sie bereits im Tanz der Sternchen 500 Franken und im Unterstützungs- und Heilkreis 7500 Franken eingezahlt habe, wurde ich mutig: "Und was haben sie denn dafür bekommen?" Die Antwort von Frau X.Y.: "Bisher noch nichts, jedoch Freude, Freunde und Freundinnen. Es ist vollständig falsch, etwas zu erwarten, weil das Geben entscheidend ist!" Auch der Einwand, dass es sich hier um ein Schneeballsystem handle, liess die nette Dame nicht gelten. Mein Versuch, auf Grund der Relationen der Einzahlungen und der versprochenen Auszahlungssummen (14 EinzahlerInnen und "nur" achtfache Auszahlung), die Abzockermentalität aufzuzeigen, wurde ebenso abgetan wie die Tatsache, dass ja immer wieder neue "Opfer" gefunden werden müssten. Selbst der Hinweis auf den Kings-Club und andere verbotene Schneeballsysteme konnte meine Diskussionspartnerin nicht vom Glauben abhalten, hier Sinnvolles und Gutes zu tun. "Schenken ist schliesslich legal", quittierte sie meine Einwände.

Meine Schlussfolgerung: Menschen möchten Gutes tun! In welcher Weise und wo dies geschehen soll, damit das gute Werk zu einer Verbesserung unserer Zukunft beiträgt, ist oftmals sehr schwierig herauszufinden. Unser Weltenbummler und Entwicklungs-Dialoger Alec Gagneux hat das erkannt und hat einen Leitfadens erstellt. Das A4-Blatt mit dem Titel "Welcher Organisation soll ich mein Geld anvertrauen?..." - von Alec auf gewohnt kritische und humorvolle Art verfasst - schicken wir Ihnen gerne kostenlos zu, wenn Sie uns ein an Sie adressiertes und frankiertes Couvert zustellen an:

Sekretariat INWO, "Schenken macht Freude",  
Postfach, 5001 Aarau.

### Was tun? Erkennen und handeln!

Ausgangslage: Sie glauben zu Erkenntnissen gekommen zu sein und auch Ihr Herz unterstützt diese Ansicht. Die Umsetzung Ihrer Erkenntnisse würden eine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen von über 90% der Menschheit bewirken. Gleichzeitig bilden Sie sich ein, dass auch die restlichen 10% der Menschen profitieren würden! Was tun? Sie haben verschiedene Möglichkeiten als:

- A) Aufklärer, Verkünder: Versuchen Sie, mit einer Gruppe Gleichdenker eine Bewegung aufzubauen mit dem Ziel, 2-3% der Menschen in einer Demokratie wachzurütteln, um etwas zu bewegen...
- B) Aussteiger, Alternativer: Versuchen Sie durch Konsumverzicht, Selbstversorgung für Sie und/oder Graswurzelbewegungen die Welt ertragbar zu machen...
- C) Wissender, Philosoph, Abgeklärter: Sie stellen fest, dass die Welt nicht reif für Ihre Erkenntnisse ist. Behalten Sie Ihr Wissen für sich, da Sie sonst ja nur Missfallen ernten und sich selbst ein schwereres Leben als nötig bereiten würden...

### Die andere Möglichkeit

Silvio Gesell ging in die Offensive, die INWO Schweiz tut dies auch, beispielsweise mit der Bodenkampagne und mit ihrem Sozialforum-Engagement. Auch unsere Anklage und Forderung im Rahmen des Oltner Bündnis belegen unser Engagement: Das WEF (world economic forum) ist unfähig, die selber gesetzten Ziele zu erreichen (improve the state of the world), und bewirkt seit Jahrzehnten das Gegenteil. Deswegen sollte es abgeschafft werden!

Gehen Sie doch auch in die Offensive. Machen Sie mit! Auf der Homepage [www.inwo.ch](http://www.inwo.ch) sagen wir Ihnen, wo was läuft. Oder unterstützen Sie uns mit einer Spende für unsere Arbeit: PC 30-1771-2. *Marco Lustenberger*

## Auf Spiritualität basierende Weiterentwicklung

Allianzpartner stellen sich vor: Die Aktion Finanzplatz Schweiz

**dynamik5**

ein ganzheitliches Gesellschaftsprojekt



### Solidarisch, ökologisch, spirituell, politisch, europäisch

"dynamik5" ist ein Gesellschaftsprojekt, dessen Mitglieder eine auf Spiritualität, im Sinne von persönlicher Reifung, basierende Weiterentwicklung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens anstreben. Dies soll zu Gerechtigkeit, Demokratie, Kooperation, Rücksichtnahme und Freiheit unter den Menschen und mit der Natur führen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die allen Menschen den notwendigen Raum zur vollen Entfaltung ihres Wesens ermöglicht. Hierzu sind in allen Gesellschaftsbe-  
reichen neue Rahmenbedingungen zu schaffen.

### Bezüglich einer neuen Wirtschaftsordnung gelten für uns folgende Richtlinien

- Freier Markt, durch öko-soziale Regeln eingeschränkt.
- Regionalisierung der Wirtschaftsräume nach gemeinsamen Wertvorstellungen und ökonomischen Ge-

- Überprüfung und Reformierung des gegenwärtigen Finanzsystems.
- Reduktion aller leistungslosen Einkommen auf ein gerechtes Maß.
- Einführung von Minderwertsteuern.
- Naturerhaltung durch Lenkung von Produktion, Verteilung und Konsum.
- Optimaler Service public.
- Bildung in Ökonomie für alle zur Förderung von selbständigem Denken, Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz.

"dynamik5" ist zur Zeit in Deutschland, Österreich und der Schweiz aktiv. Die Konzeptgruppe Wirtschaft von "dynamik5" Schweiz ist interessiert daran, mit anderen Gruppen, welche sich mit dem Thema Wirtschaft befassen, ins Gespräch zu kommen, um Gedanken auszutauschen und Synergien zu gewinnen.

Sekretariat: dynamik5, Postfach 7965, CH-3001 Bern.  
Tel: 031 398 80 50. Fax: 031 398 80 51.  
E-Mail: [info@dynamic5.org](mailto:info@dynamic5.org).  
Internet: [www.dynamic5.org](http://www.dynamic5.org).



benheiten.

- Transparenz in sämtlichen öffentlichen und geschäftlichen Belangen, insbesondere Einkommen, Vermögen und Zuständigkeiten.
- Demokratie in allen Organisationen, Betrieben und Institutionen.
- Breite Streuung des Besitzes an Produktionsmitteln und Wohnraum.
- Korrektur oder Kompensation von Chancenungleichheiten.

## Spendenbarometer

Stand alt per 31.07.03: Fr. 19'155.—  
Stand neu per 31.08.03: Fr. 25'650.—

11 Spenden bis Fr. 50.—  
5 Spenden Fr. 51.— bis Fr. 100.—  
E.K. Möriken, G.Z. Winterthur, G.S. Schaffhausen, N.S. Zofingen,  
J.S. Lenzburg, H.K. Gümligen, H.H. Bern.  
2 Spenden Fr. 101.— bis Fr. 200.—  
A.S. Winterthur, A.H. Oberwichtlach.  
1 Spende Fr. 5'000.—

Stand alt per 31.08.03: Fr. 25'650.—  
Stand neu per 30.09.03: Fr. 27'260.—

3 Spenden bis Fr. 50.—  
1 Spende Fr. 51.— bis Fr. 100.—  
BAG. Sennwald  
1 Spende Fr. 101.— bis Fr. 200.—  
L.G. Rorschach, C.W. Bern  
1 Spende Fr. 1'000.—  
H.J. Niederrohrdorf

# Der Friede ist kein Spiel mit dem Leben von Millionen Menschen dieses Planeten!

Wenn der Friede auf dieser Erde eine Chance haben soll, dann müssen folgende Bedingungen endlich eingehalten werden. Ein Aufruf von Adolf Paster.

**1** Die Einzelnen wie die Völker haben sich untereinander für das zu entschuldigen, was sie im Laufe der Zeit einander angetan haben. Versöhnung ist die Voraussetzung einer soliden Grundlage des friedlichen Zusammenlebens.

**2** Gerecht ist Wirtschaft dann, wenn durch das Tauschen von Produkten und Dienstleistungen die Tauschpartner durch den Kauftausch an sich weder reicher noch ärmer werden. Der Vorteil der Tauschpartner liegt in der Arbeitsteiligkeit der Produkt-herstellung und der Dienstleistungen.

**3** Geld ist ein gesetzliches Sozialprodukt der Staatsbürger und hat lediglich als Tauschmedium zu dienen. Die Währungsbank hat gesetzlich dafür zu sorgen, dass ausreichend Geld auf den Markt kommt, so dass alle Produkte und Dienstleistungen vom Markt geräumt werden. Der Gebrauch einer Nutzungsgebühr verhindert thesaurierende Kapitalseen zu Spekulationszwecken.

**4** Ressourcen sind mit einer Vermögens- bzw. Verbrauchssteuer zu belegen. Dafür sind Einkommens- und Lohnsteuern abzuschaffen. Dadurch wird mit Ressourcen sehr sparsam umgegangen,

Reparaturen lohnen wieder. Menschliche Arbeit wird nicht mehr "bestraft", bzw. wird nicht mehr entwürdigt. Die Schattenwirtschaft verschwindet.

**5** Arbeit wird nicht mehr als Stress erzeugende Sklaventätigkeit empfunden. Mit 3-4 Arbeitsstunden pro Tag wird man das Auslangen finden. Vollbeschäftigung ist gesichert. Endlich wird Zeit frei für kreative Tätigkeiten. Kinder und alte Menschen werden wieder Gesprächspartner haben. Kultur ein Anliegen aller Menschen werden.

**6** Religion und Wissenschaft werden keine Gegensätze mehr sein. Sie werden einander die Hand reichen und einander befruchten.

**7** Eine ruhige, verstetigte sozioökonomische Entwicklung wird einen optimalen echten Fortschritt des Einzelnen wie aller Völker dieses Planeten garantieren.

Bitte senden Sie diese Botschaft an alle, die Sie durch Ihren Verteiler erreichen können. Rückfragen an Christiane Schmutterer, [c.schmutterer@telering.at](mailto:c.schmutterer@telering.at) und Adolf Paster, [adolf.paster@utanet.at](mailto:adolf.paster@utanet.at).



## Fragen, die immer wieder gestellt werden. Und dazu die Antworten der NWO.

Auszug aus einem elektronischen Schriftverkehr, mit freundlicher Genehmigung der Beteiligten. Zusätzliche und treffende Antworten von LeserInnen, haben eine Chance, dass Sie ebenfalls veröffentlicht werden (auf Wunsch mit Kontaktadressen).

**1** Warum sind bei Zinsen um Null (in Japan und anderswo) keine Verbesserungen der Lage sichtbar?

**Antwort A :** Weil heute - ohne Umlaufsicherung - bei diesen niedrigen Zinsen ein umgekehrter Negativeffekt auftritt, nämlich eine Geldzurückhaltung (Geldhortung) mit deflationären Effekten.

**Antwort B :** Liquiditätsfalle (nach Keynes): Das freiwerdende Geld verschwindet aus dem Konsum; niedere Zinssätze und Inflationsraten sind nicht hinreichend für Verbesserungen.

**Antwort C :** Das Geld wird möglichst nicht ausgegeben, sondern festgehalten. Niedere Zinssätze und Inflationsraten veranlassen die Leute, ihr erübrigt Geld nicht zur Bank oder Sparkasse zu bringen. Niedrige Zinsen und Inflationsraten allein sind keine ausreichenden Verbesserungen zur Ankurbelung der Konjunktur.

**2** Ist die NWO nicht nur global umsetzbar, weil sonst die Gefahr der Kapitalflucht besteht?

**Antwort A :** Man muss zwischen spekulativem und investivem Kapital unterscheiden. Ersteres geht den höheren Zinsen nach, letzteres den niedrigeren, weil niedrigere Zinsen für jeden Investor ein ähnlicher Standortvorteil sind, wie niedrigere Steuern oder Löhne. Außerdem kann man bei Kapitalflucht (=Verlagerung von Geldguthaben) nie das Geld außer Landes bringen, sondern immer nur umtauschen: Man selbst hat danach z.B. die Dollar bzw. Dollarguthaben, die man nur "drüben" einsetzen kann, der Tauschpartner die DM oder die Euro, die er nur hier einsetzen kann. Kommt es beim Tausch zu Ungleichgewichten, steigt der Kurs der begehrteren Währung und macht die Kapitalflucht uninteressanter.

**Antwort B :** Kapitalflucht bedeutet eine Verlagerung von Geldguthaben ins Ausland. Will man das Geld dort ausgeben, muss man es in die Landeswährung umtauschen. Für den Umtausch - den Devisenhandel - sind die Banken zuständig. Man selbst hat nach dem Geldumtausch z.B. Dollar, die nicht überall angenommen werden, bzw. ein Dollarguthaben bei der Bank. Auch der ausländische Geschäftspartner bekommt bei uns Franken oder Euro, damit er sie hier einsetzen kann. Kommt es beim Devisenhandel zu Ungleichgewichten, steigt der Kurs der begehrteren Währung und macht die Kapitalflucht uninteressanter.

**Antwort C :** Die Frage sollte andersherum gestellt werden: Wenn die NWO nur global eingeführt werden könnte, taugt sie nichts und wir sollten sie schnell vergessen! Die NWO muss sich im Wettbewerb durchsetzen können,

sonst bleibe ich bei den üblichen (z.B. marxistischen) Allmachtsphantasien hängen. Es geht hier um die Aufrechterhaltung einer Zinsdifferenz gegen das empirisch sehr gut bestätigte Zinsparitätentheorem. Hier hat die Freiwirtschaftslehre für mich noch Defizite! Das Wort Kapitalflucht ist im Grunde falsch, das Kapital fließt einfach dorthin, wo es noch grössere Wachstumsraten gibt und damit eine grössere Rentabilität. Das muss kein Problem sein. Es kommt darauf an, die eigene Wirtschaft zinsgünstig mit Krediten auszustatten.

**3** War Silvio Gesell a) antisemitisch, b) anti emanzipatorisch und/oder c) antigewerkschaftlerisch?

**Antwort A :** Ausser in der "natürlichen Wirtschaftsordnung" erscheint bei Gesell einiges fragwürdig, vor allem wenn man es unabhängig vom Kontext und den Gegebenheiten der damaligen Zeit beurteilt. Bei a) und b) trifft jedoch genau das Gegenteil zu. c) könnte ich mir vorstellen, da er für eine freie und vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft war, in der sich die Hauptaufgaben der Gewerkschaften erübrigen. Die heutigen Geldreformer, soweit sie sich auf Gesell beziehen, befassen sich nur mit seinen geld- und bodenreformerischen Ansätzen und brauchen sich deshalb genau so wenig von eventuell fragwürdigen Aussagen von Gesell zu distanzieren, wie die heutigen Christen und Sozialisten z.B. von den antisemitischen Aussagen Martin Luthers oder Karl Marxs. Im übrigen hat sich Keynes, ein jüngerer Zeitgenosse Gesells, sehr lobend über dessen soziales Engagement geäußert, seine Ideen als den "vernünftigsten Weg" bezeichnet, "die verschiedenen anstößigen Formen des Kapitalismus los zu werden", und geweißagt, "dass die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen" würde. - Vielleicht ist das die Erklärung dafür, dass die Angriffe auf die Geldreformer fast immer aus bestimmten linken Gruppen kommen.

**Antwort B :** Personenkult ist unnötig, jedoch an Silvio Gesells Ausführungen schätze ich den klaren, einfachen Blick auf Dinge. Wichtig jedoch ist, selber zu denken.

**Antwort C :** Gesell war nicht gegen Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft. Er hielt allerdings Streiks für ein völlig ungeeignetes Kampfmittel, weil die Arbeitenden auf jeden Fall immer am kürzeren Hebel sitzen. Wenn durch einen Streik weniger produziert wird, steigen die Preise im allgemeinen an - zum Vorteil der Kapitalseite. Eine Wirtschaftskrise entsteht ja gerade dadurch, weil die Arbeiter zu fleissig waren und die vielen produzierten Güter nicht mehr abgesetzt werden können. Da kommt ein Streik wie gerufen. Richtig →

## Markt\*wirtschaft ohne Kapitalismus

Die Vereine Initiative für eine natürliche Wirtschaftsordnung INWO in Deutschland, Österreich und der Schweiz vertreten die Natürliche Wirtschaftsordnung NWO. Die Ziele: Krisenfreies Gleichgewicht von Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkten, Kaufkraftstabilität, Umweltorientierung, Vollbeschäftigung; Gerechtes Wirtschaften ohne leistungslose Einkommen.

Unsere wichtigsten geld- und bodenpolitischen Grundsätze für die Umwandlung der real existierenden kapitalistischen Marktwirtschaft in eine vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft sind:

**A** Umlaufsicherung des Geldes durch eine Geldgebühr (auf Bargeld und Sichtguthaben) die auch bei sinkenden Zins- und Inflationsraten das Horten von Liquidität verteuert und das Geld im Umlauf hält. Durch diese Gebühr wird Geld - auch bei Realzinsen um Null oder darunter - angeboten und der Geldumlauf ist - auch ohne Zins und Zinseszinsystem - gewährleistet.

**B** Geldherausgabe und Geldeinzug durch eine Zentralbank als unabhängige staatliche Behörde. Kaufkraftstabilität durch angepasste Geldmenge (weder Inflation noch Deflation).

**C** Bodenrechtsreform, bei welcher der Boden als Monopolgut vom Privateigentum zum öffentlichen Eigentum umgewandelt wird. Für die individuelle Bodennutzung wird eine Pacht (Grundrente) erhoben, die an die öffentliche Hand gezahlt wird. Die Einnahmen werden an die Bevölkerung in gleichen Prokopf-Beträgen zurückverteilt.

**\* Märkte:** Sie sind prinzipiell fabelhafte Einrichtungen. Sie lösen Verteilprobleme, fördern gesunden Wettbewerb, reagieren rasch auf Veränderungen und lassen die Tüchtigen und Innovativen zum Zuge kommen.

Aber: Märkte sind brutal, gnaden- und skrupellos, haben kein Gedächtnis, sind also nicht lernfähig, überfahren die Schwachen, zielen vorwiegend auf kurzfristige Gewinne, verschaffen Macht und neigen zu Monopolen, das heisst: Die freie Marktwirtschaft neigt seit jeher zur Selbsterstörung, zur Bildung marktbeherrschender Konzerne, die oft demokratische Souveränität und gesunde Wirtschaftsstrukturen zerstören (so sind heute zum Beispiel viele mexikanische Bauern dank NAFTA nur sporadisch eingesetzte und miserabel bezahlte Landarbeiter der Agrarmultis).

Also: Jeder Markt braucht im ganzen Marktgebiet gültige Rahmenbedingungen, welche das Schadenspotential einschränken. Wesentliche Regulierungsfaktoren wären die Geld- und Bodenreform, die je nach Fall ergänzt werden müssten. Im Extremfall gehen diese Bedingungen aus ethischen Gründen bis zum Verbot (z.B. bei Rauschgiften). Auch gibt es nichtmarktfähige Produkte, die lebensnotwendig aber nicht beliebig produzierbar sind, wie beispielsweise Trinkwasser, Atemluft, Grund und Boden.

⇒ wäre, die Arbeitszeit bei gleichem Lohn zu verkürzen und weniger unnötige Waren zu produzieren. Das ist aber wegen dem Wachstumszwang der kapitalistischen Wirtschaft nicht möglich. Das müßten die Gewerkschaften erst einmal kاپieren.

**4** Würde bei Einführung der NWO das Geld nicht einfach auf den Aktienmarkt verlagert ?

**Antwort A:** Das kann möglich sein, berührt aber die Interessen der Arbeitleistenden weniger, da sie dabei nur verlieren können, wenn sie sich an diesen Spekulationen beteiligen. Über die Zinsen dagegen, die man mit der Miete und allen anderen Ausgaben zahlen muss, wird heute jeder zur Kasse gebeten. Außerdem sinken bei sinkenden Zinsen auch die Dividenden und mit beidem

auch die Zunahme der anlagesuchenden Geldvermögen, die heute den Druck auf die spekulativen Märkte und das Wirtschaftswachstum überhaupt erst auslösen.

**Antwort B :** Kann gut sein, wenn die Zinssätze sinken, steigen die Kurse. Die Liquidität bleibt im Fluss, so sehe ich vorerst mal kein Problem.

**Antwort C :** Aktien sind kein Geld, d.h. mit Aktien wird man nie bezahlen können. Ich kann mir nur vorstellen, dass gemeint ist, dass jetzt statt mit Geldvermögenswerten mit Aktien spekuliert wird, wie z.B. auch mit Gold oder Kunstschätzen. Das kann möglich sein, berührt aber die Interessen der Arbeitleistenden weniger, da sie dabei nur verlieren können, wenn sie sich an diesen Spekulationen beteiligen.



# Rund ums Bargeld - 2. Teil

Bedeutung, Entwicklung, Umlauf, Hortung - Internationale Vergleiche - Umtausch DM / Euro



34 Helmut Creutz, Jg. 1923. Autor des Standardwerks "Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung", das 2001 als 5., komplett überarbeitete und erweiterte Neuausgabe im Econ-Verlag erschien.

## Weitere Indizien für die Geldhortung

Wer Geld hortet, wird das einmal in möglichst stabilen Währungen tun und zum anderen in möglichst großen Scheinen. Das heißt, bei Währungen, die für diese Hortungszwecke besonders beliebt sind, müsste sich das an den Zusammensetzungen der Notenstückelungen abzeichnen. Für eine solche Stichprobe bietet sich, auch wegen der weitgehenden Gleichheit der Stückelungswerte, ein Vergleich zwischen Deutschland und der Schweiz an, wie in der Darstellung 1 vorgenommen.

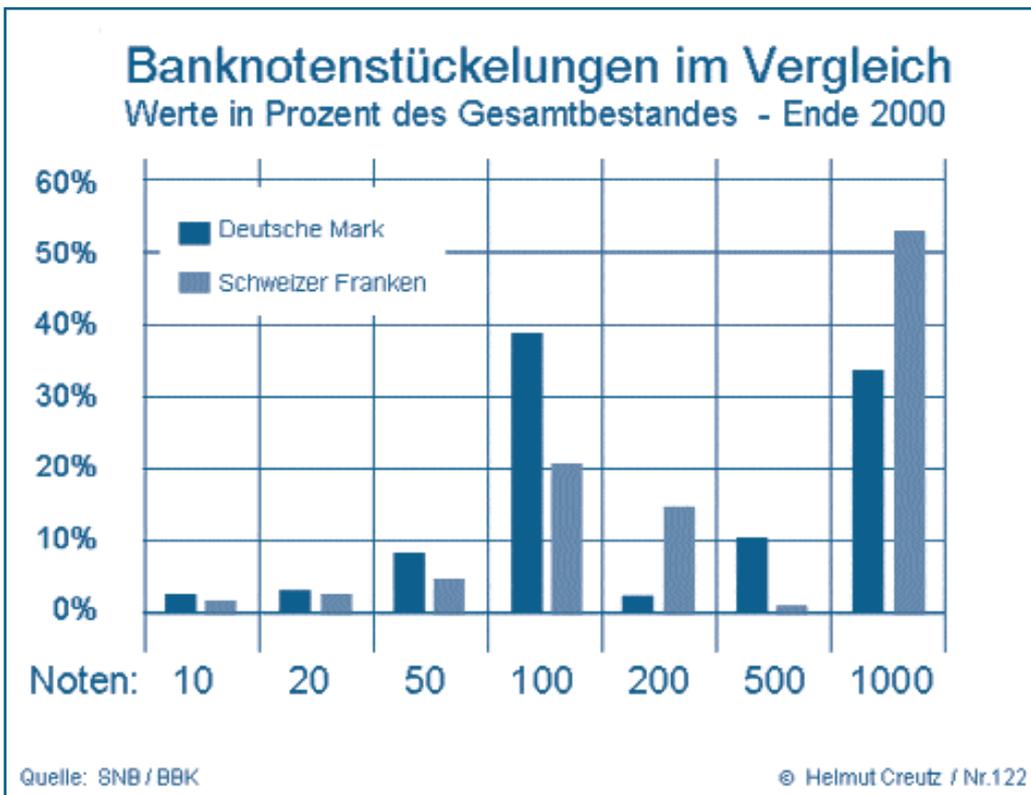
Dass in Deutschland in dem blauen DM-Hunderter ein gutes Drittel des gesamten Bargeldbestandes gebunden war (an dessen Stelle inzwischen der orangebraune 50-Euro-Schein getreten ist), wird sicher niemanden verwundern. Dass aber vor der Euro-Einführung ein weiteres Drittel des deutschen Bargeldbestandes in den Tausend-DM-Scheinen steckte, wird dagegen viele überraschen. Denn die meisten Bürger haben wahrscheinlich einen solchen Schein in der ganzen DM-Zeit kaum einmal in die Hand bekommen.

Noch ausgeprägter sind, wie die Grafik 1 erkennen lässt, die Diskrepanzen in der Schweiz. Dort ist sogar mehr als die Hälfte der Bargeldwerte in den Tausender-Noten gebunden! Da aber auch dort die Tausender kaum zu den normalen Zahlungsmitteln gehören, ist dieser Tatbestand zweifellos ein Beweis für die besonders hohen Geldhortungen in Schweizer Franken. Dass mit diesen hohen Hortungsbeständen auch Probleme verbunden sein müssen, nicht zuletzt im Hinblick auf eine präzise Geldmengensteuerung, dürfte einsichtig sein. Auch wenn diese Bestände langfristig und relativ gleichbleibend der Nachfrage entzogen sind, stellen sie einen aufgesparten Anspruch an die jeweiligen Volkswirtschaften dar, der bei besonderen Ereignissen mit schockartigen Rückflüssen in die Inlandsnachfrage, zu erheblichen Turbulenzen führen kann.

## Die Umstellung DM/Euro vor dem Hintergrund der Hortung

Welchen Anteil die großen Noten an der DM-Bargeldmenge hatten, geht auch aus der Darstellung 2 hervor, in der die Gesamtmenge in drei Notengruppen aufgeschlüsselt ist. Ersichtlich wird daraus ebenfalls, in welchem Übermaß die großen Scheine bis 1996 zugenommen haben. Während in den erfassten elf Jahren die kleinen Noten um 90 Prozent und damit im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung zunahm und die Hunderter mit 116 Prozent nur geringfügig darüber lagen, stiegen die im Wirtschaftsalltag kaum benutzten Fünfhunderter und Tausender um 226 Prozent an und damit zweieinhalb Mal so schnell wie das BIP.

Interessant ist auch, dass diese steile Zunahme bereits Mitte der 90er Jahre abbrach. Wahrscheinlich ist man be-



Darstellung 1



reits von da ab, im Hinblick auf den bevorstehenden Währungstausch, mit den Hortungsausweitungen gleich in Währungen umgestiegen, die nicht dem Umtausch unterlagen. Dies erklärt vielleicht auch den Abbruch der DM-Bargeldhaltung in der zweiten Hälfte der 90er Jahre, dem gegenläufige Anstiege beim Dollar und dem Schweizer Franken gegenüber standen.

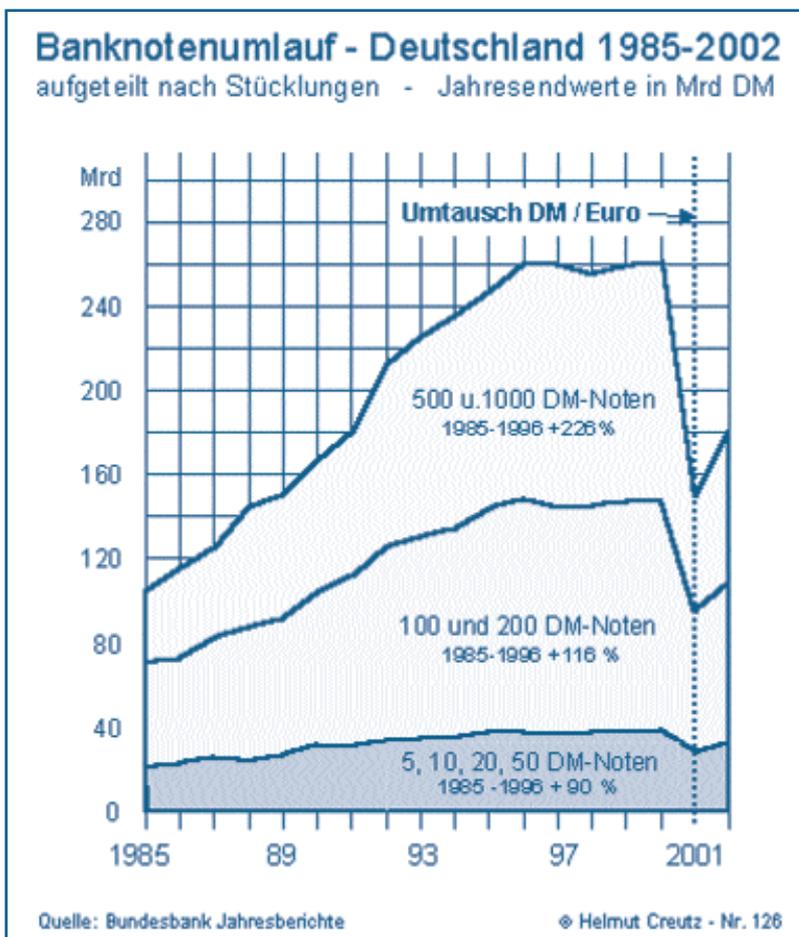
Ein weiterer Beweis für die Hortungen, speziell im Bereich der großen Noten, erbrachte auch der Geldumtausch selbst. An dem Einbruch der Bargeldmenge, die

dürfte wieder ein Beweis für den vorhandenen Überschuss an Bargeld sein, der weit über die normalen wirtschaftlichen Notwendigkeiten hinausgeht! Entsprechend zeichnet sich auch der Einbruch 2001, wie die Grafik 2 zeigt, besonders deutlich bei den großen Noten ab.

Wenn auch bislang noch unzureichend zu erfassen, gab es dann nach dem Währungstausch eine entgegengesetzte Entwicklung, die wiederum die besondere Rolle der großen Scheine erkennbar werden lässt. Denn während der Bestand der neuen kleinen Scheine von fünf bis

zwanzig Euro übers Jahr 2002 hinweg praktisch konstant blieb und die 50-Euro-Noten nur um 19 Prozent zulegten, nahmen die 500-Euro-Noten, die an die Stelle der DM-Tausender getreten sind, um 196 Prozent zu, das heißt, sie stiegen bereits im ersten Jahr der Euro-Währung auf das Dreifache an!

Sicherlich lässt sich über die Größenordnung der Probleme streiten, die mit diesen überzogenen Bargeldhaltungen und -ausweitungen verbunden sind. Ebenso darüber, ob und was man dagegen unternehmen soll.



Darstellung 2

im Laufe des Jahres 2001 von 244 Mrd DM auf 131 Mrd DM abgebaut wurde, bis Ende Januar 2002 sogar auf 124 Mrd, waren die großen Stücklungen in einem besonderen Maße beteiligt. Das heißt, die umlaufende Geldmenge in unserem Land wurde praktisch halbiert, ohne dass es zu irgendwelchen Geldknappheiten oder sonstigen Störungen am Markt gekommen ist! Auch das



**Stefan Brunnhuber, Harald Klimenta. Wie wir wirtschaften werden. Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten für zukunftsfähige Finanzmärkte. Erster Bericht der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Redline Wirtschaft bei Ueberreuter, Frankfurt am Main, 288 Seiten, 50 Abbildungen. € 19.90, sFr 35.90, ISBN: 3-8323-1022-3.**

Anknüpfend an den Bericht des Club of Rome "Die Grenzen des Wachstums" thematisiert dieser erste Bericht der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste unser Geld- und Finanzsystem als am meisten vernachlässigtes Instrument in der Nachhaltigkeitsdebatte. Basierend auf fünf dem Brundtland-Bericht von 1987 entnommenen Nachhaltigkeitskriterien werden zunächst fünf besonders verhängnisvolle Wirkungen unserer derzeitigen Finanzarchitektur aufgezeigt: Instabilität, ungerichteter Wachstumszwang, Kurzfristorientierung, asymmetrische Wohlstandsverteilung und die Erosion des Sozialkapitals. Aus sechs verschiedenen Szenarien werden dann dreizehn verschiedene Gestaltungselemente zukunftsfähiger Finanzmärkte entwickelt. Die von internationaler Währungs Kooperation, Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerflucht über die Einführung der

Tobinsteuer bis hin zum Wirtschaften mit (regionalen) Komplementärwährungen reichende Palette wird hinsichtlich direkter und indirekter Nachhaltigkeitswirkungen strukturiert.

Der zweite Teil des Berichts liefert vertiefende empirische Daten über das derzeitige Geld- und Finanzsystem, darunter u.a. eine Analyse von vier unterschiedlich erfolgreichen Wegen in Entwicklungsländern zur Bewältigung internationaler Krisen.

Den beiden Autoren ist es mit diesem Buch gelungen, mittels einer internationalen und interdisziplinär besetzten Expertengruppe einen mächtigen blinden Fleck der Nachhaltigkeitsdebatte ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Der Bericht ist in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen, da er das Versäumnis der "Grenzen des Wachstums" nachholt und auf die entscheidende Bedeutung des Geld- und Finanzsystems hinweist. Auch die häufige Betonung der Tatsache, dass wir die Zukunft der Finanzmärkte selbst in der Hand haben und gestalten können, kommt einer längst überfälligen Revolution gleich.

Leider fehlt in der ersten Auflage ein Instrument, das entsprechend der Analyse des Berichts die gesetzten Nachhaltigkeitskriterien am effizientesten erfüllen würde: die umlaufensichernde Liquiditätsabgabe. Es bleibt diesem äußerst lesenswerten Bericht zu wünschen, dass er auch diesen blinden Fleck baldmöglichst ausleuchtet.

*Ralf Becker*



**Jacques Gaillot. Machtlos, aber frei. Edition K. Haller, Küssnacht, 210 Seiten. € 15.90, sFr 25.80, ISBN: 3-905585-03-0.**

1995 wurde Jacques Gaillot vom Vatikan als Bischof von Evreux in der Normandie abgesetzt. Wegen seiner progressiv-liberalen Haltung in politischen wie kirchlichen Belangen. Er wurde Titularbischof des virtuellen Wüstenbistums Partenia, das seit dem 5. Jahrhundert in der Sahara versunken ist. Deshalb führt er sein bischöfliches Ordinariat im Internet.

Viele fragen sich heute: Was ist aus ihm geworden? Was macht er? Wie lebt er? Das Buch "Machtlos, aber frei" ist als Antwort auf diese Fragen entstanden. Faszinierend erzählt er, wie er unterwegs ist in Paris und seiner Banlieue (Vorstadtviertel), aber auch in fernen Ländern. Von Begegnungen und Aktionen mit Friedensaktivisten, Basisgruppen, vom Dialog mit den Moslems, wie er mit Atheisten, Freimaurern, landlosen Bauern diskutiert.

Er lebt seinen Glauben mitten im pulsierenden Leben der Menschen. Für Jacques Gaillot sind die Probleme der Gesellschaft

ausschlaggebend. So reist er als Anwalt der Entrechteten dorthin, wo man ihn braucht. Sein Kampf geht weiter.

Ein Buch, das atmet und lebt. Die tagebuchähnlichen Kurzgeschichten sind mit vielen Schwarzweißfotos illustriert, gelungene Schnappschüsse aus dem Alltag des Bischofs von Partenia. Möge dieses Buch den LeserInnen den alltäglichen Dingen unseres Lebens Gewicht geben, Wert verleihen.

P.S.: Der Erlös aus dem Buchverkauf geht an den Bischof von Partenia für seine Projekte mit den Sans-papiers, Obdachlosen und Arbeitslosen. Weitere Informationen über Werke von Bischof Gaillot und über die Diözese Partenia finden Sie unter

[www.partenia.org/ger](http://www.partenia.org/ger)

[www.partenia.org/edition-khaller](http://www.partenia.org/edition-khaller)

*K. Haller*



**Jean Ziegler, Holger Fliessbach (Übersetzung).** Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher (Originaltitel: Les Nouveaux Maitres du Monde). Verlag C. Bertelsmann (Originalverlag: Librairie Arthème Fayard, Paris), 320 Seiten, € 22.90, sFr 38.60, ISBN: 3-570-00679-4

Der derzeitige Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung und ehemalige schweizerische Nationalrat sowie Professor für Soziologie in Genf hat ein weiteres Buch unter dem obigen Titel und dem Nachsatz "und ihre globalen Widersacher" auf dem Markt gebracht.

Die Wiener Zukunfts- und Kulturwerkstätte ([www.spoe.at/zuk](http://www.spoe.at/zuk)), eine von der sozialistischen Partei ins Leben gerufene Plattform, hat Professor Ziegler zu einem Vortrag zum gleichen Titel nach Wien eingeladen. Dieser fand am 18. September in einem Gewölbe der ehemaligen Hofstallungen, jetzt Museumsquartier, statt. Der Saal war mit etwa tausend Zuhörern mehr als gefüllt und das Österreichische Fernsehen brachte in den Spätnachrichten ein Interview mit dem Vortragenden.

Was Ziegler in starken Worten sagt, ist die kaum mehr zu leugnende Tatsache, dass in unserer Welt die Konzerne das Sagen haben und über die Nationalstaaten

und die UNO einfach drüberfahren. Ziegler bezeichnete IWF und Weltbank als die Söldlinge dieser neuen Weltherrscher und die Finanzmärkte als deren Haie. Er macht die ungebremsste Profitgier der Konzerne auch für die Zustände in der Dritten Welt und den Hunger in dieser Welt verantwortlich. Er weist darauf hin, dass die Ideologie des heilbringenden freien globalen Marktes sich in flagrantem Widerspruch zur Realität befindet. Aus oberflächlicher Sicht ist seine Analyse durchaus richtig und wichtig und Zieglers Wortgewalt ist beeindruckend.

Weniger beeindruckend ist, was er an Lösungsmöglichkeiten anzubieten hat. Er meint, dass eine "planetarische Zivilgesellschaft", Partisanen gleich, dezentralisiert überall auf der Welt an den verschiedensten gesellschaftlichen Fronten gegen die globale Machtkonzentration ankämpfen könne. Mit welchen Waffen dies geschehen soll, darüber wurde wenig gesagt. Können frustriert davongegangene Manager ihren früheren Konzern stürzen?

Die erschreckenden Zustände zu schildern, das haben bereits viele unternommen. Was wir aber brauchen ist eine Tiefenanalyse, die die verborgenen tragenden Säulen dieser Herrschaft klarlegt und angreifbar macht, etwa die Tatsache, dass die Macht all dieser Konzerne auf der Gelderzeugungsmöglichkeit ihrer Banken aufbaut, dass die Zinsen, die von der Produktionsabteilung bezahlt werden, nur zu den gleichfalls zum Konzern gehörenden Banken fließen und so diesem immer erhalten bleiben – ein inakzeptabler Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen.

Die an den Vortrag anschließende Publikumsdiskussion verkam zu einer parteipolitisch inspirierten Anprangerung österreichischer Aktualitäten (VÖST-Privatisierung, etc.). *Gerhard Margreiter*



**Klaus Werner, Hans Weiss.** Das neue Schwarzbuch Markenfirmen. Die Mächtigschaften der Weltkonzerne. Deuticke Verlag, Wien, 410 Seiten. € 19,90, sFr 34.60, ISBN: 3-216-30715-8.

#### Pressestimmen

"Mit ihrem 'Schwarzbuch Markenfirmen' haben die beiden Journalisten einen Sachbuch-Krimi abgeliefert, den man so schnell nicht wieder aus der Hand legt – und schlimmer: den man so schnell nicht wieder vergisst."

*DeutschlandRadio*

"Ein Buch mit einer solchen Auflage und einer solchen Medienresonanz kann auch von den Konzernen nicht einfach ignoriert werden. (...) Was dieses Buch leistet, müsste künftig zumindest für demokratische Gesellschaften zur Routine werden."

*Frankfurter Rundschau*

"Das Buch wird seine Wirkung kaum verfehlen. Es attackiert die Konzerne an ihrer empfindlichsten Stelle: ihrem Ruf. (...) Anders als manche Gipfel-Protestler aber rufen Werner und Weiss nicht nach einem Ende des globalen Marktes, nach Abschottung und Konzernerschlagung. Sie verlangen vielmehr, dass jeder Teilnehmer in der Produktionskette seinen gerechten Anteil bekommt."

*Der Spiegel*

"Klaus Werner und Hans Weiss brauchen keine Ideologie, um anzuklagen. Sie zählen einfach Tatsachen auf. Das Buch gewinnt durch seinen fehlenden ideologischen Unterton an Glaubwürdigkeit. Willkommen im 21. Jahrhundert."

*FAZ.net*

37

"Ein must für jeden klugen Egoisten."

*taz*

"Das 'Schwarzbuch Markenfirmen' könnte zu einer neuen Bibel der Globalisierungsgegner werden."

*ORF - Zeit im Bild*

"Das Buch, das sich wie ein Krimi liest, ist tatsächlich ein Memento an simple Menschenrechte, die westliche Konsumenten jenen nehmen, deren Arbeitsleistung wir billigst konsumieren."

*Der Standard*

"Mit ihrem 'Schwarzbuch Markenfirmen' haben die Autoren Klaus Werner und Hans Weiss ins Volle getroffen. Das Buch sorgt für Diskussionen auf hohem Niveau."

*News*

"Der politische Konsument ist ein schlafender Riese. Dieses Buch zeigt, wie man ihn aufweckt."

*Ulrich Beck*

"Pflichtlektüre für jeden sozial engagierten Verbraucher."

*Günter Wallraff*

"Ich hege eine große Bewunderung für die beiden Autoren. Sie haben eine großartige, aufrüttelnde Arbeit geleistet."

*Jean Ziegler*

# Unsere Leserinnen und

38

## Landtagswahl Bayern: Das wahre Ergebnis!

*In Bayern war Landtagswahl. Zum Wahlsieg der bayrischen CSU (Christlich sozial Union) erhielten wir den folgenden Brief von Albrecht Heimbach*

*Liebe Stimmberechtigte, als Bewohner des "schwärzesten" Bundeslandes muß ich angesichts des historischen Wahlausganges einiges richtig stellen. In den Medien wird der hohe Sieg der CSU gefeiert und das Wundenlecken der SPD beobachtet. Hat die CSU tatsächlich die Zweidrittelmehrheit?*

### Nein!

*Im Gegenteil sie hat deutlich verloren. (Die SPD will ich gar nicht erwähnen). Viele werden sich jetzt fragen ob ich noch ganz dicht bin. Schaut euch doch mal die Zahlen genau an: <http://www.landtagswahl2003.bayern.de/990/akt/12.html?p>*

*Was die Medien auffälligerweise unterdrücken, ist die gewaltig gesunkene Wahlbeteiligung um 12,5% auf den bayrisch historischen Tiefstand von 57,3%. Ein Skandal daß die Medien dies nicht deutlicher erwähnen! Konkret bedeutet die gesunkene Wahlbeteiligung, daß 117.000 Wahlberechtigte weniger für die CSU ge-*

*stimmt haben als 1998. Berücksichtigt man, daß die Anzahl der Wahlberechtigten seit 1998 um über 238.000 gestiegen ist, so beträgt die Zahl der Wähler die der CSU real verloren gegangen sind 204.000! In Prozenten umgelegt auf alle Wahlberechtigten hat die CSU 2,2% verloren! (SPD mag ich nicht ausrechnen).*

*Die CSU hat lediglich 34,2 % aller Stimmberechtigten erhalten. Dies ist so betrachtet das schlechteste Ergebnis der CSU seit 1958. Die stärkste "Partei" ist somit die Partei der "Nichtwähler" sie beträgt 42,7 % Einen weiteren Kommentar erspare ich mir.*

*Albrecht Heimbach*

## Der Umgang mit Geld ist in unserer Zeit humaner, als derjenige mit Menschen

*Für die arbeitende Bevölkerung wollten die ABB-Manager die Stempeluhren abschaffen. Immer mehr setzte sich in den Chefetagen auch der Geldinstitute die Meinung durch, dass es nicht wichtig sei, wie lange die Menschen arbeiten, wichtig sei einzig, was sie dabei leisten - sprich was Sie am Markt für ihre Leistung abzocken können. Nur für Leistung also, nicht für das Absitzen von Zeit sollten die Menschen entschädigt werden.*

*Mit dem Geld geht man jedoch in der Wirtschaft offenbar viel humaner um, als mit den Menschen. Das Geld wird nach wie vor für das Absitzen von Zeit über den Zins entschädigt - unabhängig vom Ergebnis, das der Kreditnehmer am Markt erzielt. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie hoch der Mammon gegenüber den Menschen in der heutigen Zeit wertgeschätzt wird.*

*Freundliche Grüsse - ond e gueti Zyt  
Ivo Muri, Zeitexperte/Institutsleiter*

## Zur Rezension des Buchs "Das Zeitalter der Knappheit"

*Die Rezension des Buches "Das Zeitalter der Knappheit" habe ich mit großem Interesse gelesen. Walter Meier-Solfrians empfehlende Beurteilung und seine kritische Bemerkung – mangelndes Zutrauen der Autoren in die Innovationskraft der Menschheit – gefällt mir sehr gut. Ich möchte eine kleine Anmerkung bei den Stichworten Energieprobleme und Umweltproblematik machen zum geklammerten Ausdruck: "etwa durch dezentral organisierte Sonnenwasserstoff- und andere Technologien".*

*Ich will hier das Stichwort "Biomasse" ausdrücklich nennen und es nicht einfach in "anderen Technologien" verschwinden lassen. Biomasse, überhaupt pflanzliche Rohstoffe sind bereits jetzt an vielen Stellen einsetzbar: als Kraftstoff, als Ausgangsstoff einer "bodenständigen Wasserstoffwirtschaft" (zitiert nach Solarzeitalter, Mitgliederzeitschrift von EuroSolar, 2/2002, S.26, 28). Ausdrücklich betone ich dabei: Biomasse bedarf einer nachhaltigen Landwirtschaft im hochindustrialisierten Norden der Welt und auch im Süden, es geht ohne Abholzung von Tropenwäldern, ohne Monokulturen, ohne Intensivlandwirtschaft. Es heißt unter anderem, Biomasse nicht mehr nur als "unvermeidlichen Abfall aus der Land- und Forstwirtschaft" (a.a.O. S.28) zu betrachten. Es heißt außerdem regionale Stoffkreisläufe zu unterstützen, also auch regionale Wirtschaftskreisläufe! Dieses Kreislauf-Denken und regionales Handeln kann die, wie Meier-Solfrian aus dem rezensierten Buch zitiert, dringend erforderliche globale Boden- und Steuerreform unterstützen und vorantreiben.*

*Alwine Schreiber-Martens, Köln*

# Leser melden sich zu Wort

## Gedanken zur Schwierigkeit eines vertieften Geldverständnisses

Ein Werkzeug kann unter zwei Aspekten mindestens betrachtet werden. Erstens unter dem Gesichtspunkt seiner Aufgabe und seiner Funktion und zweitens unter dem Aspekt der ihm zugrundeliegenden physikalischen und mechanischen Gesetzmässigkeiten. Eines allein genügt nicht um das Wesen des Werkzeuges zu verstehen.

Würde ich mich damit begnügen, beim Begriff Hammer z.B. nur an das häufig vorkommende und allbekannte Einschlagen von Nägeln zu denken, dann wäre ich nicht nur ein schlechter Philosoph, sondern auch ein sehr schlechter Handwerker, weil ich kein Gefühl entwickeln könnte für das Wesentliche, nämlich die Verhältnisse von Material, Grösse, Form und Gewicht eines Hammers zur Länge und Form seines Stiels und zur Beschaffenheit des zu bearbeitenden Objektes. Aber ebenso wenig dient meinem Verständnis des Begriffes Hammer, wenn ich mich zufrieden gebe mit der Erklärung, der Hammer sei ein Instrument, das auf optimale Weise Schwung- und Beharrungskräfte miteinander zu verbinden vermöge.

Weil Hämmer so häufig zum Einschlagen von Nägeln oder Pfählen verwendet werden, könnte ich der Versuchung erliegen, darin den Hauptzweck des Hammers zu erblicken und ihn zufolge seines Gewichts als Vermittler der Schwerkraft oder Schlagkraft zu definieren.

Der folgende Gedanke ergäbe sich dann fast zwingend, dass sich Nägel auch mit Steinen einschlagen liessen und Pfähle mit schweren Schublen; entscheidend sei allein das Gewicht des Hammers und die Voraussetzung, dass die Härte seines Materials immer in einer Relation zum Ob-

jekt stehen müsse.

Mit dieser wahren Einsicht stünde ich in bezug auf mein Verständnis des Hammers und seiner Handhabung vergleichsweise auf dem gleichen Standpunkt wie die Volkswirtschaftstheoretiker, die da glauben, Geld müsste vor allem eine mit der Ware korrespondierende Eigenschaft haben - den Wert -, denn Geld diene doch in erster Linie dem Austausch und der Bewertung von Waren.

Folge: Ich brauche nur irgend etwas, sei es ein Stück Papier, ein Stück Boden oder stinkiges, schmieriges Öl, zur Ware zu erklären und schon ist es auch Geld. Wie Schube und Steine tatsächlich auch Hammer sein können, so können natürlich auch Komplementär - Währungen Geld sein. Das Schlimmste an einem solchen Hammer-Geldverständnis ist nun aber, dass es nicht falsch und dass es sehr einleuchtend ist! Es ist richtig, es kann nicht widerlegt werden und somit brauche ich nicht weiterzudenken. Ich muss mir nicht den Kopf zerbrechen, warum man mit einem Rammbock nicht ziselieren kann und mit einem Ziselierhammer nicht schmieden. Es gilt ja doch für alle das gleiche Gesetz: das Schlagende muss härter sein als das Geschlagene.

Aber dennoch, durch all unser immenses, intellektuelles Wissen schimmern überall - wie die Beiträge in der r-evolution fast ausnahmslos beweisen - einzelne Kenntnisse; aber der reine Wahrheitssinn, der uns in den nabeliegenden Dingen des Lebens beruhigen könnte, wird immer seltener. So ist es auch mit dem Geld. Man sieht tausend Triebräder in Bewegung, die das Volk zwingen, Geld zu verdienen. Aber man vergisst, dass das Geldverdienen nur soweit einen Sinn hat, als dass die Menschen zum weisen Verwenden des Geldes emporgebildet sind. Und so fehlt es allenthalben an Fundament und Ordnung in den Geldfischerei-Bestrebungen unserer Zeit., so schrieb um ca. 1780 Hein-

rich Pestalozzi über das Geld in seiner Schrift "Über Gesetzgebung und Kindermord" (beutzutage könnte noch genau dasselbe im Zusammenhang mit dem Drogen-, Kriegs- und andern politischen Opfern geschrieben werden).

Aber selbst wenn unsere Kenntnisse noch viel umfassender wären, sie würden uns nichts bringen können, es sei denn wir vermöchten sie auf eine Stufe der Erkenntnis zu erheben, welche einem Einswerden mit dem Gegenstand unserer Liebe gleichkäme, d.h. aber, wir würden uns selber ganz mit dem Gegenstand unserer Erkenntnis verbinden müssen, nicht ihn an die Parlamentarier, an die Behörden, nicht an das Gesetz, die Banken oder an irgendwen delegieren. Nein, das werden wir endlich alle selber tun müssen, uns alle selber um das Erstrebte kümmern.

Dann wird es nicht mehr fehlen können, wenn wir die unverzichtbaren Kriterien der Liebe einmal nicht mehr übersehen werden, die da sind: Intellektuelle Bescheidenheit -, emotionelle Unbefangenheit und Reinheit -, willensfeste Selbstbeherrschung. Ohne diese christlichen bzw. benediktinischen Tugenden wird es aber keine wirklich neue Geld- und Wirtschaftsordnung geben, keine natürliche und schon gar keine friedliche. Gerade weil das Geld dem Rechtsbereich zugehörig ist, bedarf es hier der Religion, der Ethik.

Alfred von Euw, Lachen AR



## Sinnvoll schenken - Freu(n)de machen!

Vergessen Sie Pralinen, Socken oder andere Notnägel. Lassen Sie sich im INWO-Shop ein versandkostenfreies (!) Geschenkpaket schnüren. Jeder Bestellung aus dem folgenden Angebot wird bis Ende des Jahres die Broschüre "Welt im Umbruch" von Werner Rosenberger (INWO-

CH) beigelegt. Neben den üblichen Büchern und CDs empfehlen wir zur Zeit ein Paket zu einem besonders günstigen Preis.

Wörgl-CD und Wörgl-broschüre für 10 Euro (15 sFr)

Rechtzeitig zum Fest können wir Ihnen eine Audio-CD anbieten. In dem Hörspiel des Bayrischen Rundfunks beschreibt Autor Bernd Grashoff das Geldwunder im österreichischen Örtchen Wörgl. 1932 gelang es der Gemeinde mit "rostenden Banknoten" ein Beschäftigungsprogramm aufzulegen, das die Wirtschaftskrise abmilderte (27 Minuten, Einzelpreis: 5 Euro (sFr 7.50)). Dazu bieten wir die Broschüre "Das Experiment von Wörgl" von Fritz Schwarz an. Ein Paket gibt es für 10

Euro (15 sFr), das Doppelpack kostet 15 (sFr 22.50) und der Dreierpack nur 19 Euro (sFr 28.50).

Ein Geschenk, von dem man das ganze Jahr etwas hat, ist das Geschenkabo der r-evolution. Für 25,- Euro (CH Richtpreis sFr. 50.-) gibt es ein Jahr lang das INWO-Magazin mit aktuellen Informationen über die Geld- und Bodenreformidee und vielen Aspekten des angestrebten gesellschaftlichen Wandels.

Empfehlen möchten wir auch zwei Bücher. "Freigeld" von Klaus Rohrbach ist eine Chronologie des "Währungswunders von Wörgl". Eine unterhaltsame Lektüre für jene, denen Sie zum Weihnachtsfest Hoffnung in der Zeit der Krise schenken wollen (144 Seiten, 14,- Euro/sFr 21.-). Spannende Unterhaltung, weniger Zuversicht aber viel Ansatz für Diskussionen bietet der Roman "1 Billion Dollar" (734 Seiten, 23,- Euro).

**Ein Angebot für die lieben Verwandten, die schon fast alles haben oder nicht so gern lesen:**

Neues INWO-Video:

## Gerechtes Geld – gerechte Welt.

**Erkenntnisse des Wirtschaftsanalytikers Helmut Creutz  
Ein Film von Frieder Mayrhofer**

Unter diesem Titel vertreibt die INWO Deutschland einen Videofilm über die "Erkenntnisse des Wirtschaftsanalytikers Helmut Creutz". Wer die Veröffentlichungen von Creutz verfolgt hat und/oder den Autor von seinen Vortragsreisen her kennt, wird mit besonderer Neugierde den ersten Teil des Films betrachten, in dem der Lebenslauf des späterberufenen Wirtschaftsexperten skizziert wird. Über die Hauptthemen seiner Analysen erzählt dieser selbst, in überwiegend privater Atmosphäre, unter Darbietung eigener anschaulicher grafischer Darstellungen. Dieser Vortrag macht den Hauptteil des Films aus, ein Überblick über die Problematik des prozentualen Wachstums von Wirtschaft, Geldvermögen und Schulden und den Folgen für Mensch und Umwelt, von der Fachwelt bisher leider ausgeklammerte Themen. Für neue Interessenten ein erster Eindruck, der Alarm auslösen

und Wissensdurst verstärken müsste.

Der Film endet mit je einer kurzen Würdigung der Leistung des in diesem Jahr achtzig gewordenen Autodidakten

von Carl Amery, Volker Freystedt, Prof. Dr. Roland Geitmann, Prof. Dr. Margrit Kennedy, Prof. Dr. Günther Mowes, Werner Onken, Klaus Popp, Prof. Winfried Radtke und Prof. Dr. Bernd Senf.

Finanzielle Unterstützung der Filmproduktion leistete die Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung. Das Video kann beim INWO-Versand für 11 Euro erworben werden.



*Josef Hüwe*

## Werner Onken Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld

Gauke Verlag 1997,  
66 Seiten, € 5.90,  
ISBN 3-87998-440-9



Eine Beschreibung der erfolgreichsten Freiland- und Freigeldexperimente, deren Ausstrahlung auf andere Bereiche, den geistigen Hintergrund sowie die Bedeutung derartiger Experimente für Gegenwart und Zukunft.

## Margrit Kennedy Geld ohne Zinsen und Inflation

Ein Tauschmittel, das jedem dient.  
Goldmann Verlag  
1994, Taschenbuch,  
228 Seiten, € 8.00,  
ISBN 3-442-12341-0



Margrit Kennedy stellt das komplexe Thema für jeden verständlich dar. Sie beschreibt Massnahmen, die jeder selbst ergreifen kann, um den Übergang zu einem neuen Geldsystem einzuleiten, das für alle einen Gewinn bedeutet. Mit einem Beitrag und Grafiken von Helmut Creutz.

## Fritz Schwarz Das Experiment Wörgl

Reprint der Ausgabe von 1951  
INWO-CH 1996, 80  
Seiten, € 5.00



Infolge der zerstörerischen Auswirkungen der Wirtschaftskrise wurde in Wörgl 1932 ein Nothilfeprogramm mit Freigeld auf

Gemeindeebene eingeführt. Der Erfolg war unübersehbar. Fritz Schwarz bettet die Geschichte dieses Experiments ein in die damaligen weltbewegenden wirtschaftlichen und politischen Ereignisse.

## Helmut Creutz Das Geld Syndrom

Wege zu einer Krisenfreien Marktwirtschaft  
Hackbarth-Verlag,  
Überarbeitete Taschenbuchausgabe  
2003, 632 Seiten, € 16.80



Dieses faktenreiche Standardwerk eines Wirtschaftspraktikers und -analytikers verhilft dem Leser zu besserem Verständnis der oft nebulösen monetären Vorgänge. Es enthält die Ergebnisse von zwölf Jahren Analysearbeit und beschreibt sowohl die Beziehungen zwischen unserem Geld und vielen Problementwicklungen, als auch Wege zu deren Überwindung.

## Der Fluss des Geldes CD-Feature

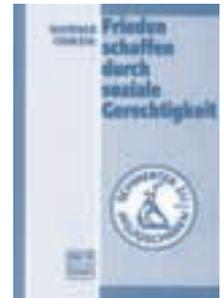
Ein Feature nach einer Idee von Frank Fischer mit Beiträgen von Peter Kafka, Prof. Dr. Dieter Suhr, Prof. Dr. Margrit Kennedy, Helmut Creutz, Prof. Dr. Wolfgang Gebauer und Dieter Heinemann. 32 Minuten. 1 CD € 5.00 zzgl. € 1.80 Versandkosten, 10 CDs € 25.00 zzgl. € 4.00 Versandkosten.



Die CD kann auch von der Homepage <http://www.INWO.de> in vier Teilen heruntergeladen werden (insgesamt 23.3 MB), wenn man die Zeit dazu hat. Bequemer ist es allerdings, gleich mehrere Exemplare zu bestellen und diese an Freunde zu verschenken.

## Werner Onken Frieden schaffen durch soziale Gerechtigkeit

Gauke Verlag 2000,  
44 Seiten, € 4.90



Wie wirken Militär und Ökonomie bis heute zusammen? Der Autor beschreibt unorthodoxe Denkansätze für eine "Friedenswirtschaft" und Berührungen der Natürlichen Wirtschaftsordnung mit der Friedensbewegung.

## Knöllchen für die Spekulanten

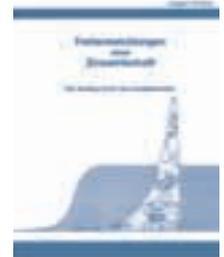
INWO-D 2003, A4-  
Faltblatt, € 1.00  
(Schutzgebühr)



Das A4-Faltblatt gibt einen genauen Einblick in die Reformvorschläge der INWO. Lösungsansätze, technische Details sowie Kosten-/Nutzenrelationen werden allgemein verständlich dargestellt.

## Jürgen Probst Fehlentwicklungen einer Zinswirtschaft

Ein Ausflug durch das Ausgeblendete  
Eigenverlag 1998,  
56 Seiten, € 3.00



Knappe, aber äusserst aufschlussreiche Einführung in die Problematik von Geld, Zins und Rendite. Die Vorschläge zu einer Geld- und Bodenreform werden eingängig und leicht verständlich dargestellt..

41

## Bestellungen

Bitte bestellen Sie bitte im Internet unter <http://www.INWO.de>, per Post, Fax, Telefon oder E-Mail:

### INWO-Versand

Albrecht Heimbach  
Sambach 180  
D - 96178 Pommersfelden  
Tel.: 0 95 02 - 92 13 66  
Fax: 0 12 12 - 5 12 597 140  
E-Mail: [versand@INWO.de](mailto:versand@INWO.de)

### INWO Deutschland

Klaus Popp  
Blasiusstrasse 63  
D - 40221 Düsseldorf  
Tel./Fax: 0211.30 41 05  
E-Mail: [INWO@INWO.de](mailto:INWO@INWO.de)  
<http://www.INWO.de>

### INWO Schweiz

Postfach 7  
CH- 5001 Aarau  
Tel.: 062 822 84 86 (meist Beantwörter)  
Fax: 062 823 67 55  
E-Mail: [contact@inwo.ch](mailto:contact@inwo.ch)  
Umrechnungskurs: € 1.00 = sFr 1.50  
Alle Preise zzgl. Versandkosten

LAND	DATUM/ ZEIT	ART DER VERANSTALTUNG	TITEL / THEMA	ORT	DETAILS BEI NR.
D	07.11./ ab 17h	Seminare/Vorträge	Der Traum vom Leben ohne Geld	Leipzig	2)
D	07.-09.11.	Symposium	Ökonomie der Kunst	Dresden	3)
D	07.-09.11.	Seminar	Das Ende der Zinswirtschaft	Wuppertal	4)
D	08.11. /10-17h	Seminare/Vorträge	Weltkrisen als Geldkrisen	Loipzig	2)
D	09.11.	Seminare/Vorträge	Karl Marx oder/und Silvio Gesell	Dresden	2)
D	10.-13.11.	Seminare/Vorträge mit Georg Otto	Krise der Arbeit, der Finanzen, des Sozialen: Wie gerecht zu lösen?	Görlitz Meissen MillweidaRiesa	2)
D	11.11./ 17h	Vortrag	Was wird mit der Gesundheitsreform reformiert?	Essen	6)
D	12.11./ 17h	Vortrag - Diskussion	Humanwirtschaft	Essen	7)
D	12.11./ 18.15h	Vortrag	Der Konsument als Mitregent	FH Kehl	8)
D	12.11.-18.30h	Treffen	Humanwirtschaft	Hamburg	7)
D	14.11.	Seminare/Vorträge	Wirtschaft und Kulturblüte	Stollberg	2)
D	14.11.	Arbeitskreis	Regiogeld- eine Alternative?	Karlsruhe	12)
D	15.11./ 10-17h	Seminare/Vorträge	Geld ist nicht alles -	Chemnitz	2)
D	15.-16.11.	Seminar	Alterssicherung im Generationenvertrages	Bad Boll	13)
D	18.11.	Vortrag H.Creutz	Bringt die Agenda 2010 die Lösung?	FH-Dortmund	9)
D	19.11./ 18.15h	Vortrag	Kann Geld "arbeiten"?	Berlin	10)
D	23.11./ 15-21h	Workshop	Wege aus der Geldnot	München	15)
D	26.11 / 18.15h	Vortrag	Eine wirkliche Demokratie ist möglich!	Berlin	10)
D	03.12 / 18.15h	Vortrag	Die wechselseitige Bedingtheit von Geldreform und Demokratiereform	Universität Berlin	10)
D	09.12./ 17h	Vortrag - Diskussion	Humanwirtschaft	Essen	7)
D	10.12./ 17h	Vortrag - Diskussion	Humanwirtschaft	Essen	7)
D	10.12.	Vortrag	Quo Vadis Attac? Was wäre richtig?	Frfurt	9)
D	12.-14.12	Seminar	Zukunftsforum-Komplementärwährung	Rad Honnef	11)
D	12.12.	Arbeitskreis	Komplementärwährung Regiogeld - eine Alternative?	Waldorfschule Karlsruhe	12)
CH	02.11.19-22h	Treffen	TAI FNT-Treff	Zürich	16)
CH	20.11./ 19h	Treffen	INWO-Treff	Zürich	20)
CH	21.11./ ab 17h	Flohmarkt	TALENT	Basel	17)
CH	25.11./ 18.30h	Treffen	TALENT-Treff	Basel	18)
CH	26.11./ 19.30h	Treffen mit Essen	TALENT-Treff	Biel	19)
CH	02.12./ 19-22h	Treffen	TAI FNT-Treff	Zürich	16)
CH	18.12./ 18.30h	Treffen	TAI FNT-Treff	Rasel	18)
CH	18.12./ 19h	Treffen	INWO-Treff	Zürich	20)

- 2)** Sachsenwoche mit Georg Otto  
Leipzig: Freitag, 7. 11. ab 17 Uhr: Der Traum vom Leben ohne Geld – oder genügt eine Reform des Geldes unter Ausschaltung seiner Negativseiten und Verbesserung des Geldes als reibungsloses Tauschmittel? Erfahrungen des Kommunismus mit der Abschaffung des Geldes und mit Geldversuchen im Mittelalter und in der Weltwirtschaftskrise. Tauschringe und Zweitwährungen als Schritte zu einer Reform der Geldwirtschaft?  
Leipzig: Samstag, 8. 11. von 10 – 17 Uhr: Weltkrisen als Geldkrisen – gibt es Auswege? Ökonomische Hintergründe der Kriege auf dem Balkan, in Afghanistan und im Irak – Funktionsweise der kapitalistischen Geldwirtschaft und eines reformierten Geldes – was hilft uns das bei der Bewältigung der heutigen Krise der Arbeit, der Finanzen und des Sozialen? Agenda 2010 und Steuer-"Reform" als Versuche die Krise auf Kosten der Krisenopfer und zu Nutzen ihrer Nutznießer finanziell zu überstehen ohne sie damit zu lösen.  
Beide Veranstaltungen finden in der Volkshochschule Leipzig bei mindestens 10 Anmeldungen statt. Interessenten melden sich bitte umgehend bei der VHS an: Löhrrstr. 3-7, 04105 Leipzig, Tel.: 0341 – 123 6054 oder 6049.  
Chemnitz, Samstag, 15. 11. von 10 – 17 Uhr, Seminarraum 1, Hainstr. 109. Anmeldungen sind ebenfalls erforderlich: Volkshochschule, 09106 Chemnitz, Park der Opfer des Faschismus 1, Tel.: 0371 674 200 – Kursnummer W 03 1111 0. Teilnahmegebühr 11 E. + Ermäßigungen.  
Thema: Geld ist nicht alles – alles ist nichts ohne Geld.  
Dresden: Sonntag: 9. 11.: Vorläufige Themen: Karl Marx oder/und Silvio Gesell, eine Einführung in Übereinstimmungen und Unterschiede beider Lehren und Kritik der Agenda 2010 und der Steuer-"Reform". Ort und Zeit sind vom Referenten zu erfahren.  
Die folgenden Veranstaltungen werden von den Kreisverbänden der GRÜNEN durchgeführt. Ort und Zeit sind bei diesen oder beim Referenten zu erfahren. Thema: Wie ist die Krise der Arbeit, der Finanzen, des Sozialen sozial gerecht zu lösen und warum sind Agenda 2010 und Steuer-Reform eine Unterwerfung der GRÜNEN unter die Verwertungsgesetze des Kapitalismus?:  
Görlitz: Montag, 10.11 / RIESA: Dienstag, 11.11. / Meissen: Mittwoch, 12.11. / Mittweida: Donnerstag, 13.11., 19 Uhr in der Begegnungsstätte / Stollberg: Freitag, 14.11., 19 Uhr im "Zum Griechen" am alten Naturbad (Diavortrag: Wirtschafts- und Kulturblüte von Hanse und Gotik – geldpolitische Ursachen für Aufschwung und Niedergang. Lehren für heute?). Samstag, 15.11. abends und Sonntag, 16.11. Frühschoppen. Es sind noch Termine im Großraum Chemnitz und Vogtland möglich. Georg Otto, 31079 Eberholzen, Gänseberg 11, E-Mail: alternativen.dritterweg@tiscali.de
- 3)** Veranstaltungsort: Motorenhalle, Projektzentrum für zeitgenössische Kunst, Wachsbleichstraße 4a, 01067 Dresden Veranstalter: Kulturverein riesa  
efau Dresden Themen und Referenten: Wirtschaft durch Kunst anregen, verändern, entwickeln, Mitarbeiterentwicklung durch Kunst, Wie fördert Kunst die Ökonomie Information und Anmeldung: Telefon (0351) 8660225 info@oekonomie-der-kunst.de, www.oekonomie-der-kunst.de
- 4)** Veranstaltungsort: Silvio-Gesell-Tagungsstätte Schanzenweg 86 42111 Wuppertal-Nevigens Themen und Referenten: Von der Freiwirtschaft zur "fairconomy" (Klaus Popp), Ökonomie ohne Kollaps (Helmut Creutz) Teilnahmegebühr: 10,- Euro (für Samstag inkl. Mittagessen) Beitrag für 2 Übernachtungen und Essen zwischen 77,- und 85,- Euro (Tagungsgebühr entfällt dann). Information und Anmeldung: INWO Geschäftsstelle Klaus Popp, Blasiusstrasse 63, 40221 Düsseldorf, Telefon (0211) 304 105, E-Mail: klaus.popp@inwo.de
- 6)** Veranstaltungsort :Katharinenstrasse 14, Essen-Rüttenscheid. Veranstalter: Humanwirtschaftspartei, Kreisverband Essen. Information: Wilhelm Schmülling, Ertfstrasse 57, 45219 Essen-Kettwig, Telefon (02054) 81642.
- 7)** Jeden 2. Dienstag im Monat ab 17 Uhr in Essen, Katharinenstrasse 14. Information: Wilhelm Schmülling, Telefon (02054) 81642.
- 8)** Vortragsreihe: Sind wir zukunftsfähig? Jeweils 18.15-19.45 Uhr. Veranstaltungsort: Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Kinzigallee 1, Kehl. Veranstalter: Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und Volkshochschule Hannerland, Kehl. Information: Prof. Dr. Roland Geitmann, Telefon (07851) 894 159.
- 9)** a) Dortmund, Abendvortrag. Informationen: Tel 0231-7556722 oder 0231 7554431.  
b) Erfurt, Veranstalter: Attac-Gruppe Erfurt. Information: Thomas Schütze, Telefon (0172) 7937374.
- 10)** Im Rahmen der Ringvorlesung Energie - Umwelt – Gesellschaft / Freie Universität Berlin, Takurstrasse 6 (Chemiegebäude), Hörsaal. Information: Prof. Dr. Roland Reich, Telefon (030) 838 55 333. Die Notwendigkeit einer Geldreform 19. November, 18.15 - 20 Uhr. Eine wirkliche Demokratie ist möglich! 26. November, 18.15 - 20 Uhr. Die wechselseitige Bedingtheit von Geldreform und Demokratiereform 3. Dezember, 18.15 - 20 Uhr.
- 11)** Themen: Das Zukunftsforum Komplementärwährungen. Die Vision: Neue Geldkonzepte zur Förderung nachhaltigen Wohlstands. Die Tagung baut auf vier Impulsen auf: Alltags-Impuls, Künstlerischer Impuls, Spiritueller Impuls, Inhaltlicher Impuls. Referenten: Dipl.-Kfm. Ralf Becker, Joachim Sikora, Heiko Kastner, Künstler der "Knochen-Währung", verschiedene Regionalgeld-Initiativen. Teilnahmegebühr: 90,- Euro einschl. Übernachtung, Verpflegung und Rahmenprogramm Information und Anmeldung: Dr. Ulrike Buschmeier, Telefon (02224) 955-163, Telefax (02224) 955-101, E-Mail buschmeier@ksi.de.
- 12)** Veranstaltungsort: Freie Waldorfschule Karlsruhe, Speisesaal, Königsberger Straße 35a. Information: Verena Zwölfer, E-Mail verena@12r.de.
- 13)** Veranstaltungsort: Badstrasse 35, 73087 Bad Boll. Veranstalter: Seminar für freiheitliche Ordnung. Themen: Der gekappte Generationenvertrag. Die Drei-Generationen-Familie usw., Referenten: Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst von Heynitz. Teilnahmegebühr: 25,- Euro (freiwillig). Information und Anmeldung: Seminar für freiheitliche Ordnung, Badstraße 35, 73087 Bad Boll, Telefon (07164) 3573, Telefax (07164) 7034, E-Mail info@sffo.de, www.sffo.de.
- 15)** Eine-Welt-Haus, Schwanthalerstrasse 80, München. Themen: Regional-Geld, Tausch-Netz München, Der Laden im Eine-Welt-Haus, Krankenkassen-Alternative. ARTABANA. Referentin: Prof. Margrit Kennedy. Information: Thomas Heck, Telefon (089) 38162716, thomasheck@kunstundspiel.de, www.kunstundspiel.de.
- 16)** TALENT-Treff Zürich: An jedem 2. Tag des Monats. Ort: Kraftwerk 1, Dachterrasse Hau B1, 4. Stock, Hardturmstrasse 261, 8005 Zürich, Haltestelle Bernoullihäuser (Tram 4). Information: Hans Leuenberger, Tel. 01 261 08 78.
- 17)** TALENT-Flohmarkt ab 1700 Davidseck Davidsbodenstrasse 25, 4058 Basel. Information: Ursula Dold - Tel. 061 331 89 32. Birgit Wasser, Tel. 061 332 02 65, E-Mail: birgit.wasser@mydiach.ch und www.talent.ch
- 18)** TALENT-Treff Basel: Jeden letzten Dienstag im Monat. Ort: Baizli, Bärenfelsstrasse 36, 4057 Basel. 18.30h Essen, 19.30h Sitzung, 20.30h Grundlegendiskussion. Information: Ursula Dold, Tel. 061 331 89 32. Birgit Wasser, Tel. 061 332 02 65, E-Mail: birgit.wasser@mydiach.ch
- 19)** Regionalgruppe Biel Treff Obergässli 13, 2502 Biel 19.30 h, Treff mit Essen Auskunft: Ursula Staub 032/ 397 16 72.
- 20)** INWO-Treff Zürich: Jeden dritten Donnerstag im Monat. Ort: Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14 (neben Grossmünster), 3 Min von Tramhaltestelle "Helmhaus" (4 oder 15).
- 21)** Jeden 4. Dienstag im Monat Veranstaltungsort: Restaurant Eckhardt, Paul Nevermann Platz 2-4, Hamburg-Altona. Information: Joachim Kretschmer. Telefon/Telefax (040) 670 11 57.

# Impressum

r-evolution 3. Jahrgang, Nummer 19/2003

## Redaktion

INWO Schweiz  
Redaktion r-evolution  
Walter Koller (V.i.S.d.P)  
Marco Lustenberger  
Dr. Hans-Peter Studer  
Postfach  
CH-5001 Aarau  
E-Mail: contact@inwo.ch  
auch für Abo-Bestellungen Schweiz  
PC-30-1771-2

INWO Deutschland  
Redaktion r-evolution  
Wera Wendnagel  
Max-Bockstr. 55  
D-60320 Frankfurt  
E-mail: 069563168-0001@T-Online.de  
Abo Deutschland: versand@inwo.de  
D-Konto: 604 786-607  
Postbank Frankfurt am Main  
Blz.: 500 100 60

INWO Österreich  
Redaktion r-evolution  
Gerhard Margreiter  
Staudingergasse 11  
1200 Wien  
E-Mail: gerhard.margreiter@EUnet.at  
Abo Österreich: frat-hifa-inwo@netway.at  
Österreichische Postsparkasse, BLZ 600 00  
PSK 745 83 01

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Für unverlangte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

## Erscheinungsrhythmus:

Nr. 20 Dezember / Januar  
Einsendeschluss 3.11.03

## Auflage

3.000 Exemplare

## Erscheinungsweise

6 Ausgaben pro Jahr

## Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

## Druck u. Versand

Druckhaus Klingenfuss GmbH, Münster

## Herausgeberin

INWO International  
Sektion Deutschland  
INWO e.V.  
Max-Bock-Str. 55  
60320 Frankfurt/M.

ISSN 1660-1653

# Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ein r-evolution-Jahres-Abo (6 Hefte pro Kalenderjahr) ab der nächsten Ausgabe. Die Abo-Gebühr ist frei und kann mit Landeswährung (sFr) oder Alternativwährungen (Talent/Wir) beglichen werden. Die Gesteungskosten betragen bei der aktuellen Auflagenhöhe sFr 50.-, was als Richtwert für den "Durchschnittsabonnenten" gilt. Wir sind sehr dankbar für Aufrundungen, um auch Menschen mit geringem Budget das Lesen dieser Zeitschrift zu ermöglichen. Sie bezahlen was Ihnen die r-evolution wert ist!
- weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- Ich möchte Mitglied der INWO Schweiz werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular. Die r-evolution erhalte ich dann im Rahmen meiner Vereinsmitgliedschaft.

Datum, Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich r-evolution nach Ablauf des Bezugjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Schweiz spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

# Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ein r-evolution-Jahres-Abo (6 Hefte pro Kalenderjahr) ab der nächsten Ausgabe zum Preis von Euro 25.- frei Haus. Bei Abo-Bestellungen, die nicht zu Beginn des Jahres erfolgen, zahle ich ab dem Bestelldatum Euro 2,50 pro Ausgabe bis Ende des Kalenderjahres.
- weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- Ich möchte Mitglied der INWO Österreich werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular.

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich r-evolution nach Ablauf des Bezugjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Österreich spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

# Bestellcoupon

Ich bestelle . . .

- ein r-evolution-Jahres-Abo (6 Hefte pro Kalenderjahr) ab der nächsten Ausgabe zum Preis von Euro 25.- frei Haus. Bei Abo-Bestellungen, die nicht zu Beginn des Jahres erfolgen, zahle ich ab dem Bestelldatum Euro 2,50 pro Ausgabe bis Ende des Kalenderjahres.
- weiteres Informationsmaterial über Ziele und Arbeit der INWO, da mich der Verein interessiert.
- Ich möchte Mitglied der INWO Deutschland werden. Bitte schicken Sie mir ein Beitrittsformular. Die r-evolution erhalte ich dann im Rahmen meiner Vereinsmitgliedschaft.

Datum, Unterschrift

Bitte unbedingt hier unterschreiben

Weil es für alle einfacher ist und Bankgebühren spart, erteile ich der INWO hiermit eine Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann.

Bank

Kto.nr.

Datum, Unterschrift

Bitte unbedingt hier unterschreiben

BLZ

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen nach Bestelldatum widerrufen. Falls ich r-evolution nach Ablauf des Bezugjahres nicht mehr lesen möchte, genügt eine schriftliche Benachrichtigung an die INWO Deutschland spätestens 3 Monate vor Ablauf meines Abonnements.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl, Wohnort

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
E-Mail

Bitte mit 70  
Rappen  
frankieren

r-evolution / Versand  
INWO Schweiz  
Postfach

5001 Aarau

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl, Wohnort

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
E-Mail

Bitte mit  
0,51 Euro  
frankieren

r-evolution / Versand  
INWO Österreich  
Staudingergasse 11

1200 Wien

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße, Hausnummer

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl, Wohnort

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
E-Mail

Bitte mit  
0,51 Euro  
frankieren

r-evolution / Versand  
INWO Deutschland  
Sambach 180

96178 Pommersfelden

### *Weltmachtunser*

*Weltmacht unser in  
Europa,  
geöffnet werden deine  
Märkte.*

*Deine Konjunktur  
komme,  
wie im Westen so im  
Osten.*

*Unseren täglichen Euro  
gib uns heute.*

*Und steigere unsere  
Gewinne,  
wie auch wir steigern  
unsere  
Investitionen.*

*Und führe uns nicht in  
Verschuldung,  
sondern erlöse uns von  
Wirtschaftskrisen.*

*Denn Dein ist die  
Liberalisierung,  
und die Deregulierung,  
und die  
Globalisierung,  
in Ewigkeit.  
Amen*

*Peter Fahr,  
Schriftsteller, Bern*

